

Mapping Vilnius. Transitions of Post-Socialist Urban Spaces

Ed. by Felix Ackermann, Benjamin Cope and Miodrag Kuč. Vilnius:

Vilniaus dailės akademijos leidykla, 2016. 314 S., zahlr. Abb., 2 beigelegte

Ktn. ISBN: 978-609-447-216-9.

Es ist für wissenschaftliche Bücher aussergewöhnlich, dass sie so schön gestaltet sind, wie der zu besprechende Sammelband. Das textliche Layout und der sorgsame Einsatz des Bildmaterials machen auf die Lektüre gespannt, weil man ein optisch und haptisch sehr ansprechendes Buch in den Händen hält, in dessen Umschlag zudem buch-gestalterisch gekonnt Kartenbeilagen eingeflochten sind.

Inhaltlich jedoch erreicht die Publikation nicht überall das Niveau der Gestaltung. Dies räumen letztlich auch die Herausgeber und die Autoren selbst ein, wenn sie die Probleme und die offenbar ziemlich heftigen Konfliktlagen des Workshops thematisieren, aus denen der Sammelband hervorgegangen ist. Viele der Aufsätze bleiben auf halbem Wege ihrer Feldstudien und Analysen stehen. Unter verschiedenen Aspekten sehr aufschlussreich ist deshalb der resümierende Aufsatz von FELIX ACKERMANN, der unter dem Titel „Language, discipline and practice“ sehr offen die Herausforderungen, Chancen und Probleme der Winterschule reflektiert, die im Februar 2014 in Vilnius stattfand. Das „Labor des kritischen Urbanismus“ versuchte nicht nur, angehende Forscherinnen und Forscher verschiedener Disziplinen an einen Tisch zu bringen, sondern es musste zudem Differenzen zwischen unterschiedlichen, auch national gefärbten Wissenschaftskulturen überwinden – und dies alles in der sehr kurzen Zeit von nur zwei Wochen. So wurde schnell deutlich, dass die Workshop-Gruppen, die zwei Quartiere von Vilnius entlang unterschiedlicher Fragestellungen kartieren sollten, an ihre Grenzen stießen. Das Hauptproblem waren dabei neben einer gewissen sprachlichen Hürde („we all shared some degree of English“, S. 277) vor allem die unterschiedlichen disziplinären Zugänge und die divergierenden Kulturen der Wissensproduktion.

So scheinen sich die Gruppen in ziemlich langen Diskussionen erschöpft zu haben, ohne eine gemeinsame Basis des Verstehens zu finden und zu allseitig befriedigenden Resultaten zu gelangen. Dies hing einmal damit zusammen, dass die deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine sozial- und geisteswissenschaftliche Perspektive einbrachten, die die Fragestellung diskursorientiert anging. Demgegenüber waren die Litauer mehr an der städtebaulichen Praxis geschulte Architekten. Daraus folgerten die Verantwortlichen für die Winterschule, dass zu Beginn ein gemeinsamer Hintergrund geschaffen werden müsse, um die verschiedenen disziplinären Perspektiven zu synchronisieren und auf eine gemeinsame Ebene des Verstehens zu heben (S. 280). Die interkulturelle Kommunikation zwischen den beiden nationalen Gruppen erwies sich auch deshalb als schwierig, weil einerseits hierarchisch ausgerichtete und andererseits mehr auf Diskursgleichheit setzende Wissenschaftskulturen aufeinander trafen. Die

Differenzen gingen so weit, dass einige Kursteilnehmer eine vermeintlich „post-koloniale“ Anlage des Workshops anprangerten und statt Feldstudien eine künstlerische Intervention vorschlugen. Diese wurden von den Kursverantwortlichen genau wegen deren post-kolonialem Habitus schließlich untersagt. Gemäß Felix Ackermann waren es zugleich gerade deutsche Studierende, die eine post-koloniale Situation schufen, indem sie diskursmächtig ihre Gruppen dominierten. Ackermann identifiziert ein weiteres grundsätzliches Problem in der ideologischen Voreingenommenheit der „deutschen Protest-Gruppe“ der Winterschule, da diese marxistische und post-marxistische Theorien zur Gentrifizierung über das wissenschaftliche Interesse am konkreten, empirischen lokalen Kontext stellten: „This view does not allow for an individual approach in a very specific setting of Vilnius, but assumes that theory is more relevant than empirical issues. According to this logic, if you find a convincing theory, the empirical situation really becomes secondary.“ (S. 286) So folgert der Kursverantwortliche schließlich, dass bei der zukünftigen Ausgestaltung einer solchen Winterschule insbesondere die Unterschiede in der akademischen Sozialisierung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu berücksichtigen sei.

Eine Reihe von Aufsätzen zu Beginn des Sammelbands setzt sich mit der Fragestellung des *mapping* auseinander, natürlich besonders mit Blick auf das sozialistische und post-sozialistische Vilnius. FELIX ACKERMANN, BENJAMIN COPE und MIODRAG KUĆ identifizieren in ihrem einleitenden Aufsatz fünf Dimensionen des *mapping*: Erstens der Prozess, der dem Erstellen einer Karte vorausgeht, indem er danach fragt, wie soziale Beziehungen den Raum prägen und wie umgekehrt der Raum soziale Beziehungen prägt. Zweitens der technische Vorgang, wie empirische Daten zu Karten selektioniert und umgeformt werden. Drittens, wie Karten die historische Entwicklung von Raum repräsentieren. Viertens, dass Karten mit ihren Botschaften kritisch hinterfragt werden müssen, weil sie fünftens, mehr ideologische Entwürfe als Repräsentationen des auf ihnen dargestellten Raumes seien. In einem kurzen Aufsatz schlägt SIARHEI LIUBIMAU verschiedene Herangehensweisen zur Untersuchung von Städten am Übergang vom Sozialismus zum Post-Sozialismus vor. DALIA ČIUPALAITĖ stellt ein Forschungsprojekt zu urbanen und gesellschaftlichen Visionen des Wohnungsbaus in post-sozialistischen litauischen Städten vor. Einem der beiden Quartiere, auf denen der Fokus des Sammelbands liegt, nähern wir uns im Beitrag von INDRE RUSECKAITĖ an. Sie untersucht, wie die Wohnbau-Vorstadt von Lazdynaj von den Architekten als sozialistisches Vorzeigeviertel mit Verbindung zur historischen Altstadt von Vilnius entworfen wurde, was 1974 zur Verleihung des Lenin-Preises führte. Ohne wirklich zentralen Bezug zum Sammelband steht der Artikel von TOMAS GRUNSKIS, der sich mit den Bemühungen der litauischen Architekturszene befasst, die Anliegen moderner Architektur zu vermitteln und diesbezüglich Gräben des gegenseitigen Verstehens zu überbrücken. Am Beispiel der Karte von Vilnius, die 1581 im Atlas *Civitates orbis terrarum* von Georg Braun und Franz Hogenberg erschien, zeigt FELIX

ACKERMANN in seinem Aufsatz, wie sich aus Karten als historischen Quellen der Stand des jeweiligen Wissens herauslesen lässt und wie Karten kultur- und zeitgebundene Vorstellungen und Projektionen über andere Teile der Welt widerspiegeln. Mit der Fragestellung des Sammelbands hat dies nur bedingt zu tun.

Die eigentlichen Resultate und der zentrale Gegenstand der Winterschule sind in den Hauptteil des Sammelbandes (S. 103–271) eingeflossen. Die Workshop-Gruppen bearbeiteten einerseits das preisgekrönte sozialistische Wohnbauviertel von Lazdynai, andererseits das historische Viertel von Šnipiškės, so wie sich die beiden Stadtteile heute, ein knappes Vierteljahrhundert nach dem Umbruch, präsentieren. Praktisches Ziel der einzelnen Workshops war es dabei, Karten zur Organisation des post-sozialistischen Raumes hinsichtlich Abfallmanagement, Freizeitgestaltung, Zugänglichkeit, Denkmalpflege und Toponymie zu entwerfen und zu zeichnen.

Die Kartenentwürfe, die aus diesem Prozess hervorgingen, liegen dem Sammelband bei. Die beschränkte Aussagekraft und Nachvollziehbarkeit dieser Kartenentwürfe illustriert, wie schwierig die Herausforderung war, vor der die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Winterschule standen.

Der einleitende, gehaltvolle Aufsatz (VAIVA ANDRIUSYĖ, JUSTAS JUŽENAS, MIGLĖ PAUŽAITĖ, BENJAMIN COPE), der den Detailstudien über Lazdynai vorangestellt ist, zeichnet nach, inwiefern der Stadtteil Elemente des sozialistischen Modernismus mit anderen Traditionen des Bauens verband und sich so einer eindeutigen Interpretation verschliesst: „In looking more carefully at the layout of Lazdynai, it is interesting to situate it in a context of different fields of ideas: those of various modernist districts, ideas of Scandinavian architecture, Soviet urban planning and the dictates of Khrushchev era rapid urbanisation.” (S. 107) TOMÁŠ SAMEC und ALIAKSANDRA SMIRNOVA untersuchen in ihrem Beitrag die Entwicklung der physischen, informationell-kommunikativen und symbolischen Zugänglichkeit verschiedener öffentlicher Orte (z. B. Spielplätze, Wege, Schwimmbad) im Viertel. Sie kommen zu dem Schluss, dass Hürden in der physischen Erreichbarkeit gewisser öffentlicher Orte letztlich deren kommunikative und symbolische Funktion und Zugänglichkeit vorbestimmen. Mit „trash transformations“ und „rubbish“ in Lazdynai beschäftigt sich der Aufsatz von PHILIP BOOS, INGA FREIMANE, ANU KÄGU, ANDREI KARPEKA und MIGLĖ PAUŽAITĖ. Er verbindet generelle Ausführungen zum sozialistischen Naturverhältnis, wie es auch im Viertel von Lazdynai zum Ausdruck kommt, mit einer provisorischen Feldstudie zum Umgang mit Abfall im Stadtteil heute. Abschließend fordern sie „further academic and activist research“ im Bereich des sozialistischen und post-sozialistischen Recycling. Lazdynai als einem Ort für Freizeitaktivitäten gehen die Ausführungen von JUSTAS JUŽENAS, ELISA GERBSCH und BENJAMIN COPE nach. Sie bilanzieren, dass die Bedeutung des sozialistischen Vorzeigevierts diesbezüglich abgenommen hat und sich die Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung kommerzialisiert und ins Stadtzentrum verlagert haben.

Den zweiten Hauptteil zum historischen Stadtviertel von Šnipiškės leitet der Aufsatz von KAMILĖ UŽPALYTĖ ein. Dieser verfolgt die Veränderungen in der sozialen Zusammensetzung und in der historischen, holzbasierten beziehungsweise modernen Bausubstanz von Šnipiškės vor und nach dem Zweiten Weltkrieg unter dem Druck der sowjetischen Modernisierung. Die Entwicklung führte zu einem besonderen Amalgam zwischen Alt und Neu, das den Stadtteil bis heute prägt. Dem Thema der Gentrifizierung in Šnipiškės widmet sich der Beitrag von ALINA JABLONSKAYA. Sie untersucht die Auswirkungen des post-sozialistischen städtischen Entwicklungs- und Baubooms auf den Stadtteil. Dabei kommt sie zu dem Befund, dass die durch die Privatisierung verankerten starken Eigentumsrechte einerseits nicht verhindert haben, dass Šnipiškės zusätzlich sozial fragmentiert wurde: Moderne Hochhausbauten stehen in Nachbarschaft zu alten Holzhäusern und die Lebenswelten sind weitgehend segregiert. Andererseits wirken dieselben Eigentumsrechte der bisherigen Bewohner von Šnipiškės, die abwarten und sich nicht verdrängen lassen, einer Gentrifizierung aber auch entgegen. GERDA VAITKEVIČIŪTĖ und CLEMENS WEISE widmen sich der historischen, halbruralen, auf Holzhäusern basierenden Bebauung von Šnipiškės und deren Erhaltung. Sie verfolgen die Umwertung von einem dem Verfall und der modernen urbanen Entwicklung preisgegebenen Stadtteil zu einem nationalen Denkmal mit dem postulierten Charakter eines Freilichtmuseums. Diese Umwertung weckt bei den Bewohnern Zweifel, solange sich ihre Wohnumstände nicht wesentlich verbessert haben. Schließlich spüren MAX HELLRIEGEL, YAGMUR KORELI, KOTRYNA VALIUKEVIČIŪTĖ und LENNART WIESIOLEK den verschiedenen Formen der informellen Namensgebung und Wahrnehmung des post-sozialistischen Stadtteils Šnipiškės nach. Sie untersuchen, wie Raumgrenzen durch die Bewohner des Quartiers erst hervorgebracht und mit spezifischen, durchaus widersprüchlichen sozio-kulturellen Vorstellungen zu den vermeintlichen Besonderheiten des Stadtteils verbunden werden. Wie verschiedene Workshop-Gruppen vor ihnen hatten auch sie damit zu kämpfen, dass nur eine Person in der Gruppe sich auf Litauisch bzw. Russisch verständigen konnte und über gewisse Vorkenntnisse verfügte.

Als Fazit bleibt ein gewisses Fragezeichen: Ist der präsentierte, meist unausgegrenzte Erkenntnisgewinn aus einer zweiwöchigen Winterschule ausreichend, um ihn einer Publikation in Form eines Sammelbands zuzuführen?

CHRISTOPHE VON WERDT

Bern

Rampart Nations. Bulwark Myths of East European Multiconfessional Societies in the Age of Nationalism

Ed. by Liliya Berezhnaya and Heidi Hein-Kircher. New York, Oxford: Berghahn, 2019. X, 406 S., 6 Abb., 7 Ktn. = New Perspectives on Central and Eastern European Studies, 1. ISBN: 978-1-78920-147-5.

Als Kooperationsprojekt zwischen dem Exzellenz-Cluster *Religion and Politics in Pre-Modern and Modern Cultures* der Universität Münster und dem Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung in Marburg entstand 2019 ein 400-seitiger Sammelband zum Thema „Bollwerksrhetorik in Ostmitteleuropa in der Neuzeit“. LILIYA BEREZHNYAYA aus dem Münsteraner Exzellenz-Cluster und HEIDI HEIN-KIRCHER aus dem Herder-Institut haben als Herausgeberinnen einen aktuellen und wissenschaftlich anspruchsvollen Band vorgelegt, der die rhetorische Figur des Bollwerkes aufgreift, die seit dem Mittelalter insbesondere in den Gesellschaften Ost- und Ostmitteleuropas in vielen unterschiedlichen Kontexten eine wichtige Rolle spielt. Die Herausgeberinnen haben 15 Beiträge von 13 namhaften Experten zusammengetragen und präsentieren so ein rundes Gesamtergebnis, das das Thema aus verschiedensten Blickwinkeln beleuchtet.

Die Beiträge werden von einer gemeinsamen Einleitung der beiden Herausgeberinnen sowie einem Abschlusskapitel von PAUL SRODECKI eingefasst. Die Einleitung („Constructing a Rampart Nation: Conceptual Framework“, S. 3–30) erklärt den Aufbau des Bandes und den übergeordneten Begriff des Bollwerkes (*antemurale*), welcher als politischer Mythos verstanden werden sollte. Laut den Autoren hat der Topos des Bollwerkes noch keinen Eingang in die aktuell beliebte transnationale Geschichte gefunden. Dieser Umstand ist insofern bemerkenswert, als dass der Mythos eine wichtige Rolle in Ostmitteleuropa spielte und bis heute spielt. Inhaltlich baut das Konzept der innerweltlichen, politischen Bollwerksmythen auf ein emotional aufgeladenes Feindbild auf, wobei der Feind jenseits der Grenzen der eigenen (ethnischen oder nationalen) Gruppe lauere. Diese wird zum letzten Bollwerk vor Chaos und Barbarei stilisiert und sakralisiert. Das Buch untersucht die Verflechtung dieser Bollwerksmythen mit dem aufkommenden Nationalismus innerhalb Ostmitteleuropas, vornehmlich seit dem beginnenden 19. Jahrhundert.

Das gelingt den Autoren mit einer Fülle von Fallstudien zu kontextuell unterschiedlichen Anwendungen der *antemurale*-Rhetorik im Rahmen der letzten zwei Jahrhunderte. Das auf die Einleitung folgende Kapitel von KERSTIN WEIAND („The Origins of Antemurale Christianitatis Myths: Remarks on the Promotion of a Political Concept“, S. 31–57) bietet einen guten Einblick in die Anfänge der rhetorischen Figur der *antemurale christianitatis* in kirchenpolitischen Debatten des Mittelalters. Nach dem Fall des Byzantinischen Reichs als Folge der osmanischen Expansion im 15. Jahrhundert fingen die römischen Päpste und deren Anhänger an, für eine gemeinsame Front gegen

die Türkengefahr zu werben. Sie bedienten sich hierbei des Bildes vom christlichen Bollwerk gegen die islamische Gefahr. Das Bild wurde insbesondere in Ungarn und Polen-Litauen rezipiert, wo es in diplomatischen und historiographischen Texten auftauchte. Mit der Zeit wurde aus dem integrativen Konzept des gemeinsamen christlichen Kampfes gegen die „Ungläubigen“ ein einflussreicher politischer Mythos, welcher in den Zeiten aufkeimender Nationalismen auf vielfältige Weisen ausgelegt werden konnte. Die übrigen Kapitel des vorliegenden Bandes machen dies in eindrucklicher Weise deutlich.

Dabei spannen die Beiträge einen weiten Bogen, sowohl zeitlich als auch geographisch. Es gelingt den Autoren durchweg, den Fokus auf die Bollwerksrhetorik zu lenken. So zeigt zum Beispiel CIPRIAN GHISA („Not a Bulwark, but a Part of a Larger Catholic Community: The Romanian Greek Catholic Church in Transylvania [1700–1850]“, S. 61–80), dass die Rumänen sich der Bollwerksrhetorik kaum bedienten. Ursächlich hierfür scheint die Verteilung der Rumänen auf mehrere Staatsgebilde. Durch die Union der orthodoxen Rumänen der Donaumonarchie mit der katholischen Kirche (1697–1700) entstand allerdings das Bewusstsein, Teil eines größeren Ganzen zu sein. Für rumänische Intellektuelle Mitte des 19. Jahrhunderts war klar: „Die [kirchliche] Union hat der rumänischen Nation die Augen geöffnet.“ (S. 70) Im späteren Verlauf kooperierten unierte und orthodoxe Rumänen mit dem Argument, eine eigene „rumänische Kirche“ solle alle Rumänen vereinen.

In Bezug auf die Ukraine behauptet VOLODYMYR KRAVCHENKO in seinem Beitrag („Why Didn't the Antemurale Historical Mythology Develop in Early Nineteenth-Century Ukraine?“, S. 207–240), dass es keine klare Bollwerksrhetorik gegeben habe. Das hänge damit zusammen, dass die Ukraine weder eindeutig dem westlichen noch dem östlichen Christentum zugeordnet werden könne. Sowohl der polnische Diskurs aus dem Westen als auch der russische aus dem Osten versuchten die Ukraine für sich zu vereinnahmen, wodurch die ukrainische Nationsbildung sich nicht wirklich auf die Rolle eines Bollwerks stützen konnte.

Dass die *antemurale*-Rhetorik mit verschiedenen Zielrichtungen funktionierte, zeigen auch KERSTIN S. JOBST, LILIYA BEREZHNYAYA und ZAUR GASIMOV in ihren Beiträgen. Im Beitrag von Jobst („Holy Ground and a Bulwark against „the Other“: The (Re)Construction of Orthodox Crimea in the Nineteenth-Century Russian Empire“, S. 125–145) ist die vielfältige Aneignung der Krim-Halbinsel in den offiziellen Diskursen des Russländischen Imperiums Thema. Aus der muslimisch dominierten Halbinsel zur Zeit der ersten russischen Annexion 1783, wurde die „Wiege“ der russischen Orthodoxie, die schon immer ureigenes russisches Land gewesen sei und die als solche verteidigt werden müsse. Durch den gekonnten Einsatz von Bollwerksmythen gelang es, ein mentales Bild der Krim zu schaffen, die nun als äußerste Bastion des Russländischen Reiches gegen lateinische und muslimische Feinde galt. Durch Vladimir Putins erneute

Annexion der Krim 2014 gewann das Thema wieder an Aktualität. Der Mythos zeigte sich in diesem Fall noch sehr wirkmächtig.

Berezhnaya („Bastions of Faith in the Oceans of Ambiguities: Monasteries in the East European Borderlands [Late Nineteenth-Beginning of the Twentieth Century]“, S. 146–185) beschreibt die Rolle der Klöster auf dem Gebiet der heutigen Ukraine auf beiden Seiten der Westgrenze des Russländischen Reichs. Anhand von drei Fallbeispielen zeigt Berezhnaya, wie sich im Laufe des 19. Jahrhunderts die konfessionell begründete gegenseitige Abgrenzung in eine kulturell definierte verwandelte. Die Klöster spielten als Publikationsorte und Zentren des politischen Widerstandes eine gewichtige Rolle, weshalb es für die lateinischen wie auch orthodoxen Machthaber zunehmend wichtig wurde, die Klosteraktivitäten zu kontrollieren und in den Klöstern ihre jeweils eigenen Bollwerksmythen zu etablieren.

Der Beitrag von JÜRGEN HEYDE („Ghetto as an „Inner Antemurale“? Debates on Education, Integration, and Identity in Galicia in the Nineteenth and Early Twentieth Century“, S. 103–124) nimmt die jüdische Perspektive in den Fokus. Heyde untersucht die Debatten über die Abgrenzung jüdischer Viertel in drei mitteleuropäischen Städten. Er kommt zu dem Schluss, dass die Separation der Juden von der christlichen Bevölkerung den Bollwerksdiskursen entsprach. Dabei verhinderte die Ghettoisierung, eine im Prinzip durchlässige Trennung, drastischere Maßnahmen. So konnten die Juden im Ghetto die „wohl geordnete“ christliche Gesellschaft nicht „verunreinigen“, andererseits waren die Juden im Ghetto relativ frei und sicher vor Übergriffen. Erst um die Zeit des Ersten Weltkrieges wurde der Ghetto-Begriff von jüdischen Intellektuellen, besonders in Ostmitteleuropa, negativ aufgeladen, und das Ghetto wurde rückwirkend als ein einengendes Gefängnis gesehen, das die Juden praktisch von der Teilnahme am Leben der Mehrheitsgesellschaft ausschloss. Die Bollwerksrhetorik wurde somit umgedreht, indem sie die Opfer zu Worte kommen ließ.

Einige Beiträge befassen sich mit konkreten Medien, mit deren Hilfe der *antemurale*-Mythos erschaffen und verbreitet wurde. So untersucht PHILIPP HOFENEDER (S. 241–261) Schulbücher, während STEVEN SEEGEL (S. 262–292) Landkarten unter die Lupe nimmt. Der Beitrag von STEVEN NORRIS (S. 319–343) ist der publizistischen Verwertung eines berühmten nationalromantischen russischen Gemäldes im Sinne der Bollwerksrhetorik im Laufe des 20. Jahrhunderts gewidmet. HEIDI HEIN-KIRCHER (S. 81–102) analysiert in Reiseführern der Stadt Lviv/Lemberg – gedruckt zwischen den 1870er und den 1930er Jahren – die unterschiedlichen Akzentuierungen hinsichtlich der Bewertung der historischen Rolle der Stadt.

Gasimovs Beitrag („The Turkish Wall: Turkey as Anti-Communist and Anti-Russian Bulwark in the Twentieth Century“, S. 186–203) ist zeitlich etwas später angesetzt. Er hat zudem einen anderen inhaltlichen Fokus, den politischen Mythos der Türkei als Zentrum des Anti-Bolschewismus. Dieser Mythos entstand hauptsächlich durch Exilrussen im Istanbul der 1930er Jahre, die sich gegen das in der Sowjetunion

herrschende Regime stellten. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Mythos von der türkischen Regierung propagiert. Die Türkei profitierte davon, dass sie sich mit Erfolg als wichtiges Bollwerk gegen die kommunistische Revolution im islamischen Kulturraum präsentierte.

Der Anti-Bolschewismus ist auch Thema des ersten Beitrags von PAUL SRODECKI („Bulwarks of Anti-Bolshevism: Russophobic Polemic of the Christian Right in Poland and Hungary in the Interwar Years and Their Roots in the Nineteenth Century“, S. 293–318). Hier untersucht Srodecki die Bollwerksmythen im Zentraleuropa der Zwischenkriegszeit. Sein zweiter Beitrag am Ende des Bandes („Concluding Thoughts on Central and Eastern European Bulwark Rhetoric in the Twenty-First Century“, S. 374–395) zeigt noch deutlicher die Vitalität dieses Mythos. Hier nutzt der Autor die in den vorausgehenden Beiträgen des Sammelbandes dargelegten Einsichten, um die gegenwärtige politische Rhetorik in rechtspopulistischen Kreisen einer Analyse zu unterziehen. Dabei geht er über den ostmitteleuropäischen Kontext hinaus und erklärt eindrucksvoll die überall in Europa zunehmende Tendenz, sich mithilfe der rhetorischen Figur des Bollwerks abgrenzen zu wollen. Anhand der Beispiele Ukraine Konflikt und Flüchtlingskrise zeigt er die Flexibilität und Vitalität der tradierten Bollwerkstopoi, die ohne großen Aufwand in fast jedem Kontext wiederbelebt werden können.

Im vorhergehenden Kapitel hat der Politikwissenschaftler PÅL KOLSTØ („Antemurale Thinking as Historical Myth and Ethnic Boundary Mechanism“, S. 347–373) die Wiederbelebung der *antemurale*-Rhetorik in Ostmitteleuropa seit den 1980er Jahren analysiert. Er konzentriert sich dabei auf die 1990er Jahre, als in Belarus, in der Ukraine und in Georgien starke antirussische Diskurse aufkamen, die sich in die Tradition der Bollwerksmythen einreihen. Diese Diskurse stützten sich dem Autor zufolge zum Teil auf Milan Kunderas Behauptung, Ostmitteleuropa sei unfreiwillig in den „Osten“ gedrängt worden. Auch Samuel Huntingtons Einteilung der Welt in sieben kulturelle Sphären habe bei ihrer Entstehung eine wichtige Rolle gespielt. In Belarus wurden sie nicht dominant, aber in den beiden anderen Staaten resultierten sie in gewaltsamen Auseinandersetzungen mit Russland. Kolstø kommt zu dem Ergebnis, dass Identitäten sich nicht im Zentrum, sondern an der Peripherie, an den Grenzen herausbilden. Daher werden – so der Autor – Grenzen und vor allem die Beziehungen zu dem jenseits der Grenze Liegenden unter Einbeziehung von Bollwerksmythen politisch eindeutig definiert.

Alles in allem ist der vorliegende Band ein gelungenes Beispiel dafür, wie die Geschichtswissenschaft für die politischen Herausforderungen der Gegenwart Einsichten liefern kann. Die Aufteilung des Bandes in vier inhaltlich nicht klar abgegrenzte Teile mag kritisiert werden, das täuscht aber nicht über die durchweg gute Qualität der Beiträge hinweg. Dass die Beiträge untereinander zahlreiche Querverweise beinhalten, ist positiv hervorzuheben und weist auf die kompetente Bearbeitung der Herausgeberinnen

hin. Der Band ist sowohl als Ganzes als auch wegen der Qualität der Einzelbeiträge uneingeschränkt zu empfehlen.

SEBASTIAN RIMESTAD

Erfurt

Eurasian Environments. Nature and Ecology in Imperial Russian and Soviet History

Ed. by Nicholas B. Breyfogle. Pittsburgh, PA: University of Pittsburgh Press, 2018. XX, 401 S., Abb., Ktn. ISBN: 978-0-8229-6563-3.

Die Schauergeschichten vom sozialistischen „Ökozid“ haben endgültig ausgedient. Sowjetische und russische Umweltgeschichte erschöpft sich schon längst nicht mehr in Erzählungen von rücksichtsloser Umweltzerstörung und verheerenden Katastrophen. Vielmehr werden in umwelthistorisch informierten Untersuchungen zu Russland und der Sowjetunion jene Themen verhandelt, die das Feld insgesamt bewegen: Ausgehend von der Einsicht, dass menschliche Vergangenheit sich nur verstehen lässt, wenn sie in Relation zu „nichtmenschlichen“ Akteuren und Objekten gesetzt wird, geht es um die Wechselverhältnisse zwischen menschlichem Handeln und belebter bzw. unbelebter Umwelt. Welche Konsequenzen hatten menschliche Eingriffe in „die“ Natur? Es ist kaum überraschend, dass Osteuropahistoriker sich in diesem Zusammenhang ganz besonders für die Rolle und Funktion des Staates, seiner Institutionen und Repräsentanten interessieren.

In *Eurasian Environments* soll dieser Ansatz, so sind die einleitenden Bemerkungen des Herausgebers NICHOLAS BREYFOGLE zu verstehen, ausgeweitet und weiterentwickelt werden. Die russisch-sowjetische Umweltgeschichte habe dem Fach wesentlich mehr zu bieten, als eine bloße Aneinanderreihung mehr oder minder interessanter Einzelstudien. Breyfogle identifiziert mehrere Felder, die er für besonders anschlussfähig hält; unter anderem beschäftigt ihn die Frage, wie sich unterschiedliche politische Systeme auf Mensch-Umwelt-Beziehungen auswirken oder in welchem Verhältnis Imperien und Ökologie stehen. Besonders relevant scheint aber seine Beobachtung zu sein, dass Russland selbst aufgrund seiner enormen Diversität einen hervorragenden Untersuchungsraum für vergleichend angelegte Studien bietet. Konkret gesagt: Die sowjetische Moderne musste sich sowohl unter den Bedingungen arider Steppen als auch in Regionen mit Permafrostböden beweisen. Zugleich – und damit folgt Breyfogle zahlreichen anderen Apologeten der Umweltgeschichte – haben umwelthistorische Zugänge das Potenzial, etablierte Gewissheiten zu erschüttern. Was bedeuten aus dieser

Perspektive die „klassischen“ Zäsuren der russischen und sowjetischen Geschichte? Oder, darauf weisen DOUGLAS WEINER und JOHN BROOKE in ihren abschließenden Reflexionen hin, muss die Geschichte der Eroberung Sibiriens unter epidemiologischen Gesichtspunkten nicht völlig neu erzählt werden?

Insgesamt sind hier siebzehn Aufsätze versammelt, die in fünf großen Teilen angeordnet sind („Steppe Environments“, „Water Engineering“, „Land, Rocks, Soil“, „Fruits of the Water“, „Bodies and Disease, Health and Environment“). Chronologisch konzentrieren sich die meisten Darstellungen auf das ausgehende Zarenreich sowie die Sowjetunion. Eine Ausnahme stellt dabei lediglich der Beitrag von DAVID MOON über die Aufforstung der Steppe im 18. und frühen 19. Jahrhundert dar. Praktisch alle Fallstudien sind an der imperialen Peripherie angesiedelt. Die europäischen Kernregionen des Imperiums spielen dagegen eine allenfalls untergeordnete Rolle. Damit spiegelt der Band einen historiographischen Megatrend der letzten Jahre wider: Das Russische Imperium und die Sowjetunion sollen vor allem von ihren Rändern her verstanden werden. Insofern ist es auch symptomatisch, dass Zentralasien hier ganz besonders im Fokus steht. Insgesamt sechs Beiträge befassen sich allein mit dieser Region. Gleichsam als Gegenwicht dazu können mehrere Texte gelesen werden, die Russland nicht als Landimperium, sondern als maritimes Imperium fassen.

Wie es in Sammelbänden meist der Fall ist, so gibt es auch hier eine Differenz zwischen konzeptionellen Ansprüchen und der empirischen Realität der einzelnen Beiträge. Doch sie ist erfreulich klein. Die theoretischen Zugänge der einzelnen Autorinnen und Autoren unterscheiden sich durchaus voneinander, doch letztlich gehen die meisten Texte dem Problem nach, wie Menschen die sie umgebende Umwelt wahrnahmen, beeinflussten oder (menschengemachte) Veränderungen rationalisierten. Es sind hier also vor allem Menschen, die handeln und denen *agency* zugesprochen wird. Die konkrete Beschaffenheit und Materialität ihrer Umwelt spielt dabei in vielen Texten eine wichtige Rolle; besonders prominent in ANDY BRUNOS Beitrag *How a Rock Remade the Soviet North*. Die Durchsetzungsfähigkeit des Staates und seiner Repräsentanten in einer als problematisch und widerständig empfundenen Umwelt ist ein immer wiederkehrendes Thema vieler Aufsätze (besonders prominent etwa bei CHRISTIAN TEICHMANN, MARC ELIE und JULIA OBERTREIS). Wichtig sind Hinweise darauf, dass lokale Praktiken des Umgangs mit widrigen Umweltbedingungen von Beamten und Funktionären häufig falsch gedeutet wurden und daraus fatale Entscheidungen resultierten, wie etwa IAN W. CAMPBELL am SARAH CAMERON am Beispiel der kasachischen Steppe demonstrieren. Die Diskrepanz zwischen den eher kurzfristig angelegten Erwartungshorizonten staatlicher Akteure und den langen Zeiträumen, in denen sich Umweltverhältnisse ändern“, ist ein Thema, das in mehreren Texten adressiert wird. Anhand ganz unterschiedlicher Kontexte diskutieren etwa LISA K. WALKER, Christian Teichmann oder PEY-YI CHU russische und sowjetische Versuche, die „Trägheit“ der Natur zu überwinden.

Da der Band mit dem programmatischen Anspruch auftritt, Impulse für die künftige Ausrichtung der russisch-sowjetischen Umweltgeschichte setzen zu wollen, ist es durchaus bemerkenswert, welche Themen hier nicht auftauchen. So ist die fast völlige Abwesenheit von Katastrophen und Unglücken angesichts der konsequenten Zurückweisung der „Ökozid“-These nachvollziehbar. Kein Wort zu Tschernobyl. Erdbeben und Überflutungen fehlen ebenfalls. Auffällig ist auch, dass die Extraktion von Bodenschätzen nur am Rande thematisiert wird. Umweltschutz und Kritik des sowjetischen Umgangs mit natürlichen Ressourcen sind in den hier versammelten Texten vor allem eine Angelegenheit von Experten und Beamten (Julia Obertreis, Marc Elie). Eine Umweltgeschichte „von unten“ findet sich vor allem dort, wo es um Formen örtlich gebundenen Wissens geht (JULIA LAJUS). Was aber ist mit Praktiken des Widerstands oder Protests gegen „von oben“ implementierte Eingriffe in die Umwelt?

Eurasian Environments lässt sich als aktuelle Zwischenbilanz der russischen und sowjetischen Umweltgeschichte lesen. Hier entsteht das Bild eines ausgesprochen vitalen und prosperierenden Feldes, dessen Bedeutung künftig noch erheblich wachsen wird.

ROBERT KINDLER
Berlin

Lili Chuwis Thau

Versuche zu überleben. Die Geschichte einer jüdischen Familie unter NS-Herrschaft in Lemberg und Galizien

Hrsg. von Erhard Roy Wiehn. Aus dem Englischen von Klara Strompf.

Konstanz: Hartung-Gorre, 2016. 366 S., 1 Kte., Abb. ISBN: 978-3-86628-553-8.

Der deutsche Titel des Buches ist ein Imperativ, weshalb ein Ausrufezeichen nicht falsch gewesen wäre. Es ist der Wunsch der Mutter an ihre heranwachsende, 1927 geborene Tochter, einen Weg aus der Vernichtung zu suchen, die 1942 die bis dahin durch eine „kriegswichtige“ Arbeit gesichert scheinenden jüdischen Menschen in Lemberg erfasste. Die Geschichte, die hier erzählt wird, ist aber nicht nur als Überlebensgeschichte interessant. Der Shoa-Bezug ist eingebettet in eine *coming-of-age*-Story: Die Autorin beobachtet sich und ihr Umfeld von ihren ersten Erinnerungen an und beschreibt damit die Zerstörung der Bürgerlichkeit, ihre Anpassung an eine schwer abzuschätzende Umgebung, aber auch ihr Erwachsenwerden, erste und weitere Liebesgefühle – und das alles so, dass man zeitweise vergisst, unter welchen Umständen das Beschriebene passiert. Wenn man sich als Nachgeborener eine solche Bewertung überhaupt erlauben

darf – die Schilderungen sind so „echt“, dass sie sich als „spannend“ lesen lassen. Die Verfasserin trägt dazu bei, indem sie meisterlich eben nicht alles sofort ausspricht, sondern den Leser in derselben Weise Vermutungen über die anderen Personen anstellen lässt, wie sie die Protagonistin ebenfalls hatte, ohne sie verifizieren zu können.

Zur Lebenswelt-Erschließung gehört die subjektive Perspektive: Der 22. Juni 1941 ist zunächst als erster Ferientag samt dem Schulfest am Vorabend wichtig, die Lemberger Pogrome Ende des Monats kommen hingegen nur in wenigen Zeilen vor, weil die Familie in weiser Voraussicht beschließt, zunächst lieber ein paar Tage lang das Haus nicht zu verlassen. Was folgt, ist eine nachvollziehbare Schilderung der Ghettoisierung, von der die Familie, weil der Vater Zahnarzt ist, anfangs ausgenommen wird, dann das Unterkommen auf einem Dorf und ein wahnwitzig anmutender „Ausflug“ von dort in das Ghetto von Lemberg, um ihre Helferin zu sehen, die kurz danach ermordet wird. Eine Firma, die irgendwo zwischen Judenrettung und polnischem Widerstand angesiedelt ist, Spitzel, die fast zur Entdeckung Lilis führen, eine Liebe, die sich nach dem Krieg erledigt hat, weil der männliche Teil sein Jüdisch-Sein und alles, was damit zusammenhängt, verdrängen möchte, und schließlich nicht wenige Beispiele erfreuter Zustimmung von Polen zur deutschen Judenvernichtung – der Bericht präsentiert viele Facetten dieser Zeit. Man erlebt ein auch sprachlich hohe Ansprüche befriedigendes Werk, was nicht zuletzt der Übersetzerin zu verdanken ist.

Der Herausgeber und die Übersetzerin haben versucht, den autobiographischen Text zu kommentieren, was nicht immer gelungen ist. Wo die Arbeiten von Dieter Pohl, Thomas Sandkühler und Leon W. Wells herangezogen werden, ist das meistens akzeptabel, bei Wikipedia-Verweisen jedoch schon weniger – da ist beispielsweise Čortkiv mal 15 km (S. 236), mal 30 km (S. 237) von Kopyčyni entfernt. Und mit den *bul'bovci* hat man die Übersetzerin allein gelassen – den ihr unbekannten ukrainischen nationalistischen Untergrundführer Taras Borovec', der sich Taras Bul'ba nannte, kann man nicht nur mit Gogol's Helden und dessen Darstellung durch Yul Brynner erläutern (S. 268).

Das ist aber angesichts der bildhaft realistischen und perspektivisch mitnehmenden Darstellung zu vernachlässigen, die ein ganz klein wenig vermittelt, wie man die Shoa – mit viel Glück und Hilfe – überleben konnte.

FRANK GOLCZEWSKI

Hamburg

Pillars of the Profession. The Correspondence of Richard Pipes and Marc Raeff

Ed. by Jonathan Daly. Leiden, Boston, MA: Brill, 2019. XX, 433 S., 55 Abb., 4 Ktn. = Eurasian studies library. History, Societies and Cultures in Eurasia, 12. ISBN: 978-90-04-36166-9.

Das Buch, das dem Rezensenten dieser Besprechung als e-book vorlag, enthält den Briefwechsel zwischen Richard Pipes (1923–2018) und Marc Raeff (1923–2008) aus den Jahren 1948 bis 2007. Die 158 abgedruckten Briefe geben, bei allem offenkundigen Bemühen des Herausgebers um Vollständigkeit, nicht die gesamte Korrespondenz wieder. Etliche Briefe waren nicht auffindbar, und ab 1959 gab es eine langjährige Unterbrechung. 55 Abbildungen, vier Karten, Listen der Abkürzungen und der Briefe mit Vermerk der Fundorte, eine Notiz zur Textgestaltung, eine Chronologie der Ereignisse sowie eine doppelbiographisch angelegte Einführung leiten den sorgfältig erarbeiteten Band ein. Die Korrespondenz ist in drei Kapitel gegliedert: 1. „The Early Years“ (S. 1–30; 1948–1952), 2. „Uncertainty and Travel: Seattle, Berkeley, Paris“ (S. 31–89; 1952–1959), 3. „Mature Friendship“ (S. 90–155; 1966–2007). Zahlreiche Fußnoten bieten präzise Erläuterungen, eine Schlussbetrachtung, umfangreiche Bibliographien der erwähnten Literatur, Listen mit sämtlichen Publikationen der beiden Gelehrten sowie ein detaillierter Index runden das Buch ab.

Die Biographien der beiden Männer weisen in den wesentlichen Punkten parallele Züge auf. In demselben Jahr werden sie mit nur wenigen Tagen Unterschied in jüdische Familien geboren, Raeff in Moskau, Pipes in Teschen. Über ihr Leben in den zwanziger Jahren ist nichts weiter bekannt, dann aber kommt es in den Vorkriegsjahren mit Ortswechseln – Familie Pipes nach Warschau, Familie Raeff über Berlin nach Paris – wieder zu Parallelen, die Anfang der 1940er Jahre in die USA führen. Dort heiraten sie Frauen mit ganz ähnlichem familiärem Hintergrund. Während des Studiums bei Michael Karpovich (Michail Michajlovič Karpovič, 1888–1959), dem russisch-amerikanischen Nestor der Russlandwissenschaften in den USA, zu dessen engstem Schülerkreis sie gehören, freunden sie sich an. 1948 beginnt ihr Briefwechsel, der sich immer enger und herzlicher gestaltet und in den Jahren der beruflichen Unsicherheit, zahlreicher Reisen und zeitlich begrenzter Auslandsaufenthalte an die Stelle der zwangsläufig seltener werdenden unmittelbaren persönlichen Kontakte tritt. Um 1956 bahnt sich mit einer Kontroverse über die Bedeutung von Freundschaft eine Krise der freundschaftlichen Beziehung an. Der drei Jahre später abgebrochene Briefwechsel setzt 1966 sporadisch wieder ein, um erst 1973 wieder intensiver zu werden. Die alte vertraute, unbefangene Herzlichkeit erreicht er jedoch nicht wieder. Offensichtlicher Anlass für diese Unterbrechung war der Umstand, dass Pipes mit Raeffs Neigung zum Sarkasmus nicht zurecht kam. Außerdem versteht er dessen Problem mit dem Gefühl nicht, nirgendwo

richtig hin- und dazugehören. Pipes argumentiert dagegen, sie beide seien zu früh aus Osteuropa weggegangen, um dort wirklich verwurzelt zu sein, und ihnen sei das Glück zuteil geworden, zwischen den Kulturen zu leben und von diesen das jeweils Beste für sich nutzbar machen zu können. Hier wird nicht nur ein verbreitetes, wenn nicht generelles Problem des Exils berührt, sondern es werden auch Unterschiede in der Persönlichkeit der Freunde erkennbar: einerseits viele Gemeinsamkeiten von der Herkunft und Rolle als Einzelkinder über das Flüchtlingsschicksal, den Verlust vieler Verwandter in der Shoah, die Distanz gegenüber Deutschland und die Vorliebe für Frankreich bis zur anerkannten Position als polyglotte, so kreative wie produktive Wissenschaftler oder die Abneigung der beiden „Einzelkämpfer“ gegen Teamarbeit – andererseits Gegensätze im Temperament und in der religiösen und politischen Orientierung. Raeff wirkt irgendwie introvertierter und schwermütiger als der eher lebensfrohe und genussfreudige Pipes, der begeistert von seinen Reiseeindrücken und festlichen Mahlzeiten berichten kann. Der erste wird Atheist und sympathisiert mit den Demokraten, der zweite bleibt gläubiger Jude und nimmt als Anhänger der Republikaner gehobene Aufgaben in den Administrationen republikanischer Präsidenten wahr. Eine biographische Gemeinsamkeit sei noch erwähnt: Beide Männer starben, im Abstand von zehn Jahren, an neuromuskulären Krankheiten.

In ihren Briefen tauschen sich die Freunde nur am Rande über familiäre Ereignisse aus. Hauptsächlich geht es um den Stand ihrer laufenden und die Pläne für künftige Arbeiten, um die aktuelle Lektüre, um Kollegen und gemeinsame Bekannte sowie, selbstverständlich, um wissenschaftliche Themen. Dank ihrer zentralen Arbeitsfelder in der russischen Geschichte – Raeff: 18. und 19. Jahrhundert, Pipes: 19. und 20. Jahrhundert – haben sie viele Berührungspunkte, wobei Pipes sein Augenmerk vor allem auf die russische Gesellschaft richtet, Raeff hingegen mehr auf die staatlichen Institutionen. In seinem Brief vom 4. Oktober 1984 bemerkt Pipes, Andreas Kappeler habe in seiner Rezension von Raeffs Buch *Comprendre l'Ancien Régime russe. État et société en Russie impériale* (Paris 1982) (Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 31 [1983], S. 576–578) als „a challenge“ für sein Buch *Russia Under the Old Regime* (New York 1974) beurteilt. Gelassen fügt er an: „I leave that to future students of Russian historiography“ (S. 303). Raeff äußert sich nicht dazu, der Herausgeber der Korrespondenz, Jonathan Daly, erklärt hingegen, der Rezensent sei einem allgemeinen Missverständnis unterlegen. Tatsächlich, so meint er, stimmten beide Autoren darin überein, dass sowohl die russische Gesellschaft als auch die öffentlichen Institutionen zu weich seien, der Staat zu übermächtig und die Intellektuellen zwangsläufig zu stark entfremdet, als dass eine Transformation in ein modernes Regierungssystem habe auch nur entfernt als möglich erscheinen können (S. 303, Anm. 95). Ob hier tatsächlich eine Kontroverse vorliegt und wie tief sie reicht, kann hier weder diskutiert noch geklärt werden. Dieses Beispiel zeigt jedenfalls, dass die internationale Forschungsliteratur aufmerksam zur Kenntnis genommen wurde und die Positionen der beiden Gelehrten nicht so ohne weiteres

gegeneinander abgegrenzt werden können. Deutlicher werden die Unterschiede hingegen etwa in der Beurteilung der *oral history*. Raeff hält nicht viel davon, während Pipes mündliche Quellen mit schriftlichen gleichsetzt, was schon allein im Hinblick auf seinen offiziellen Auftrag, Flüchtlinge aus der Sowjetunion zu interviewen, nahelegt. Weitreichenden Ideologien und historischen Theorien stehen sie ablehnend gegenüber, insbesondere dem Kommunismus. Die Verhältnisse in der Sowjetunion, die sie auch bereisen, bewerten sie entsprechend negativ, wenn auch in Nuancen unterschiedlich.

Der Gedankenaustausch über ihre jeweiligen Arbeiten lässt erkennen, wie tief sie in die jeweilige Zeit eindringen. Pipes, der sich lange mit Karamzin abmüht, schreibt zum Beispiel, er werde über seine Nebenlektüre *Moby Dick* von Herman Melville für sich „a Belinsky-like review“ (S. 96) verfassen. In der Frage nach der politisch-gesellschaftlichen Rolle der russischen Intelligenz, die beide umtreibt, stellen sie direkte Bezüge zwischen dem 19. Jahrhundert und der Gegenwart her. Raeff arbeitet sich an seinem Speranskij-Buch ab und diskutiert die – wohl kaum entscheidbare – Frage, ob dieser Staatsmann und sein Reformprogramm eigentlich konservativ, von der Romantik inspiriert oder liberal gewesen seien. Man hört geradezu sein Seufzen, wenn er seine Schwierigkeiten bei der Arbeit schildert – wochenlang 10 bis 12 Stunden täglich Sammlung und Sichtung des äußerst disparaten Materials, das sich hartnäckig dem Bemühen widersetzt, es zu koordinieren, zur Synthese zu verschmelzen und daraus eine Eingliederung Speranskij's in die europäische Politik zu entwickeln. So mag es für jeden Doktoranden oder Habilitanden ein Trost sein zu erfahren, dass es Größen der Wissenschaft auch nicht besser erging als ihm oder ihr.

Wer Interesse an der Geschichte der Geschichtswissenschaft, an den spannenden Biographien und der inspirierenden Freundschaft zweier großer Gelehrter hat und durch sie viele bedeutende Wissenschaftler kennenlernen will, der sollte einmal seine Zeit der Lektüre dieses Buches widmen. Er wird mehr daraus erfahren als er sich vorher vorgestellt hat.

HANS HECKER

Düsseldorf

Quest for a Suitable Past. Myths and Memory in Central and Eastern Europe

Ed. by Claudia-Florentina Dobre and Cristian Emilian Ghiță. Budapest, New York: Central European University Press, 2017. VIII, 154 S., 1 Tab. ISBN: 978-963-386-136-3.

Der von Claudia-Florentina Dobre und Cristian Emilian Ghiță herausgegebene Sammelband setzt sich zum Ziel, das Zusammenspiel zwischen Mythos und Erinnerung an Beispielen aus mittel- und osteuropäischen Ländern zu beleuchten. Damit sollen zum einen die Prozesse der Mythenbildung analysiert werden, die in diesen Ländern als besonders kompliziert gelten und folglich zum besseren Verständnis der Mythenbildung beitragen können. Zum anderen liegt der Fokus auf den politischen und gesellschaftlichen Funktionen der Mythen, die – so die These der Herausgeber – auch in modernen, sich als rational verstehenden Gesellschaften nach wie vor eine Rolle spielen und zur politischen Mobilisierung instrumentalisiert werden. Der zeitliche Rahmen der einzelnen Beiträge reicht vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Besondere Aufmerksamkeit richten die Autoren jedoch auf die Entwicklungen seit 1989 und die damit verbundenen Brüche, aber auch Kontinuitäten über diese Zäsur hinweg. Diese Schwerpunktsetzung leuchtet ein, werden in den Zeiten der politischen Umbrüche die nationale Identität und die ihr zugrundeliegenden Deutungsmuster und Geschichtsbilder neu verhandelt. Geographisch liegt das Hauptaugenmerk auf Südosteuropa, vier der acht Beiträge beschäftigen sich mit Rumänien, zwei mit Bulgarien und jeweils ein Beitrag widmet sich den Mythen in Kroatien und Polen.

In der Einleitung reihen die Herausgeber zunächst verschiedene Definitionen des Mythos sowie diverse Überlegungen zur Bedeutung der Mythen aneinander und verdeutlichen, wie schwierig es ist, eine zufriedenstellende Definition dieses facettenreichen Begriffs zu finden. Die daraus gezogene Konsequenz, auf eine Definition des Mythos-Begriffs oder Erläuterung des methodischen Zugangs gänzlich zu verzichten, überrascht dennoch, zumal in der Einleitung RAOUL GIRARDET's Feststellung, dass für die Analyse der Mythen ein adäquater konzeptioneller Rahmen unabdingbar sei, zitiert wird (S. 3). Die acht Aufsätze sind folglich sehr unterschiedlich, und es lassen sich nur wenige gemeinsame Fluchtpunkte identifizieren.

Einer davon ist die Anpassungsfähigkeit der Mythen, die in den ersten beiden Aufsätzen thematisiert wird. GÁBOR EGRY beschäftigt sich mit der Mythenbildung um die Nationalversammlung in der siebenbürgischen Stadt Alba Iulia, die im Dezember 1918 den Anschluss der rumänisch besiedelten Gebiete des zerfallenden Königreichs Ungarn an Rumänien proklamierte. Egrý arbeitet in seinem Beitrag überzeugend heraus, wie sich die Nationalversammlung von Alba Iulia zum wirkmächtigen Mythos entwickelte, der nach 1918 von verschiedenen Gruppen instrumentalisiert und zur

Legitimierung unterschiedlicher politischer Forderungen eingesetzt werden konnte. Während alle diese Gruppen die Auffassung, die Nationalversammlung sei ein legitimer Ausdruck des Volkswillens gewesen, teilten, war die Frage, welche Forderungen daraus abgeleitet werden konnten und welche Gruppe folglich das ‚wahre Erbe‘ von Alba Iulia verteidigte, höchst umstritten.

Die Flexibilität der Mythen steht auch im Fokus des Aufsatzes von NEVEN BUDAK, der am Beispiel kroatischer Mythen, von denen einige mehrere Jahrhunderte überdauerten und von unterschiedlichen politischen Systemen oder Akteuren aufgegriffen wurden, argumentiert, dass Mythen fast unzerstörbar seien. Budaks Aufsatz bietet in erster Linie eine Übersicht langlebiger kroatischer Mythen und diskutiert – eher exemplarisch als systematisch – deren Bedeutung und Funktionen in verschiedenen Kontexten. Der lange Zeitraum und die relativ große Anzahl der besprochenen Mythen verhindern eine genauere Betrachtung und Analyse, die ein besseres Verständnis für die Mechanismen der Weitergabe, Anpassung und Rezeption ermöglichen würde.

IZABELA SKÓRZYŃSKA und ANNA WACHOWIAK stellen den polnischen Mythos des „bösen Deutschen“ in den Mittelpunkt, um die Bedeutung der lokalen Praktiken für die Dekonstruktion von Mythen herauszuarbeiten. Den beiden Autorinnen gelingt es zu zeigen, wie sich die Einstellung zur deutschen Vergangenheit in den Gebieten, in denen vor dem Zweiten Weltkrieg Deutsche und Polen zusammenlebten, allmählich änderte. So wurden einige im Zusammenhang mit der deutschen Vergangenheit stehende Denkmäler und Grabstätten von der lokalen Bevölkerung vor Zerstörung gerettet oder wieder aufgestellt. Während die Abschwächung des Mythos des Deutschen als Erzfeind der Polen durchaus plausibel belegt wird, ist die These, dass dieser Wandel auf universelle Normen und Praktiken wie den Respekt vor den Toten zurückzuführen sei und dort auftrete, wo Menschen diesen universellen Ansatz der Rache vorzögen (S. 64), gewagt. Andere Faktoren für die „Wiederentdeckung“ der deutschen Vergangenheit, insbesondere das Interesse am Tourismus aus dem deutschsprachigen Raum, werden nicht diskutiert, obwohl andere Studien auf deren Bedeutung hingewiesen haben (Anna Wolff-Powęska: *Strategien der Erinnerung in Polen – die zivilgesellschaftliche Alternative*, in: *Geschichtspolitik in Europa seit 1989. Deutschland, Frankreich und Polen im internationalen Vergleich*. Hrsg. von Etienne François, Kornelia Kończal, Robert Traba und Stefan Troebst. Göttingen 2013, S. 68–93). Selbst in der unter Studierenden der Geschichte und Soziologie durchgeführten Umfrage, auf die sich die Autorinnen stützen, rangiert Stadtmarketing bei den Gründen für Erhalt der deutschen Grabstätten an zweiter Stelle, mit nur zwei Prozentpunkten weniger als Respekt vor den Toten.

ȘTEFAN BOSOMITU untersucht anhand des Fallbeispiels von Miron Constantinescu, wie die Biographien von kommunistischen Politikern in Rumänien vor 1989 in ein vorgegebenes Schema eingepasst und mit mythologischen Elementen aufgeladen wurden. Das Ergebnis sei eine standardisierte „Mythos-Biographie“ gewesen, die von der kommunistischen Propaganda im Wahlkampf eingesetzt worden sei, um die Einheit

der Partei durch die Betonung der verbindenden Elemente in den einzelnen Biographien herauszustellen. Diese „Mythos-Biographie“ stellt Bosomitu anderen Quellen – der Autobiographie und den Geheimdienstakten – gegenüber, die die Lebensgeschichte Constantinescu anders darstellen. Dabei geht es dem Autor nicht darum, mit Hilfe anderer Quellen nach Lügen und Inkonsistenzen in der „Mythos-Biographie“ zu suchen und somit ihre Aussagekraft infrage zu stellen – ein Ansatz, der immer noch verbreitet ist. Stattdessen plädiert er dafür, die „Mythos-Biographie“ in ihren Entstehungskontext einzuordnen, die standardisierten mythischen Anteile zu identifizieren und sie im Hinblick auf ihre Funktionen zu betrachten. Gerade hierin liegt der Quellenwert der „Mythos-Biographie“, die weniger geeignet ist, die Fakten aus dem Leben eines kommunistischen Politikers zu rekonstruieren, als vielmehr dazu, die Geschichtsbilder und das nach außen getragene Selbstbild der kommunistischen Partei zu analysieren.

Den Widerspruch zwischen dem kommunistischen Ideal der Gleichberechtigung und dem niedrigen Anteil der Frauen in politischen Ämtern während Ceaușescus Diktatur nimmt LUCIANA-MARIOARA JINGA zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen, die den Mythos der schädlichen Präsenz der Frauen in der rumänischen Politik vor 1989 zu entlarven versuchen. Nach dem Regimewechsel verbreitete sich in Rumänien die Ansicht, dass die Frauen in der kommunistischen Partei zahlreich vertreten, einflussreich, aber gleichzeitig unfähig gewesen waren. Jinga zeigt anhand von diversen Statistiken, dass der Anteil und Einfluss der Frauen während der kommunistischen Diktatur überschätzt wird. Dennoch halte sich dieser Mythos hartnäckig und führe zum niedrigen Anteil der Frauen in der rumänischen Politik. Hier stellt sich der Rezensentin jedoch die Frage, ob sich die Analyse von Mythen über die Vergangenheit mit der Feststellung, dass sie statistisch gesehen der Wahrheit nicht entsprechen, begnügen darf oder aber ob sich weitere Fragen anschließen müssten. Wie und warum ist dieser Mythos entstanden und verbreitet worden? Welche Akteure waren an seiner Konstruktion beteiligt? Und wie fügt er sich in die rumänische Politik des Umgangs mit dem kommunistischen Erbe ein?

Einen solchen Zugang wählt CLAUDIA-FLORENTINA DOBRE für ihren Beitrag, der sich mit rumänischen Mythen, die nach 1989 verbreitet wurden, beschäftigt. Den Mythos definiert die Autorin als ein fiktionales Konstrukt, das den Bedürfnissen einer Gesellschaft dient. Sein Ziel ist nicht ein nuanciertes Verständnis, sondern die gesellschaftliche Mobilisierung (S. 114). Ausgehend von dieser Definition wird die Aufmerksamkeit nicht auf die Dichotomie „wahr“ oder falsch“, sondern auf die Konstruktion und Funktionen von Mythen gelenkt. Mythen über die Zeit der kommunistischen Diktatur dienten in der Transitionsphase der Legitimierung der neuen Eliten und der Stiftung von Identität und Zusammenhalt. Am Beispiel von drei Mythen – dem Opfermythos, dem Mythos des Goldenen Zeitalters in der Zwischenkriegszeit und dem Mythos der rumänischen Revolution – arbeitet der Aufsatz heraus, wie verschiedene politische Gruppen in Rumänien nach 1989 mit ihrer Geschichtspolitik

vereinfachende Geschichtsdeutungen verbreitet und so zur Mythenbildung beigetragen haben.

LILIANA DEYANOVA nähert sich der Thematik der Verfestigung von Mythen aus einem anderen Blickwinkel. Statt der Konstruktion steht im Fokus ihres Beitrags die Dekonstruktion von Mythen, die der historischen Forschung obliege. Die Untersuchung wird von der Frage geleitet, inwiefern Historiker in Bulgarien heutzutage die notwendige Autonomie haben, um der „politischen Formulierung historischer Wahrheiten“ (S. 131) entgegenzuwirken. Diese Frage wird an zwei Fallbeispielen diskutiert – die 2007 durch ein Forschungsprojekt ausgelöste Kontroverse um das Massaker von Batak und das homogenisierende, negativ aufgeladene Narrativ des Kommunismus, das in der bulgarischen Gesetzgebung verankert wurde. Zudem zieht die Autorin die Ergebnisse einer von ihr durchgeführten Befragung von Historikern und Forschern aus benachbarten Disziplinen heran. Deyanova kommt zum Schluss, dass die Fragmentierung innerhalb der bulgarischen Historikergemeinde sowie die Abhängigkeit von Politik und Wirtschaft die Möglichkeiten der Historiker, sich den politischen Zwängen zu widersetzen, einschränken und somit die Homogenisierung der Erinnerungskultur und Aufrechterhaltung der nationalen Mythen fördern.

Die Mythen im postkommunistischen Bulgarien nimmt auch ALEXANDER NIKOLOV in den Blick und beleuchtet, wie der Aufstieg des Internets zur Verbreitung verschiedener pseudowissenschaftlicher Theorien über die Herkunft der Protobulgaren beiträgt. Dabei gibt Nikolov in erster Linie einen Überblick über die verschiedenen Theorien, die er als *parahistory* bezeichnet, und schließt mit einigen Gedanken zu den Faktoren, die deren Verbreitung begünstigen, wie schwache Zivilgesellschaft oder Demokratiedefizit. Die Frage nach den Akteuren – den Produzenten und Konsumenten solcher Theorien – wird nur kurz angeschnitten, indem eine Stiftung, die die „parahistorischen Veröffentlichungen“ fördert, erwähnt wird. Zudem wäre es hilfreich gewesen, den Einfluss solcher Theorien in der Öffentlichkeit darzustellen, um die Relevanz des Themas deutlich zu machen.

Insgesamt bietet der Sammelband einige interessante Schlaglichter auf Mythen in Ostmittel- und Südosteuropa, leidet aber an mangelnder Kohärenz. Die knappe Einleitung vermag es nicht, die inhaltlich und qualitativ diversen Beiträge zu integrieren. Zwar ist positiv zu erwähnen, dass der Sammelband damit eine Vielfalt der Perspektiven auf Mythen bieten kann, doch gelingt es ihm kaum, eine Debatte über die nationalen Fallbeispiele hinaus anzuregen und beispielsweise auf strukturelle Ähnlichkeiten der Mythen, ihrer Konstruktion und Funktionen hinzuweisen. Jedem Beitrag liegt eine andere Mythos-Definition zugrunde, viele kommen gar ohne eine Definition aus. Der Sammelband hinterlässt den Eindruck, dass der Begriff Mythos letztendlich auf jede erinnerte Geschichte zutrifft, und der inflationäre Gebrauch erschwert es, das Potential des Mythos-Begriffs als eine sinnvolle analytische Kategorie zu erkennen. Damit

bestätigt das Buch den ersten Satz aus dem von LUCIAN BOIA zu dem Sammelband formulierten Vorwort: „To History, myth is a challenge“ (S. VI).

DARINA VOLF

München

Geheimdienst und Propaganda im Ersten Weltkrieg. Die Aufzeichnungen von Oberst Walter Nicolai 1914 bis 1918

Hrsg. von Michael Epkenhans, Gerhard P. Groß, Markus Pöhlmann und Christian Stachelbeck. Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg, 2019. IX, 667 S. Ktn., Graph. = Zeitalter der Weltkriege, 18. ISBN: 978-3-11-060501-3.

Der künftige deutsche Geheimdienstchef Walter Nicolai (1873–1947) erlernte während seiner Generalstabsausbildung die russische und japanische Sprache und sollte eigentlich als Militärbeobachter auf japanischer Seite am Russisch-Japanischen Krieg 1904/05 teilnehmen. Als sich dieses Projekt zerschlug, setzte man ihn probenhalber beim Stab des preußischen I. Armeekorps in Königsberg als Nachrichtendienstoffizier gegen Russland ein. Diese Probe bestand Nicolai, der anfangs nur eine geringe Neigung für den militärischen Nachrichtendienst hatte, recht gut, und nach einer Truppendienstleistung als Kompaniechef wurde er ab 1911 als Leiter des Referates IIIb im Großen Generalstab, also als Leiter des militärischen Geheimdienstes, eingesetzt. Nicolais Aufgabe bestand darin, über die beiden deutschen Hauptgegner Russland und Frankreich nachrichtendienstlich militärische und verkehrstechnische Informationen zu sammeln und in enger Zusammenarbeit mit der preußischen Polizei die Spionageabwehr zu koordinieren. Nicolai bemühte sich bis Kriegsausbruch 1914 mit beachtlichem Erfolg, den anfangs noch zwergenhaft kleinen militärischen Nachrichtendienst, den einzigen Geheimdienst, welchen Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg überhaupt besaß, personell und organisatorisch auszubauen. Desgleichen bemühte er sich im Zusammenwirken mit dem österreichisch-ungarischen, dem italienischen und dem rumänischen militärischen Nachrichtendienst, die militärische Informationssammlung gegenüber Russland und Frankreich zu intensivieren. Während des Ersten Weltkriegs gelangte der deutsche militärische Nachrichtendienst IIIb zu immer größerer Bedeutung und nahm schließlich einen beträchtlichen Umfang an. Auf dem Vorsatz- und Nachsatzblatt des Buches befindet sich jeweils ein farbiges Organigramm des IIIb-Dienstes im Jahr 1916 bzw. 1918, welches dies beweiskräftig illustriert. Außerdem erhielt Walter Nicolai zu Kriegsbeginn zusätzlich zu seinen nachrichtendienstlichen Aufgaben

die Beaufsichtigung und Kontrolle über die deutsche Presse und später über die deutsche Kriegspropaganda schlechthin übertragen. Diese Leitung und Kontrolle nahm Nicolai im Auftrag der OHL unter Moltke d. J., später unter Falkenhayn bzw. unter Hindenburg/Ludendorff wahr, versorgte seine Vorgesetzten mit vielfältigen Informationen und Hinweisen und setzte deren Direktiven und Befehle in die Praxis um. Schnell lernte Nicolai, dass das Feld der Presse und Innenpolitik ein schlüpfriges Parkett darstellte und er sich dadurch vielfältige Feinde und Neider innerhalb und außerhalb des Militärs zuzog. Weil Nicolais Aufzeichnungen ursprünglich nicht zum Druck bestimmt waren, stellen seine Charakteristiken deutscher Militärs und Politiker und die Darstellung von innenpolitischen Affären aus seiner speziellen Sicht einen wichtigen Teil des Buches dar. So bescheinigte Nicolai dem Ludendorff-Nachfolger Wilhelm Groener „produktive Faulheit“ (S. 590). Der politisch und auch finanziell umtriebige Reichstagsabgeordnete Matthias Erzberger gibt in der Darstellung Nicolais ein sehr unschönes Bild ab, und es wird verständlich, warum Nicolai, wenngleich meistens vergeblich, dessen Einfluss zu beschränken versuchte. Zusätzlich wird verständlich, warum Matthias Erzberger und auch Arnold Rechberg nach Kriegsende Walter Nicolai mit Hass verfolgten. Speziell zur osteuropäischen Geschichte bietet das Buch manch interessantes Detail. So bestand intern bezüglich des russischen Mobilmachungsplakates, das der deutsche militärische Nachrichtendienst kurz vor Ausrufung der deutschen Mobilmachung beschafft hatte, eine Zeitlang große Ungewissheit, ob dieses eventuell nur eine russische Teilmobilmachung oder aber die russische Generalmobilmachung bedeutete.

Auch sind die in Moskau befindlichen Aufzeichnungen Walter Nicolais sehr sorgsam vom sowjetischen Geheimdienst bezüglich der helfenden Hände des deutschen Geheimdienstes bei der Rückkehr Lenins nach Russland 1917 durchgesehen und die entsprechenden Seiten bezeichnenderweise entfernt worden. Den Herausgebern gelingt es, sowohl diese Durchsicht nachzuweisen wie auch die fehlenden Seiten durch eine Ersatzüberlieferung zu kompensieren. Walter Nicolais publizierte Aufzeichnungen bestehen aus tagebuchähnlichen Niederschriften, späteren Ergänzungen dazu und seinen stets inhaltsreichen, fast täglich verfassten Kriegsbriefen an seine Gattin nebst einer Masse sonstiger beigelegter Dokumente. Alles dieses Schrifttum gelangte im Frühherbst 1945 bei der Verhaftung Walter Nicolais durch den sowjetischen Geheimdienst nach Moskau. In der Sowjetunion glaubte man nämlich fälschlicherweise, mit Nicolai die „graue Eminenz“ der NS-Geheimdienste in der Hand zu haben. Erstmals gerieten diese Aufzeichnungen während der El'cin-Periode in die Hände des damals in Moskau forschenden Mitherausgebers Markus Pöhlmann. Durch geschickte Lobbyarbeit des Zentrums für Militärgeschichte der Bundeswehr in Potsdam wurde es möglich, diese wertvollen Aufzeichnungen in Moskau zu kopieren und zum allergrößten Teil im vorliegenden Buch zu publizieren. Die Aufzeichnungen sind mit einer langen und lehrreichen Einführung versehen sowie vorzüglich kommentiert. Zusätzlich verfügt das Buch über ein ausführliches Personen- und geographisches Register. Den Herausgebern

gebührt großer Dank für diese wertvolle Quellenpublikation zur Geschichte des Ersten Weltkriegs.

JÜRGEN W. SCHMIDT
Berlin

Generationen in der Geschichte des langen 20. Jahrhunderts. Methodisch-theoretische Reflexionen

Hrsg. von Lukás Fasora, Ewald Hiebl und Petr Popelka. Wien: LIT, 2017.
199 S. = Mitteleuropäische historische Perspektiven – Central European
Historical Perspectives, 1. ISBN: 978-3-643-50750-1.

Der zu besprechende Sammelband geht auf eine Zusammenarbeit von Historikerinnen und Historikern aus Brno und Salzburg zurück. Daraus – so die Herausgeber in der Einleitung – sei die Idee entstanden, „zur Klärung gemeinsamer theoretischer Ausgangspunkte“ (S. 1) jährliche Workshops zu Begriffen, Theorien und Methoden abzuhalten. Der vorliegende Band ist nun offenbar das Ergebnis des ersten Workshops zum Thema Generationalität.

Durchaus in Entsprechung zu dieser Beschreibung des Entstehungskontexts nimmt sich auch das Ergebnis aus: Die Beiträge befassen sich jeweils mit dem Nutzen des Generationenkonzepts und exemplifizieren dies anhand eines Themas. Die methodisch-theoretischen Reflexionen kreisen dabei allesamt um Karl Mannheims Schrift *Das Problem der Generation* von 1928 und um die Abgrenzung des fraglichen Generationenbegriffs vom Konzept der Alterskohorte. Dabei bleibt unklar, ob „Generation“ ein Quellenbegriff ist, den es zu dechiffrieren gälte, oder ob „Generation“ als analytischer Begriff aufzufassen ist; unklar bleibt damit auch, in welchem Verhältnis schließlich Selbstthematisierung und theoretische Reflexion stehen. Selbst der einleitende soziologische Beitrag von MICHAEL CORSTEN trägt hier nicht wirklich zur Klärung bei.

Die Beiträge sind nicht nur thematisch, sondern auch vom Zugang her breit gefächert. Das oben genannte methodische Dilemma zwischen Quellenbegriff und analytischem Begriff wird letztlich in den thematischen Beiträgen nicht aufgelöst. Dies gilt auch für den ansonsten sehr gelungenen Beitrag von JIŘÍ NĚMEC zur deutschböhmisches und sudetendeutschen Wissenschaft der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Darüber hinaus finden sich Beiträge wie der von EWALD HIEBL über „68‘ als Generationenkonflikt“ oder der von EVA SCHÄFER über die „Wendegeneration“, die sich mit Themen befassen, die nicht nur in der Selbstbeschreibung der Akteure, sondern auch in den politischen Debatten den Generationenbegriff führen. Auch finden sich

solche Aufsätze wie der von DENISA NEČASOVÁ über die Jugendorganisation der Sozialistischen Tschechoslowakischen Republik, in denen es um den politisch motivierten Versuch geht, eine neue Generation zu erschaffen. Eher assoziativ ist ein Beitrag von JIŘÍ HANUŠ über „Priestergenerationen“ in der Tschechoslowakei. Den Charakter eines Literaturüberblicks haben dagegen die Darstellungen von LUKÁŠ FASORA über den Generationenkonflikt in der Sozialdemokratie des Böhmisches Kronlandes (durchaus lesenswert), über Generationenkonflikte im Kontext von Flucht und Vertreibung der Deutschen als Ostmitteleuropa (immerhin mit einer klaren These, dass diese nämlich im Dienste der Gruppenidentität nicht ausgebildet werden), über die schlesischen Politiker Křofantý und Ulička (eigentlich eher ein Portrait dieser beiden) und über Familienunternehmen vor dem Ersten Weltkrieg (gut eingebettet in den Forschungsstand). Im Zentrum eines Beitrags von HANNS HAAS steht das Tagebuch einer deutschen Pfarrerstochter aus der Slowakei; hier geht es um deren national-sozialistische Sozialisation. JULIAN PÁL und VLAD POPOVICI schreiben schließlich über die parlamentarische Elite Transsilvaniens (Ostungarns) vor dem Ersten Weltkrieg. Dieser sehr umfangreiche Beitrag verarbeitet reichlich statistisches Material zu Herkunft, sozialer Stellung, Bildung und Alter der fraglichen Elite, das u. a. in zahlreichen Tabellen und Diagrammen dargestellt wird, bleibt aber eine abschließende Synthese schuldig. Einen erstzunehmenden Beitrag zum Problem der Generationalität in der Geschichtswissenschaft stellt der Sammelband mithin nicht dar; allenfalls findet man einige wenige methodische und thematische Anregungen.

NATALI STEGMANN

Regensburg

Akteure mittelalterlicher Außenpolitik. Das Beispiel Ostmitteleuropas

Hrsg. von Stephan Flemmig und Norbert Kersken. Marburg/Lahn: Herder-Institut, 2017. VI, 376 S. = Tagungen zur Ostmitteleuropaforschung, 35. ISBN: 978-3-87969-415-0.

In den zurückliegenden Jahren hat die Forschung über diplomatiegeschichtliche wie auch über außenpolitische Themen sehr von kulturgeschichtlich inspirierten Fragestellungen und Ansätzen profitiert. Infolge der methodischen Öffnung werden sie nun oft auch als ‚Außenbeziehungen‘ in den Blick genommen, ein Begriff, der sich in manchen Fällen deutlich besser für eine eingehendere, stärker differenzierende Charakterisierung von relevanten Interaktionsfeldern und den dort zur Anwendung gebrachten Praktiken von teilweise recht unterschiedlichen Akteuren bzw. Akteursgruppen nutzen lässt. Die damit

verbundenen Fragen an ausgewählten Beispielen aus ostmitteleuropäischen Herrschaften während des ausgehenden Mittelalters näher zu untersuchen, war Ziel und Zweck einer Tagung, die Stephan Flemmig und Norbert Kersken im November 2014 am Herder-Institut in Marburg organisiert haben und deren Beiträge im hier anzuzeigenden Sammelband nun publiziert vorliegen. Um die Tagung und damit auch den daraus resultierenden Sammelband mittels geeigneter thematischer und perspektivischer Zugänge zu strukturieren, bot es sich an, von Dynastien, von Ständen sowie von einzelnen Persönlichkeiten als Akteuren bzw. Akteursgruppen auszugehen, deren Wirken in jeweils unterschiedlichen Rollen in Außenbeziehungen greifbar werden.

Der Block der Tagungsbeiträge wird von NORBERT KERSKEN eröffnet, der einen ausführlichen, konturierenden Überblick über den Stand der Erforschung außenpolitischer und diplomatiegeschichtlicher Fragestellungen für das östliche Mitteleuropa in Spätmittelalter und Früher Neuzeit vermittelt. Dabei hat er besondere Schwerpunkte in der Aufarbeitung von schriftlicher Kommunikation, von Verträgen sowie von Herrschertreffen ausgemacht. Darüber hinaus weist er auf die große Aufmerksamkeit hin, welche Heiratsverbindungen und dynastische Politik im östlichen Mitteleuropa in der bisherigen Forschung auf sich gezogen haben. Ebenfalls gelingt es ihm, Forschungsperspektiven aufzuzeigen, die sich – an die historiographischen Fortschritte in den vergangenen Jahren anschließend – für den gewählten geographischen Raum und die gewählte Epoche bieten.

In den ersten Aufsätzen wird auf jeweils unterschiedliche Weise überwiegend die Perspektive von herrschenden Dynastien eingenommen, die in Interaktion mit ihrem unmittelbaren bzw. weiter entfernten Umfeld traten: ROBERT ANTONÍN hat sich in seinem Beitrag näher mit den Aktivitäten der böhmischen Könige Přemysl Ottokar II. und Wenzel II. befasst, die sich im Kampf mit Andersgläubigen, hier vor allem mit den Tataren, aber auch in Kreuzzügen gegen die Pruzen als Verteidiger des Christentums zu inszenieren suchten, um damit gleichzeitig das Prestige ihres Reiches zu mehren. Daneben fragt Antonín auch nach den Akteuren, auf die die beiden Könige in diesem Zusammenhang zurückgreifen konnten, nach den institutionellen, administrativen Mechanismen und den wirtschaftlich-finanziellen Rahmenbedingungen, die ihre Ziele fördern konnten. RIMVYDAS PETRAUSKAS hat in seinem Aufsatz die Möglichkeiten kritisch betrachtet, die sich den Gediminiden vor der Christianisierung im letzten Viertel des 14. Jahrhunderts zur Festigung ihrer Herrschaft boten, als die Dynastie infolge der militärischen Erfolge Litauens zwar zu einer wichtigen Macht im östlichen Europa, aber eben noch nicht Teil der – christlichen – Familie der Könige geworden war.

Im zweiten Teil des Sammelbandes geraten nichtdynastische Akteure und Ständevertreter in den Fokus: RAFAŁ SIMIŃSKI hat sich eingehend mit der Analyse der Beziehungen zwischen den Herzögen von Pommern-Stolp und dem Deutschen Orden im Zeitraum von 1395 bis 1426 und den Einflussmöglichkeiten beschäftigt, die sich den mit Verhandlungen betrauten Gesandten und Räten aus dem Umfeld des herzoglichen

Hofes eröffneten. Im Anschluss daran hat LENKA BOBKOVÁ die Potentiale von Herrschertreffen zur Beilegung von territorialen Konflikten und die mit ihnen verbundene Symbolik analysiert. Hierfür untersuchte sie exemplarisch die Verhandlungen zwischen Böhmen, Polen, dem Deutschen Orden und Ungarn, die 1335 in Trentschin und Visegrád stattfanden. Die Mechanismen, die in der polnischen Diplomatie und Politik der Könige Kazimierz IV. und Jan I. Olbracht am Ende des 15. und zu Beginn des 16. Jahrhunderts greifbar werden und die einerseits auf eine Stärkung der Stellung Polen-Litauens in einer sich abzeichnenden antiosmanische Koalition und andererseits auf die Bewahrung des Friedens mit dem Khanat der Krim abzielen, hat TETIANA GRYGORIEVA untersucht. Die komplexen Verhältnisse in den Beziehungen zwischen dem livländischen Ordensmeister und dem Großfürsten von Moskau sind Gegenstand des Beitrags von ALEXANDER BARANOV unter dem treffenden Titel „Zwischen Bündnis und Konfrontation. Der livländische Ordensmeister Bernd von der Borch und Großfürst Ivan III. von Moskau (1471–1483)“. Baranov beschreibt hier das Spannungsverhältnis zwischen den genannten Akteuren vor dem Hintergrund der innerlivländischen Auseinandersetzungen um die Vorherrschaft, der Propagierung des Feindbildes vom „ungläubigen Moskowiter“ und des Interesses sowohl des Ordens als auch Moskaus, den Einfluss des jeweils anderen auf weitere Nachbarn – in diesem Fall Polen-Litauen und Novgorod – zu begrenzen, während der Großfürst selbst vor allem an der Gewährleistung eines sicheren Kommunikations- und Reisewegs aus dem Moskauer Reich über Livland nach Westeuropa interessiert war. Auch im Aufsatz von STEPHAN FLEMMIG ist die Politik des Deutschen Ordens Thema, die zur Zeit des aus der Dynastie der Wettiner stammenden Hochmeisters Friedrich in besonderem Maße von sächsischen Räten geprägt wurde. Sie hatten ihren Weg nach Preußen vor allem über persönliche Netzwerke gefunden, und gerade über diese Netzwerke stärkten sie auch die Verbindung zwischen dem Ordensland Preußen und Sachsen. Die besondere Rolle und die wachsende Bedeutung der Ständeversammlungen in Polen und Ungarn bei der Gestaltung der Außenbeziehungen hat JULIA BURCKHARDT in ihrem Aufsatz unter dem Titel „Handeln und Verhandeln. Außenpolitische Dimensionen polnischer und ungarischer Reichsversammlungen im Spätmittelalter“ herausgearbeitet. Sie konnten Einfluss auf Fragen der Kriegsführung, auf Friedensverhandlungen, auf dynastische Eheverbindungen sowie auf den konkreten Umgang mit Gesandten nehmen. Die Herausforderungen und Spielräume, die sich aus der Minderjährigkeit eines Herrschers bzw. einem Interregnum ergeben konnten, hat DARIUSZ WRÓBEL untersucht, der dabei die besondere Rolle des polnischen Adels in den Bemühungen um die Union mit Litauen sowie um die Verhandlungen mit dem Deutschen Orden in den Zeiträumen 1382–1386 sowie 1434–1438 herausgearbeitet hat. UWE TRESP zeichnet in seinem Beitrag unter dem Titel „Gewalt und Diplomatie. Böhmisches Außenpolitik in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts“ das Bemühen des böhmischen Königs Georg von Podiebrad nach, Böhmen nach den Hussitenkriegen wieder in die alte Machtposition zu bringen, deren

Erlangung auch im Sinne des böhmischen Adels war. Der Bedarf an böhmischen Söldnern bei anderen europäischen Herrschern spielte dem König dabei diplomatisch in die Hände.

Die letzten vier Beiträge eint ihr thematischer Zugang über die vermittelnden, beratenden bzw. Außenbeziehungen und diplomatische Aktionen konkret organisierenden Personen: DÁNIEL BAGI hat in seinem Aufsatz („Weltliche und kirchliche Vermittler im Kampf um die angevinische Thronfolge in Polen [1335–1370]“) detailliert die Auseinandersetzungen und Verhandlungen um die Nachfolge König Kasimirs III. sowie die Interessen untersucht, die einzelne Gruppen in diesem Kontext verfolgten und dabei auch quellenkritische und historiographische Aspekte in den Blick genommen. Die Aufmerksamkeit MARIO MÜLLERS galt dem Schicksal Brandenburgs unter der Herrschaft der Wittelsbacher und Luxemburger, die die märkischen Stände an der Gestaltung der Außenbeziehungen zu beteiligen und damit gleichzeitig auch für ihre eigenen politischen Zielsetzungen zu gewinnen suchten. Seinem Beitrag („Die Außenpolitik des spätmittelalterlichen Kurfürstentums Brandenburg [1323–1499] – nach Verträgen der Markgrafen und landständischen Vertreter der Mark“) hat der Verfasser einen umfangreichen Anhang beigegeben, der Regesten von Verträgen der Markgrafen von Brandenburg aus seinem Untersuchungszeitraum enthält. ADAM SZWEDA hat ausführlich die Rolle und Einflussmöglichkeiten beleuchtet, welche Räte am polnischen Hof im Zusammenwirken mit ihren Königen in außenpolitischen Fragen hatten. Dies geschieht am Beispiel der Beziehungen Polens zum Deutschen Orden von 1333 bis 1453. Den Transfer von historisch-politischen Konzepten aus Italien nach Ostmitteleuropa durch im Dienst dortiger Dynastien stehende Humanisten und die argumentative Nutzung dieser Konzepte für legitimatorische wie propagandistische Zwecke hat PAUL SRODECKI vor allem am Beispiel der Könige Kasimir IV. Andreas und Matthias Corvinus herausgearbeitet („Humanistischer Wissens- und Kulturtransfer im östlichen Mitteleuropa und sein Einfluss auf das Diplomatiwesen an den Höfen der Jagiellonen und Hunyadis“).

Die thematisch abwechslungsreichen Beiträge, die zum Vergleich mit den Verhältnissen im zeitgenössischen übrigen Europa einladen, wurden abschließend von MARTIN KINTZINGER resümiert, der dies gerade auch vom Standpunkt der mittelalterlichen Geschichte des westlichen Europas getan hat. In seiner anregenden Würdigung hat er das Erkenntnispotential herausgestellt, das Arbeiten zu Aspekten der mittelalterlichen Geschichte des östlichen Europas auch zur allgemeineuropäischen Mediävistik aufweisen. Die im besprochenen Tagungsband versammelten Beiträge legen hierüber Zeugnis ab und vermögen jeder für sich Anregungen für weitere, komparative Arbeiten und weiterführende Diskussionen zu geben.

Der Sammelband ist durch ein Personen- und Ortsnameregister inhaltlich erschlossen.

MAIKE SACH

Kiel

Gegengeschichte. Zweiter Weltkrieg und Holocaust im ostmitteleuropäischen Dissens

Hrsg. von Peter Hallama und Stephan Stach. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, 2015. 294 S., Abb. = Schriftenreihe der Societas Jablonoviana, 3. ISBN: 978-3-86583-933-6.

Die vorliegende Aufsatzsammlung stellt den Abschluss des 2009 begonnenen und von der Leipziger Societas Jablonoviana und dem Historischen Institut der Universität Warschau getragenen Projektes *Gegengeschichte. Dissidente Diskurse über die Gewalterfahrungen im Zweiten Weltkrieg im Ostmitteleuropa der 1980er Jahre* dar. Im Fokus des Werkes steht der erinnerungspolitische Umgang der ostmitteleuropäischen Oppositionsbewegungen mit dem Zweiten Weltkrieg und dem Holocaust, der teils im krassen Widerspruch zur offiziell propagierten Geschichtspolitik der herrschenden sozialistischen Regime stand. Dass es sich bei diesen „Gegengeschichte[n] nicht um eine dichotome Trennung zwischen offiziellen oder staatlich sanktionierten und inoffiziellen oder dissidenten Geschichtsbildern handelte“ (S. 26), zeigen bereits die in der Einleitung von PETER HALLAMA und STEPHAN STACH, den Herausgebern des Bandes, aufgeführten Beispiele, habe es doch „auch im Dissens [...] zum Teil heftig geführte Auseinandersetzungen darüber“ gegeben, „was *die* historische Wahrheit“ gewesen sei. (S. 27). Hierbei boten der Zweite Weltkrieg, der Holocaust wie auch ferner die von den herrschenden Regimen desavouierte vorsozialistische Zwischenkriegszeit den Akteuren des politischen ostmitteleuropäischen Dissens interessante Themenfelder, waren es doch insbesondere letztere die von den sozialistischen Propagandaapparaten über Jahrzehnte als feste Grundpfeiler der eigenen Erinnerungspolitik erachtet wurden. An diesen Fundamenten zu rütteln und die offiziellen Narrative zu hinterfragen – und somit auch das System in der Öffentlichkeit bloßzustellen und der „Lüge“ zu überführen – stellte eines der Hauptanliegen wie auch wirksamsten Instrumente der oppositionellen Bewegungen dar.

Eines der Tabuthemen in der Volksrepublik Polen bildete die Zweite Republik, die vom politischen Dissens – im Gegensatz zur von der Sowjetunion abhängigen Volksrepublik – als glorifizierter unabhängiger polnischer Staat zu einem bedeutenden erinnerungspolitischen Anker stilisiert wurde. SILKE PLATE widmet sich in ihrem Beitrag

den Visualisierungen der Zweiten Republik auf den Untergrundbriefmarken der polnischen Opposition in den 1980er Jahren. So seien letztere „[a]ls klassische Sammelobjekte [...] beständiger als Flugblätter“ gewesen, „da sie über konkrete Anlässe wie zum Beispiel Jahrestage hinaus immer noch Sammelobjekt blieben.“ (S. 55) CHRISTHARDT HENSCHEL vergleicht den Umgang der Oppositionsbewegungen in der DDR und der Volksrepublik Polen mit dem Zweiten Weltkrieg und dem Widerstand. Geschichte habe sowohl diesseits wie jenseits der Oder-Neiße-Grenze „eine wichtige Rolle bei der Formierung, Selbstvergewisserung und Rechtfertigung der Opposition“ gespielt (S. 77). JOANNA URBANEK und FLORIAN PETERS beleuchten in ihrem Aufsatz die Traditionen der Widerstandsbewegung im spätsozialistischen Polen und stellen hierbei insbesondere den erinnerungspolitischen Umgang mit dem Warschauer Aufstand vor. Die Aufarbeitung des Zweiten Weltkriegs und der Nachkriegszeit in Prosawerken des tschechischen Dissenses steht im Mittelpunkt des Beitrags von ALENA FIALOVÁ.

Daran anschließend zeichnet ADAM DOBEŠ die Art und Weise nach, wie das Kriegsende und hier allem voran die Präsenz US-amerikanischer Truppen im südwestlichen Böhmen im Jahr 1945 in der kommunistischen Tschechoslowakei (1948–1989) dargestellt wurde. Das kommunistische Regime habe erst gar nicht versucht, diese historische Anekdote zu vertuschen. Vielmehr sei der Umstand propagandistisch in den 1950er und 1960er Jahren ausgenutzt worden, „um die USA in schlechtem Lichte darzustellen und die Leistungen der US-Soldaten herabzuwürdigen.“ Auf diese Weise wurde „die historische Rolle der Vereinigten Staaten bei der Befreiung Böhmens [...] zu einem Aspekt der antiwestlichen Propaganda des jungen kommunistischen Staates.“ (S. 136) Eine differenzierte Sicht kam schrittweise freilich erst in den 1970er und dann insbesondere in den 1980er Jahren an die Öffentlichkeit, gefördert vor allem von der von der Charta 77 inspirierten unabhängigen Gruppierung Společnost přátel USA (Gesellschaft der Freunde der USA; SPUSA).

Die wiederholte Umdeutung und Instrumentalisierung des 17. Novembers und des hiermit verbundenen wiederkehrenden Motivs des „studentischen Märtyrers“ steht im Mittelpunkt des Beitrags von SABINE STACH. Ursprünglich in Erinnerung an die gewaltsame Niederschlagung der studentischen Proteste und die Schließung der tschechischen Hochschulen durch die Nationalsozialisten Mitte November 1939 begangen, wurde der Gedenktag in der sozialistischen Tschechoslowakei zu einem von beiden Seiten, dem Staat wie auch der Opposition, hart umkämpften Erinnerungsort, den jede Seite für sich zu vereinnahmen versuchte. Stach konzentriert sich in ihrem Essay in erster Linie auf zwei Ereignisse, „die in besonderer Weise in Bezug zum November 1939 gesetzt wurden“ (S. 164): Zum einen habe die Erinnerung an den 17. November im Sommer 1968, als die Tschechoslowakei von den Truppen des Warschauer Paktes besetzt worden war, eine erinnerungspolitische Renaissance erlebt. Zum anderen seien im Zuge der sogenannten Samtenen Revolution und der

studentischen Demonstrationen 1989 von der Opposition Parallelen zum November 1939 postuliert worden.

BIANCA HOENIG vergleicht in ihrem Aufsatz die Darstellung und Bewertung der Vertreibung der Deutschen in den unabhängigen polnischen und tschechoslowakischen Debatten der späten 1970er und frühen 1980er Jahre. Hoenig zieht für ihre Analyse zwei Schlüsseltexte des slowakischen Historikers Ján „Danubius“ Mlynárik und des polnischen Literaturwissenschaftlers und führenden Oppositionellen Jan Józef Lipski heran. Beide hätten sich in ihren nonkonformistischen Texten entschieden gegen die von den sozialistischen Regimen vorgegebenen Narrative positioniert, hätten „Gegen-geschichten“ entworfen, „in deren Rahmen die Vertreibung [zwar] Sinn erhielt – bloß unter umgekehrten Vorzeichen.“ (S. 205) So habe die Vertreibung der Deutschen – anders als im offiziellen Duktus der sozialistischen Machthaber – in den Überlegungen Mlynáriks und Lipskis „ihren Sinn [...] in der Beschreibung als ‚Tragödie‘, als moralisches Übel“ gefunden, „das den Ausgangspunkt auf dem Weg in die sozialistische Diktatur unter sowjetischer Hegemonie gebildet hatte.“ (S. 205)

Einen Grenzen übergreifenden Vergleich zieht auch STEPHAN STACH, der in seiner Abhandlung den Umgang Oppositioneller mit Holocaustgedenktagen in der Volksrepublik Polen dem in der DDR gegenüberstellt. Während in Polen gerade in den 1980er Jahren im Zuge der Solidarność-Bewegung „eine lebhafte Debatte über das polnisch-jüdische Verhältnis in Gang gebracht“ worden sei, die sich insbesondere in verschiedenen, vom „dumpfen Nationalismus“ Abstand nehmenden Gedenkfeiern manifestierte und für einen „aufgeklärten Patriotismus“ stand, sei „die Opposition in der DDR [...] von einer solchen Wirkungsmacht meilenweit entfernt“ gewesen, habe „ihr doch eine ähnlich breite gesellschaftliche Verwurzelung, wie die Solidarność sie besaß“, gefehlt. (S. 235) Auch PETER HALLAMA wie auch RICHARD S. ESBENSHADE widmen sich in den darauffolgenden Aufsätzen der schwierigen Vergangenheitsbewältigung und zeichnen die Aufarbeitung des Holocausts jeweils durch die tschechischen sowie ungarischen *samizdat*-Publikationen nach. Zwar hätte es in beiden Ländern nicht an „kritischen Stimmen“ gefehlt, „die bereits in den 1980er Jahren eine breitere Auseinandersetzung mit dem Holocaust“ gefordert hätten, allerdings mussten letztere gegen eine weitverbreitete „gesellschaftliche Gleichgültigkeit und Teilnahmslosigkeit gegenüber der Ermordung der Juden“ (S. 259) ankämpfen, die größtenteils auch aus einer gewissen Verdrängung resultierte. Der Sammelband schließt mit einem Autorenverzeichnis sowie einem recht knappen Personenregister.

Insgesamt bietet die Aufsatzsammlung einen interessanten Einblick in den Umgang des ostmitteleuropäischen Dissenses und seiner Akteure mit dem Zweiten Weltkrieg und dem Holocaust in sozialistischen Gesellschaften. Ein etwas engerer struktureller Rahmen hätte angesichts der teils stark heterogenen Einzelbeiträge dem Gesamtwerk gutgetan. Zudem ist die Kurzinhaltsangabe samt Vorwort und einführender Einleitung irreführend, da im Zentrum des Bandes hauptsächlich die Spielräume des oppositionellen

Handelns in des spätsozialistischen Gesellschaften Ostmitteleuropas stehen und nicht – wie behauptet – der Zeitraum nach 1989 als Vergleichsebene bemüht wird. Gerade hier zeigt sich aber eine bedeutende Schwäche des Gesamtopus, nämlich die – größtenteils unbeantwortete – Frage nach der Renaissance nationalistisch-paternalistischer Erinnerungs- und Geschichtsdiskurse im gesamten heutigen Ostmitteleuropa. Zu kritisieren sei auch der etwas zu positive Blick auf die ostmitteleuropäischen Oppositionsbewegungen und *samizdat*-Publikationen, der sich – nach dem Motto: hier die verachtenswerte Erinnerungspolitik der Nationalkommunisten, dort die vermeintlich aufgeklärte und somit gute Aufarbeitung des Zweiten Weltkriegs und Holocausts durch den politischen Dissens – unterschwellig wie ein roter Faden durch die Einzelstudien zieht. Hier wäre eine etwas kritischere Distanz wünschenswert gewesen, denn das oppositionelle Denken im Spätsozialismus bedeutete nicht nur den Anfang einer sich ihrer Macht immer bewusster werdenden Zivilgesellschaft. Es trug auch die Keimzelle für die heute in Ostmitteleuropa so weit verbreiteten Neonationalismen in sich. Es wäre daraus folgernd schließlich sehr interessant gewesen, wenn zumindest der eine oder andere Beitrag ausführlicher den Wurzeln dieser letztjährigen Entwicklung in der spätsozialistischen Zeit nachgegangen wäre, sind doch die Anfänge zahlreicher Karrieren der mithin einflussreichsten politischen Akteure in Polen oder etwa Ungarn im Umfeld der oppositionellen Bewegungen eben dieser Zeit zu suchen (vide Jarosław Kaczyński oder Viktor Orbán, um nur die wichtigsten zu nennen). Die Nachwirkungen der in der Einleitung von Peter Hallama und Stephan Stach beschriebenen „Pluralisierung von Meinungen“ in der spätsozialistischen Zeit, die schließlich auch zu einer „Pluralisierung der Gesellschaft“ beigetragen habe (S. 27), kommen somit hierbei – gerade im Hinblick auf die Renationalisierung historischer Narrative und die dadurch bedingte Abkehr von einer multiperspektivischen Auseinandersetzung mit Geschichte und Erinnerungskultur – leider zu kurz.

PAUL SRODECKI

Kiel

Radu Ioanid

Das Iași-Pogrom Juni–Juli 1941. Eine Fotodokumentation aus dem Holocaust in Rumänien

Mit einem Vorwort von Elie Wiesel. Einleitung von Alexandru Florian.
Hrsg. in Zusammenarbeit mit dem United States Holocaust Memorial Museum und dem Elie Wiesel Institute for the Study of the Holocaust in Romania. Göttingen: Wallstein, 2019. XV, 179 S., zahlr. Abb. ISBN: 978-3-8353-3449-6.

Eine beeindruckende Dokumentation über das Jassy-Pogrom hat Radu Ioanid vorgelegt. Ursprünglich sollte zur Ausstellung 70 Jahre nach dem Pogrom vom 26. Juni bis 6. Juli 1941 ein Katalogband erscheinen. Allerdings fehlte es an ausreichender wissenschaftlicher Vorbereitung, an Zeit und vermutlich auch an finanziellen Mitteln, um das Vorhaben zu realisieren. In dieser Situation sprang das Washingtoner Holocaustmuseum ein, dessen Leiter des Archivprogramms selbst aus Rumänien stammt und der bereits vor Jahren eine Studie zum Holocaust in Rumänien vorgelegt hat. Zudem war Radu Ioanid zeitweise auch für die Fotosammlung des Museums verantwortlich. Jetzt liegt die ursprünglich auf Rumänisch erschienene Dokumentation (2014) auch auf Deutsch vor.

Die Hinführung zum Thema ist konventionell gehalten und fasst zusammen, was Ioanid in seinem früheren Holocaust-Buch bereits dargelegt hat. Neuere Literatur bleibt unberücksichtigt, während erst seit jüngster Zeit zugängliche Quellen durchaus eingearbeitet sind. Dieser Sachverhalt erklärt auch einen gewissen argumentativen Bruch. Denn die Einleitung endet mit einem Befehl Antonescus vom 4. Juli 1941. Dieser Befehl würde gegen eine systematische Vorbereitung des Iași-Pogroms sprechen, wie Ioanid eingangs ausführt. Es sei eine große Schande – so Antonescu in seinem Befehl –, wenn Soldaten eigenmächtig die Initiative ergriffen und oft, nur um zu plündern oder Menschen zu misshandeln, willkürlich Juden angriffen und töteten, wie es in Jassy der Fall gewesen sei. Nur die Regierung besitze das Recht, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. (S. 14)

Doch nicht die Frage nach den Ursachen und der Dynamik des Gewaltgeschehens steht im Mittelpunkt des Bandes, sondern das Leiden der vielen Ermordeten und die Wahrnehmung der Opfer, die die Gräueltaten überlebten. Offensichtlich bedarf es angesichts der erdrückenden Erzählungen und Bilder von Gewaltexzessen in der Gegenwart der doppelten Absicherung von Aussagen über die Vergangenheit: der erzählten Erinnerungen und der überwältigenden fotografischen Darstellungen.

Jedem einzelnen Bild hat Radu Ioanid einen Quellentext zur Seite gestellt. Dieser erklärt, was zu sehen ist, vielfach auch das, was nur zu erraten ist: „Ich stehe in der Carol-Straße (am Ghica-Gebäude) vor den Legionären [Gendarmen] und sehe dort ein paar Hundert Juden (300 bis 400) mit erhobenen Händen, einige von ihnen verletzt,

blutüberströmt; einem fehlt ein Auge; sie sitzen in Dreier- oder Viererreihen auf dem Boden [...]. Die Juden stöhnten und weinten, und wenn einer von ihnen die Arme sinken ließ [...], wurde er mit einem Gewehrkolben gestoßen oder geschlagen.“ (Aussage von Hauptmann Richard Filipescu, [S. 31])

In Iași trafen ganz verschiedene Dimensionen des rumänischen Holocaust-Geschehens zusammen: der rituelle, menschenverachtende Antisemitismus der radikalen Rechten, die Gewalt der aufgeputschten Straße, die Kriegsangst und der Machtrausch der Soldaten, das gegenseitige Aufschaukeln der rumänischen und der deutschen Truppen, die Unfähigkeit der Verantwortlichen, Ordnung herzustellen, der Zynismus der kleinen Machthaber in den Verwaltungen und bei den Militärs und der fehlende Mut mancher Zeitzeugen, Menschlichkeit zu beweisen. Dem Pogrom in Jassy selbst fielen Tausende Menschen zum Opfer. Darüber hinaus starben mehr als zweitausend Juden, als sie bei größter Hitze tagelang in Vieh- und Güterwaggons hin- und hergefahren wurden, ohne medizinische Hilfe, ohne Verpflegung, ohne Möglichkeit, den Durst zu stillen. Insgesamt schätzt die Forschung die Opferzahl auf etwa 13 000. Ein Mitarbeiter der Stadtreinigung erinnerte sich einige Jahre später an das Geschehen im Umkreis des Ankunftsortes des „Juden-Zuges“: „Mäntel, Kleider und Geld wurden von jenen Leuten an sich genommen, die beim Abladen der Leichen halfen. – Ich sollte hinzufügen, dass sogar die Flussschiffer von Iași die Toten ausraubten, und auch mir wurde eine Uhr angeboten.“ (Aussage von Vasile Spinosu, Fahrer bei der Stadtreinigung von Iași, [S. 151])

Die Dokumentation Radu Ioanids liegt inzwischen in vielen Sprachen vor, in Rumänisch, Englisch, Französisch – und jetzt auch in Deutsch. Damit hat Ioanid ein „Buch-Denkmal“ geschaffen, das ein weiteres Leugnen, ein weiteres bewusstes Wegsehen für diesen Aspekt des rumänischen Holocaust-Geschehens erschwert, ja, unmöglich macht.

ARMIN HEINEN

Aachen

Larysa Jakubova

„Russkij mir“ v Ukrajinі. Na kraju prirvy

[„Die Russische Welt“ in der Ukraine. Am Rande des Abgrundes]

Kyjiv: Klio, 2018. 384 S. ISBN: 978-617-7023-72-1.

Bei der geistigen Rückgewinnung der „vorläufig okkupierten Territorien der Ukraine“ (*tymčasovo okupovani teritoriji Ukrajinі*) tun sich landesgeschichtliche Fachleute in Kyjiv

merklich hervor. Dazu zählt Larysa Jakubova – Zeithistorikerin, Ethnopolitologin und Expertin für die Geschichte des Donbas. Ihr Werk „*Die Russische Welt“ in der Ukraine. Am Rande des Abgrundes* entstand im Rahmen eines Förderprogrammes an der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine. Es geht der Frage nach, warum und wie es zur Übernahme der Krim durch Russland 2014 und zum bis heute andauernden Kriegsgeschehen im Donbas kommen konnte.

Jakubova verwendet im ukrainischen Titel ihres Buches den Ausdruck „Russische Welt“ (*Russkij mir*), ein ambivalentes russisches Schlagwort aus den 2000er Jahren (Thomas Bremer: *Diffuses Konzept. Die Russische Orthodoxe Kirche und die „Russische Welt“*, in: Osteuropa 66 [2016] 3, S. 3–18). Im Ukrainischen wird „Russische Welt“ anders als im Russischen seit einigen Jahren als Ersatzwort für „Russischer Frühling“ (*Russkaja vesna*) verwendet, also für die gegen den „Euromaidan“ gerichtete Bewegung in der Ukraine im Jahre 2013/2014. Diese trat zunächst als „Anti(euro)maidan“, später auch unter anderen Bezeichnungen wie „Neurussland“ (*Novorossija*), „Kleinerussland“ (*Malorossija*) oder „Süden Russlands“ (*Jug Rossii*) auf, um letztlich in die Gründung der beiden von Russland abhängigen und international nicht anerkannten Kleinststaaten, der sogenannten Volksrepubliken von Lugansk und Doneck (*Luganskaja i Doneckaja Narodnye Respubliki*), einzumünden. Der Verfasserin geht es vornehmlich um die Vorgeschichte, den Verlauf und die Nachwirkung ebendieses „Russischen Frühlings“. Das Buch beginnt mit der für das neue Russland und die unabhängige Ukraine höchst angespannten Zeit ab 1991. Jakubova umreißt sodann mit dem Erinnerungstreit, dem Kirchenzwist und der Sprachenfrage drei kulturelle Schauplätze der russisch-ukrainischen Auseinandersetzungen seit der Auflösung der Sowjetunion. Ausführlich stellt sie die im November 2013 noch rein medialen, ab der Jahreswende zunehmend militanten und ab Februar 2014 schließlich auch militärischen Auseinandersetzungen in der Ukraine dar. Sie schließt mit kulturpolitischen Vorschlägen für die Schaffung und Durchsetzung einer „Ukrainischen Welt“ – einer erdachten Gemeinschaft bestehend aus der globalen ukrainischen Diaspora, dem Donbas, der Krim, Transkarpatien sowie der eigentlichen Kernukraine – als Gegenentwurf zur „Russischen Welt“.

Im Buch tauchen Intellektuelle und Paramilitärs aus Russland als Haupthandelnde des „Russischen Frühlings“ auf. Besonders hebt Jakubova zum einen die Rolle geistiger Brandstifter hervor, darunter – gestützt auf Charles Clover (*Black Wind, White Snow. The Rise of Russia's New Nationalism*. New Haven 2016) – vor allem die Aleksandr Dugins. Zum anderen streicht sie Führungsfiguren aus Russland wie den Historienschauspieler und Milizenführer Igor' Girkin oder den Kriegsreporter und Medienmanager Aleksandr Borodaj bei der praktischen Übernahme der Krim durch Russland und im Krieg um den Donbas heraus. Den Großteil an bereitwilligen Helfershelfern aus Russland verortet sie bei männerbündischen Subkulturen, in denen sich russische Veteranen aus den Kriegen in Afghanistan, Abchasien, Tschetschenien und Südossetien organisierten, so etwa bei Kampf-, Kraft- und Wehrsportvereinigungen.

Jakubova offeriert der Leserschaft eine quantitative Medienanalyse mit Elementen qualitativer Sozialforschung und gelangt zu folgender Kernaussage: Sie geht davon aus, dass sich die Führung Russlands, um den demographischen Rückgang der eigenen Bevölkerung zu bewältigen, gezielt um neue gesellschaftliche Leitvorstellungen bemühte, die einen mittelbaren wie unmittelbaren Zugriff auf russische Bevölkerungen in der Diaspora rechtfertigen können. Da in der Ukraine die mit Abstand meisten ethnischen Russen außerhalb Russlands leben, sollte das Wiedererstarken auf Kosten des Nachbarlandes vonstattengehen. Allein Russland sei laut Jakubova für die gewalttätige Entwicklung in der Ukraine verantwortlich zu machen. Da es außer auf der Krim vor dem Frühjahr 2014 in der Ukraine keine nennenswerte russische Irredenta gegeben habe und die Aufwiegler des Krieges im Donbas mehrheitlich über die Krim aus Russland gekommen seien, sieht sie den „Russischen Frühling“ als ein Importprodukt an. Die einfachen Einwohner des Donbas, denen es bei den Kundgebungen um ein Ende der regionalen Oligarchie gegangen sei, könnten laut Jakubova, die bezeichnenderweise selbst von dort stammt, für die gewaltsamen Ausschreitungen in der südlichen und östlichen Ukraine nicht haftbar gemacht werden, da sie zu Opfern einer von und aus Russland gelenkten Meinungsmache geworden seien.

Besonders lobend hervorzuheben ist, dass es im Buch – trotz der Mittelknappheit im Wissenschaftsbetrieb der Ukraine – zu so gut wie keinen Fehlern oder Ungenauigkeiten gekommen ist. Ärgerlich ist hingegen das offenbar ausgebliebene Lektorat, was die Lektüre auch für ein Publikum mit Vorkenntnissen erschwert. Ergänzungsmöglichkeiten ergeben sich aus dem ukrainischen und gegenwartsgeschichtlichen Hauptaugenmerk. Gerne hätte man in einem weiteren Abschnitt noch etwas zur exil-intellektuellen Vorgeschichte der russisch-ukrainischen Kulturkämpfe erfahren. Bedauerlich ist auch, dass Jakubova sich nicht explizit zu den kontrovers diskutierten Thesen des Politologen Serhij Kudelja um die Entstehung des „Russischen Frühlings“ positioniert, welcher einen genuin innerukrainischen Ursprung des „Antimaidan“ annimmt (Sergej Kudelja: *Vnutrenniji istočniki voružennoho konfliktu na Donbasse*, in: Ponars Jevrazija. Analitičeskaja zapiska 351 [2014], S. 1–8; ders.: *Donbasskij razłom*, in: Kontrapunkt. Žurnal o politike i obščestve 1 [2015], S. 1–13). Fraglich bleibt daher, warum sie den zahlreichen Aktivisten des „Russischen Frühlings“ aus der Ukraine in ihrer Darstellung derart wenig Geltung einräumt. Man hätte sich etwa eine Einschätzung der im Kampf um das Lenindenkmal auf dem Freiheitsplatz in Charkiv beteiligten Vereinigung „Bollwerk“ (*Oplot*) oder der „Odessaer Kameradschaft“ (*Odesskaja Družina*), die führend an den Kämpfen um das Gewerkschaftshaus in Odesa 2014 beteiligt war, vorstellen können.

Jakubova legt mit ihrer umfangreichen Darstellung einer ukrainischlesenden Fachöffentlichkeit die wohl erste wissenschaftliche Einzelveröffentlichung zum „Russischen Frühling“ überhaupt vor, welcher im Vergleich zum „Euromaidan“ als wenig erforscht gilt (Ivan Kozachenko: *Retelling Old Stories with New Media. National Identity and Transnationalism in the „Russian Spring“ Popular Uprising*, in: East/West. Journal

of Ukrainian Studies 4 [2017], 1, S. 137–158, hier S. 137 f.). Jakubovas Buch eignet sich insbesondere zur thematischen Einarbeitung von Fachleuten sowie zur Suche nach Quellen für weitere Forschungsvorhaben. Für diese Zwecke hätte man sich noch ein Orts-, Quellen- und Literaturverzeichnis gewünscht – ein Personenverzeichnis wird geboten. Gerade weil der Betrachtungsgegenstand in absehbarer Zeit höchst umstritten bleiben wird, wären dem Buch Neuauflagen zu wünschen. Für eine Rezeption in anderen postsowjetischen Öffentlichkeiten ist eine Übersetzung ins Russische zu erwägen.

VIKTOR SCHNEIDER

Gießen/Leipzig

Sovetskaja armija. Gody reform i ispytanij. T. 1–2

[Die Sowjetarmee. Jahre der Reformen und Herausforderungen. Bd. 1–2]
Glavn. red. Sergej V. Kudrjašov. Moskva: Istoričeskaja literatura, 2018. T. 1: 716 S., Tab.; T. 2: 350 S., Abb., Tab. = Vestnik Archiva Prezidenta Rossijskoj Federacii. ISBN: 978-5-6040416-0-4.

Die teilweise Öffnung von russischen Archiven infolge der sogenannten „Archivrevolution“ ermöglichte es Forschern, viele der bis dahin nur unzureichend oder gar nicht erforschten Themen der sowjetischen Geschichte in den Mittelpunkt der historiografischen Aufarbeitung zu rücken. Die Anzahl der veröffentlichten Dokumente geht mittlerweile in die Zehntausende, und jedes Jahr kommen neue hinzu, die unser Wissen über das Funktionieren des ersten Arbeiter- und Bauernstaates der Welt um weitere Facetten ergänzen. Ungeachtet dessen gibt es immer noch etliche Bereiche der sowjetischen Geschichte, die ihrer Erforschung harren und über die wir nur bruchstückhafte Kenntnisse besitzen. Die Schuld an diesem Zustand tragen weniger die Historiker, sondern die Verantwortlichen für die staatliche russische Archivpolitik, die nur ungern die als sensibel eingestuften Informationen preisgeben.

Zu diesen arkanen Bereichen der sowjetischen Geschichte gehört auch die Geschichte der Roten Armee. Zwar gibt es eine Vielzahl quellengesättigter Studien, die die Entstehung der sowjetischen Streitkräfte nach der Oktoberrevolution, deren Einsatz im Russischen Bürgerkrieg sowie deren Rolle im Zweiten Weltkrieg bzw. dem deutsch-sowjetischen Krieg beleuchten, doch sobald es um die Zwischenkriegszeit geht, stellt sich die Situation schon weniger befriedigend dar. Gänzlich unerforscht ist die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, ein Zustand, der in erster Linie der äußerst dünnen Quellenlage geschuldet ist.

Umso erfreulicher ist es, dass sich das Präsidialarchiv der Russländischen Föderation in seiner neuesten Publikation dieses Themas angenommen und insgesamt 211 zum Teil sehr umfangreiche Dokumente aus dem Bestand des ehemaligen Archivs des Politbüros des ZK der KPdSU zum Thema „Sowjetische Armee“ veröffentlicht hat. Die zwei-bändige Publikation, die hier besprochen wird, setzt die Reihe an bereits erschienen Dokumentensammlungen, die sich mit der Geschichte der Roten Armee in den zwanziger Jahren und während des Zweiten Weltkrieges sowie der Partisanenbewegung befasst haben, fort und ergänzt diese. Der zeitliche Rahmen der Publikation umfasst die Jahre 1929–1941 sowie 1945–1966, wobei der erste Band die Dokumente aus den Jahren 1929–1941 sowie 1945–1954 beinhaltet und der zweite Band die Zeit zwischen Januar 1955 und Juli 1966 abdeckt. Ebenfalls im zweiten Band findet man einen umfangreichen Bildteil sowie Kurzbiografien der in den Dokumenten erwähnten maßgeblichen Personen.

In thematischer Hinsicht ist die Quellenedition heterogen. So findet man neben Dienstberichten, in denen die Organisationsstruktur einer Panzerdivision oder die Umstrukturierung einer Schützenbrigade diskutiert und angeordnet werden, auch den Entwurf der Rede des Volkskommissars für Verteidigung Kliment Vorošilov „Die Lehren des Krieges gegen Finnland“ und Vorschläge des Generalstabes zur besseren Ausstattung und Verstärkung der westlichen Militärbezirke im Vorfeld des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion im Juni 1941. Viele der abgedruckten Berichte, die direkt an Stalin adressiert waren, befassen sich mit der inneren Organisation und der personellen Stärke der Roten Armee. Sie liefern wertvolle Informationen über die innere Struktur der Sowjetarmee und deren Veränderungen, die vor dem Hintergrund außen- wie innenpolitischer Entwicklungen gesehen werden müssen und die bereits bekannte Forschungsergebnisse bestätigen, ergänzen oder auch korrigieren. Als ein Beispiel hierfür kann der Bericht der Führung der Roten Armee an Stalin und den Regierungschef V. M. Molotov vom 21. Mai 1940 angesehen werden, der, unmittelbar nach dem Ende des für die Sowjetunion blamablen Krieges gegen Finnland verfasst, die ersten Veränderungen bei der Ausstattung der Streitkräfte mit modernem Kriegsgerät andeutet und darüber hinaus detailliert verschiedene Truppenteile samt deren Bewaffnung, Stationierung und Mannschaftsstärke auflistet (Dok. Nr. 1.41). Überhaupt scheinen der verlustreiche Krieg gegen Finnland einerseits sowie die Erfolge der deutschen Wehrmacht im Westfeldzug andererseits die sowjetische Führung in höchste Alarmbereitschaft versetzt und die eigenen Schwächen schmerzhaft vor Augen geführt zu haben. Die jetzt veröffentlichten Dokumente bestätigen die in der Militärforschung seit langem vertretene These, dass die Sowjetunion bei der Einschätzung der von NS-Deutschland ausgehenden Gefahr für das eigene Staatsterritorium alles andere als blauäugig war. Stalin und seine Generäle begannen bereits im Juni 1940, den als „Waffen des kommenden Krieges“ geltenden Panzern und Flugzeugen verstärkte Aufmerksamkeit zu schenken, wobei in der internen Kommunikation die eigene Unterlegenheit

schonungslos zur Sprache kam (siehe z. B. Dok. Nr. 1.44). Dass die Vor- und Nachteile der sowjetischen Panzertruppen in erster Linie unter dem Blickwinkel des möglichen Krieges gegen das aggressiv expandierende „Dritte Reich“ gesehen wurden, wird deutlich, wenn man die Stationierungsorte für die vorhandenen und neu geplanten Panzereinheiten berücksichtigt, von denen die meisten in den Westgebieten der UdSSR lagen (ebd.).

Auf großes Interesse der Historiker dürften die Berichte stoßen, in denen der Ablauf der Besetzung ostpolnischer Gebiete im Zuge der Operation sowjetischer Streitkräfte gegen Polen in der zweiten Septemberhälfte 1939 (Dok. Nr. 1.32, 1.33, 1.36) sowie der Einsatz von Luftlandetruppen bei der Annexion Bessarabiens und der Besetzung der baltischen Republiken im Juni 1940 (Dok. Nr. 1.48) geschildert werden.

Nach dem Sieg über NS-Deutschland gehörte die Restrukturierung der auf mehr als 10 Millionen Soldaten und Offiziere angewachsenen Sowjetarmee zu den vordringlichsten Aufgaben der sowjetischen Staats- und Parteiführung. Es wundert deswegen nicht, dass ein großer Teil der Dokumente im zweiten Abschnitt der Quellenedition, der die Jahre 1945–1954 umfasst, gerade die Demobilisierung von Millionen von Soldaten und die damit verbundene Neuordnung der Streitkräfte behandelt. In dieser Hinsicht ist interessant zu sehen, wie die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges und Stalins veränderte Haltung gegenüber den Westalliierten, aus denen praktisch über Nacht Feinde von morgen wurden, diese beiden Prozesse beeinflusst haben (siehe z. B. Dok. Nr. 2.17, 2.22, 2.24). So wird aus dem Beschluss des Ministerrats der UdSSR „Über die Umstrukturierung der Luftstreitkräfte“ vom 22. März 1946 nicht nur das Ausmaß der Hilfslieferungen der Westalliierten an die Sowjetunion während des Zweiten Weltkrieges ersichtlich (über 7.000 Flugzeuge, die im März 1946 zum Bestand der sowjetischen Luftwaffe gezählt wurden, stammten aus amerikanischer Produktion), sondern es geht daraus auch der Wunsch hervor, sich dieser Erinnerung an die gemeinsame Zeit als Verbündete gegen NS-Deutschland durch die schnellstmögliche Ausmusterung der von den Westalliierten gelieferten Waffen zu entledigen und gleichzeitig die mögliche Abhängigkeit von westlichen Ersatzteillieferungen zu eliminieren (Dok. Nr. 2.21). Doch die Ausmusterung westlichen Kriegsgeräts und dessen Ersatz durch Erzeugnisse aus heimischer Produktion waren nur der erste Schritt bei der Erschaffung moderner sowjetischer Streitkräfte. Bereits im September 1948 wurde beschlossen, die erfolgte Demobilisierung teilweise rückgängig zu machen, um vor allem die Panzereinheiten, die in Ostdeutschland und in den sowjetischen Westgebieten stationiert waren, mit frischen Kadern zu verstärken (Dok. Nr. 2.35). Gleichzeitig trieb man die Modernisierung der Sowjetarmee weiter voran, wobei auch hier die Militärbezirke, die im Westen der UdSSR lagen, absolute Priorität genossen (Dok. Nr. 2.42).

Einen bisher unbekannten Einblick in die sowjetische Verteidigungsstrategie der ersten Nachkriegsjahre bieten diejenigen Dokumente, in denen der Aufbau eines das

ganze Land umspannenden Luftabwehrsystems (Dok. Nr. 2.33) sowie eines das Weiße Meer, die Barentssee und die Ostsee umfassenden Verteidigungsriegels thematisiert und beschlossen wurde, wodurch feindlichen Kräften der Zugang zu den so geschützten Gebieten mit militärischen Mitteln versperrt oder zumindest erheblich erschwert werden sollte (Dok. Nr. 2.48). Ebenfalls von großem militärhistorischen Wert ist der Dienstbericht des Marineministers N. G. Kuznecov an Stalin vom 1. September 1951, in dem der neu ernannte Minister, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen, eine Bilanz der Mängel der sowjetischen Marine zog und Vorschläge zu deren Behebung unterbreitete, die zum Ausgangspunkt des starken Ausbaus der sowjetischen Marine in den letzten Herrschaftsjahren Stalins werden sollten (Dok. Nr. 2.50).

Auch wenn die Feststellung, dass der Inhalt einer Quellenedition vom Blickwinkel ihrer Herausgeber abhängt, den Wert einer Binsenweisheit hat, stellt sich gerade im vorliegenden Fall die Frage nach konzeptuellen Überlegungen, die der Auswahl der Dokumente durch den Herausgeber S. V. Kudrjašov zugrunde liegen. Welchen Gesichtspunkten folgte z. B. die Entscheidung, gerade den Bericht des Generals Ivan Tjulenev an Stalin vom 1. Oktober 1939 (Dok. Nr. 1.33) abzudrucken, in dem der General in einer pathetisch-servilen Art und Weise die angebliche Freude der westukrainischen „Arbeitermassen“ über ihre „Befreiung“ durch die Sowjetarmee „vom Joch der polnischen Gutsherrenherrschaft“ schildert und ihre „große Liebe zum Sowjetvolk“ sowie zu Stalin persönlich besonders hervorhebt? Angesichts unseres heutigen Kenntnisstandes über die tatsächlichen Umstände der Einverleibung der Westukraine in die Sowjetunion und des damit verbundenen Widerstandes großer Teile der lokalen, auch ukrainischen Bevölkerung fällt es einem schwer, den eindeutig ideologisch motivierten Beteuerungen des Generals Tjulenev zu glauben, die „Arbeitermassen“ und die Bauernschaft hätten mit „kaum zu überschätzender Freude“ den Einmarsch der neuen Herren begrüßt. Ein entsprechender wissenschaftlich fundierter Sachkommentar wäre an dieser Stelle wünschenswert gewesen.

Generell muss festgestellt werden, dass der vorliegenden Quellenpublikation ein einleitender Essay fehlt, wie er bei westlichen Quelleneditionen längst zum Standard geworden ist und dessen vordringliches Ziel in der Analyse und Bewertung der publizierten Dokumente und deren Einordnung in den Fachdiskurs besteht. Das knappe Vorwort des Herausgebers, in dem dieser sich lediglich zu der Feststellung durchgerungen hat, die Quellenedition spiegele nur „einen Teil des Ganzen“ wider und man solle die jetzt publizierten Dokumente mit anderen Materialien „kombinieren“, um ein „ausbalanciertes Bild der Entwicklung der sowjetischen Streitkräfte“ zu bekommen, kann eine historisch-wissenschaftliche Einleitung nicht ersetzen. Gerade angesichts der enormen Fülle an statistischen und technischen Daten wäre deren fachlich qualifizierte Kommentierung mehr als angebracht.

Es fällt außerdem auf, dass die Mehrzahl der Dokumente – ungeachtet aller dort im Einzelfall geübten Kritik an den jeweiligen Missständen – im Grunde genommen ein

positives Bild der Roten Armee transportiert. Auch der im zweiten Band enthaltene umfangreiche Bildteil, der mit seinen Porträts sowjetischer Heerführer in Paradeuniform, seinen Abbildungen einsatzbereiter Flugzeuge und startender Raketen sowie seiner Präsentation von satten und zufriedenen Soldaten nachgerade einem sowjetischen Propagandabildband entnommen sein könnte, trägt das Seine zu der von der Quellenedition vermittelten rosig-optimistischen Grundstimmung bei. So entsteht ein Narrativ des linear-kontinuierlichen Fortschritts, dessen einzig mögliches und mithin logisches Ergebnis eine patriotisch aufgeladene Einheit zwischen Staat, Volk und Armee ist. Ein wirklichkeitsgetreues Abbild der realen Zustände innerhalb der sowjetischen Streitkräfte mit Disziplinverstößen, Selbstmorden, Antisemitismus und national-ethnischen Konflikten innerhalb einzelner Einheiten verschwindet hinter den Zahlen von Panzern, Flak-Geschützen und Flugzeugen. Die einzige Ausnahme stellt in dieser Hinsicht der Bericht der Führung der Roten Armee vom Juni 1929 dar, in dem diese „negativen Erscheinungen“ zumindest ansatzweise thematisiert werden (Dok. Nr. 1.1).

Es bleibt somit noch viel zu tun auf dem Feld der Erforschung der Geschichte der Roten Armee resp. Sowjetarmee; die vorliegende Edition kann hier nur ein erster Schritt sein.

PETER KAISER

Freiburg im Breisgau

Aufnahmeland Österreich. Über den Umgang mit Massenflucht seit dem 18. Jahrhundert

Hrsg. von Börries Kuzmany und Rita Garstenauer. Wien: Mandelbaum, 2017. 261 S. ISBN: 978-3-85476-816-6.

Durch die Fluchtwellen des Jahres 2015 sowie die anhaltenden Migrationen in der Folgezeit hat das Thema Migration und Flucht in Politik und Gesellschaft neue Bedeutung erlangt. Fragen nach der Ausgestaltung staatlicher Migrations- und Grenzregime und des Umgangs mit Zuwanderung, mit etwas Abstand zum Geschehen auch Überlegungen zu Fluchtursachen und den Bedingungen in den Herkunftsregionen der Betroffenen, bestimmten bzw. veränderten in den letzten Jahren viele Debatten. Die Geschichtswissenschaften reagierten ebenfalls auf die neue Situation: Eine Migrationsgeschichte, die nach den historischen Dimensionen von Flucht, Migration und dadurch bedingte Veränderungen fragt, bekam neuen Auftrieb. Phasenweise dominierten nun Konferenzankündigungen und Projektpräsentationen zu diesem Thema die Mailinglisten und Foren des Faches. In den kommenden Jahren wird in den Geschichtswissenschaften

die Frage zu stellen sein, inwieweit diese starke Fokussierung neue Erkenntnisse oder methodische Innovationen zur Analyse historischer Dimensionen von Migration erbracht hat oder das gesellschaftlich gebotene Aufgreifen des Themas anhand bestehender Forschungen im Vordergrund stand.

Auch der vorliegende Band entstand in Reaktion auf die Migrationswellen insbesondere des Jahres 2015. Sie dienten BÖRRIES KUZMANY und RITA GARSTENAUER als Herausgeber der Publikation als Ausgangspunkt, um einen analytischen Blick in die Vergangenheit zu werfen. Auf diese Weise wollen sie zum Verständnis der aktuellen Entwicklung beitragen, in der das Thema Flucht und Migration oftmals aus der tagespolitischen Situation heraus bewertet wird. Der Band, der auf ein unter dem Titel „Flüchtlingskrisen. Nichts Neues in Österreich“ am 30. September 2016 veranstaltetes Symposium zurückgeht, fokussiert dabei auf acht Beispielfälle, die sich zeitlich auf das 18. bis 20. Jahrhundert und geografisch auf die habsburgischen Territorien bzw. die Habsburgermonarchie sowie die Republik Österreich nach 1918 verteilen. Im Zentrum der Beiträge stehen Fragen nach Einreise- und Aufnahmebedingungen sowie nach der statistischen Erfassung und rechtlichen Ausgestaltung. Ein Fragenkatalog (S. 14 f.) dient als Ausgangspunkt für die Bearbeitung der Themen, wodurch die Vergleichbarkeit der untersuchten Fälle und die Kohärenz des Bandes sichergestellt werden soll. In der Einleitung ordnen Garstenauer und Kuzmany ihren Band knapp in die interdisziplinäre und historische Flüchtlingsforschung ein. In den Folgeabschnitten widmen sie sich dann neben der Vorstellung der Beiträge vor allem Fragen der rechtlichen und institutionellen Hintergründe für die Behandlung von Flüchtlingen.

TIMOTHY OLIN analysiert im ersten Fallbeispiel die Migration aus dem Osmanischen Reich in das Banat während des 18. Jahrhunderts. Anhand der Frage „Flüchtlinge oder Auswanderer?“ arbeitet er heraus, wie komplex die Zuwanderung in die als „Militärgrenze“ organisierte Region war. Die österreichische Verwaltung begann rasch, je nach Herkunft und religiöser Zugehörigkeit der Migranten zwischen Zuwanderergruppen zu differenzieren, wobei es – wie so oft – zu unterschiedlichen Praktiken der Zentrale in Wien und der regionalen Institutionen kam. An den Grenzen eingerichtete Quarantänelager beschreibt Olin als „Zwischenräume“, deren Bedeutung über den ursprünglichen Zweck bald hinausging.

MATTHIAS WINKLER widmet sich in der folgenden Studie den französischen Revolutionsemigranten. Nach der Schilderung von Beispielfällen plädiert er für eine beziehungsgeschichtliche Perspektive, um das Phänomen Migration als „wechselseitige Herausforderung für Emigranten und Aufnahmegesellschaft“ besser erfassen zu können. Daran anschließend untersucht BÖRRIES KUZMANY die politischen und sozialen Auswirkungen, welche die Ankunft von rund 25.000 jüdischen Flüchtlingen aus dem Russischen Reich in der Habsburgermonarchie nach sich zog. Die 1881/82 vor Pogromen Geflüchteten lösten zunächst Versuche staatlicher Stellen aus, Zuständigkeiten zu klären und die Stellung der Flüchtlinge zu definieren. Kuzmany kann darüber

hinaus die Dimensionen koordinierter Hilfsaktionen aus dem In- und Ausland deutlich machen. Diese wurden allerdings von den Zeitgenossen primär als innerjüdische Angelegenheit wahrgenommen.

Der Erste Weltkrieg wird oftmals als Wendepunkt in der Geschichte der Flüchtlingspolitik bezeichnet. Dies betrifft sowohl das Ausmaß der Migrationen als auch die Formen staatlichen Agierens. Politik und Verwaltung strebten nicht nur eine weitreichende Erfassung der Flüchtlinge sowie die formale Regulierung der entstehenden Folgeprobleme an. Oftmals evozierten Staaten nun selbst Migrationen, in dem sie Evakuierungen anordneten oder Umsiedlungen planten. In diesem Kontext ist der Beitrag von WALTER MENTZEL zur Flüchtlingspolitik der Habsburgermonarchie während des Ersten Weltkriegs zu verorten. Anhand von mehreren Beispielen verdeutlicht er, wie der Staat durch Evakuierungen gegen bestehende oder angenommene irredentistische Bewegungen oder Kollektivverdächtigungen vorging. Seit 1916 wurden Evakuierungen zudem zur Arbeitskräfterekrutierung genutzt. Das von Mentzel untersuchte Thema fällt etwas aus dem Kontext der anderen Beiträge heraus, handelte es sich doch bei den Betroffenen meist um Bewohnerinnen und Bewohner der Habsburgermonarchie und nicht um Flüchtlinge aus dem Ausland. Allerdings werden darin anschaulich die Verfasstheit und die inneren Probleme der Monarchie sichtbar, die auch über das Jahr 1918 hinaus wirkten. Dies betrifft zum einen die vom Autor erwähnten Repatriierungsbestrebungen, zum anderen die Erinnerung an die Migrationen und Migrationsfolgen während des Ersten Weltkriegs. Mentzel konstatiert, dass die von ihm untersuchten Migrationen in der Weltkriegserinnerung fast keine Rolle gespielt hätten. Dies trifft in der Tat zu. Allerdings wäre zu hinterfragen, ob dies mit dem Thema selbst oder mit den erinnerungspolitischen Dynamiken der posthabsburgischen Zeit zu erklären ist. Als direkt daran anknüpfend ist der Beitrag von HANNELORE BURGER zu sehen, in dem sich die Autorin mit dem Ausschluss (ost-)jüdischer Flüchtlinge aus der österreichischen Staatsbürgerschaft beschäftigt. Dabei kann sie die rasch eingetretene Wirkungskraft der neu etablierten ethnisch exklusiven Logik ebenso wie die Kontinuitäten dieser Logik im Österreich des 20. Jahrhunderts aufzeigen.

DIETER BACHER und NIKLAS PERZI behandeln im folgenden Aufsatz die Situation ehemaliger Zwangsarbeiter, *displaced persons* und Vertriebener zwischen 1944 und 1950. Reizvoll an dieser Studie ist vor allem die Gegenüberstellung dieser Gruppen. So verfolgten die Alliierten in Österreich gegenüber den DP's den Kurs einer Repatriierungspolitik, was offizielle österreichische Stellen zunächst auch gegenüber den „Volksdeutschen“ durchsetzen wollten. Erst später setzte ein Kurswechsel ein, nach dem Betroffene, die Österreich „ethnographisch nahe verwandt“ seien, hier bevorzugt Aufnahme finden sollten. Darüber hinaus wurde der Arbeitskräftebedarf zunehmend zum Kriterium für die Aufnahme gemacht.

MAXIMILIAN GRAF und SARAH KNOLL beleuchten schließlich den Umgang Österreichs mit den Flüchtlingen aus Ungarn, der Tschechoslowakei und Polen in der

Zeit der kommunistischen Herrschaft. Sie können zeigen, wie sich eine anfangs liberale Asylpolitik wandelte und die infolge der Ereignisse in Ungarn 1956 entstandene „Meistererzählung“ des aufnahmebereiten Landes zumindest zu relativieren ist. Am Ende des Bandes steht ein Beitrag von HASAN SOFTIĆ, der anhand einer Lokalstudie zur Zuwanderung aus Bosnien die Entstehung und die Funktionsweisen von Kettenmigrationen beleuchten kann. Dabei wird unter anderem am Beispiel der Religion auf eindrucksvolle Weise deutlich, wie sich das Aufeinandertreffen von zwei Migrationschüben – der Zuwanderung der „Gastarbeiter“ seit den 1960er Jahren und der Ankunft der Kriegsflüchtlinge infolge des Bosnienkrieges in den 1990er Jahren – auf die Entwicklung einer „Community“ in Österreich auswirken konnte.

Insgesamt erfüllt die Publikation die in der Einleitung geweckten Erwartungen. Dabei liegt der Schwerpunkt in den meisten Beiträgen auf der Frage, wie der Staat Migration regeln und organisieren wollte. In der übergreifenden Betrachtung dieses Problems liegt die Stärke des Bandes. Eine fundierte und stringente Darstellung, wie sich staatliche Migrationspolitik in einer Langzeitperspektive entwickelte, kann er nicht bieten, doch lässt die Zusammenschau der Beiträge das Potential erkennen, um entsprechende Herangehensweisen zukünftig zu vertiefen.

MARTIN ZÜCKERT

München

Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2018

Hrsg. von Ulrich Mähler, Jörg Baberowski, Bernhard H. Beyerlein [u.a.].
Berlin: Metropol, 2018. VI, 218 S., 25 Abb. ISBN: 978-3-86331-384-5.

„Die Geschichte der Linken im 19. und 20. Jahrhundert ist eine voller Ideale und voller desaströser Enttäuschungen.“ (S. 77) Hat GABRIELA HAUCH den österreichischen Kommunisten Josef Strasser im Blick, dürfte diese Aussage auch für die anderen im *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (JHK) 2018* portraitierten Personen gelten: für Isaac Steinbergs Kampf „für einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ (Beitrag von TOBIAS GRILL), für Ernst Däumig und seinem Streben nach einem Räte-System (VOLKER STALMANN), für Hans Tittels und Albin Tenner in der thüringischen KPD-Landtagsfraktion (TIMO LEIMBACH), für Aleksandr Kosarev und seinen Komsomol (PETER KAISER), für Leo Kofler und seine Auseinandersetzung mit dem Stalinismus (CHRISTOPH JÜNKE), für Zbigniew Iwanów als Rebell der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei 1980/81 (JAKUB SZUMSKI). Im Mittelpunkt des Jahrbuchs stehen somit linke Funktionäre oder Intellektuelle, die sich den Moskauer Weisungen nicht fügten,

sondern eigene Gedanken entwickelten. Dies wird besonders deutlich in JOCHEN KRÜGERS Aufsatz über das Parteikontrollkomitee der KPdSU. Hier zitiert er zahlreiche unbekannte Personen, die die Auseinandersetzung mit der Parteimacht suchten oder ihr unterlagen. Mit Hermann Weber, dem 2014 verstorbenen Historiker und Politologen, der 1993 das *JHK* begründet hat, wird in drei Beiträgen (MARCEL BOIS, MARCUS SCHÖNEWALD, THOMAS DRERUP) eines Wissenschaftlers gedacht, der in den 1950er Jahren ebenfalls als überzeugter Marxist wegen Abweichens von der Parteilinie die Macht der SED und der westdeutschen KPD am eigenen Leibe zu spüren bekam und daraufhin begann, den Kommunismus wissenschaftlich infrage zu stellen. Abgerundet wird das Heft von einem Aufsatz über die Zwangsarbeit im sowjetischen Strafsystem (ZHANNA POPOVA).

Die im Jahrbuch zu Wort kommenden Stimmen sind äußerst vielfältig. Sie eint der Blick auf die kommunistischen Parteien, die sich aufgrund ihrer Strukturen von ihrer jeweiligen Basis wegbewegt hatten und deswegen auch Widerstand hervorriefen. Drei Beispiele seien vorab genannt. „Die Partei hat mit ihrer Politik die ganze Nation demoralisiert, und sie trägt dafür Verantwortung“, erklärte Zbigniew Iwanów 1980 in Toruń (S. 129). Hans Tittel wählte 1929 im thüringischen Landtag für seine Kritik an der Parteiführung ähnlich deutliche Worte: „Die Krise der KPD ist Ausdruck für die Tatsache, daß sich die Strategie und Taktik der Partei immer mehr auf eine unmarxistische Einschätzung des politischen und ökonomischen Kräfteverhältnisses stützt [...]“ (S. 43) Ernst Däumig, drei Monate lang Vorsitzender der USPD, attestierte seiner ehemaligen Partei im November 1921 „Sekten-Tendenzen“ (S. 40).

„Die Oktoberrevolution ist aus dem Geiste des ethischen Sozialismus, der immer maximalistisch ist, geboren“, formulierte 1927 Isaac Steinberg, „der Bolschewismus aber ist seine Verkrüppelung durch den doktrinären Marxismus.“ (S. 9) TOBIAS GRILLS biographische Studie zu Steinberg eröffnet das Jahrbuch und gibt gewissermaßen den Ton vor. Geschickt zeigt er quellenbasiert, wie der einstige Minister in der ersten Regierung Lenins aufgrund eines politisch-ideologischen Konflikts mit den *bol'seviki* brechen musste. An der Revolution und dem Sturz des Zarenreichs hielt er fest, doch die Verfolgung durch die Tscheka (VČK) ließ ihn emigrieren. Aus dem Ausland verbreitete er seine Sicht auf die Russische Revolution und legte dar, wie sie einen „Weg zu einem wahren, moralischen Sozialismus einschlagen“ hätte können (S. 19).

Ernst Däumig ist eine ähnlich tragische Figur. Zunächst führte er den linken Flügel der USPD zur KPD, dann warnte er jedoch vor der wachsenden Abhängigkeit von Moskau. Däumig strebte ein reines Räteresystem an und war ein Gegner der von der KPD propagierten Putschtaktik. Doch ohne die Moskauer Unterstützung ging es zunächst nicht. Däumig bewertete die russische KP anfänglich positiv, denn sie sei „Rückgrat und Kopf“ der kommunistischen Bewegung und könne als „Lehrmeisterin“ fungieren (S. 32). Bestärkt durch den Sieg der *bol'seviki* im Russischen Bürgerkrieg setzte sich Däumig für den Eintritt der KPD in die Kommunistische Internationale ein, musste aber wenig

später erkennen, dass er damit der Fremdbestimmung seiner Partei das Wort geredet hatte. Enttäuscht wandte er sich nun ab.

Der Beitrag TIMO LEIMBACHS über die KPD-Fraktion in Thüringen 1920–1932 verdient Beachtung. Auf regionaler Ebene arbeiteten KPD und SPD durchaus zusammen; Forderungen nach einer „gemeinsamen sozialistischen Politik mit der Schwesterpartei“ waren selbst noch im Jahr 1927, als Stalin seinen Aufstieg fortsetzte und mächtige Gegner wie Trotzki oder Radek innerparteilich kaltstellen ließ, möglich. In der thüringischen Fraktion hatten im Frühjahr 1929 dann jedoch die Thälmann-Anhänger das Sagen – die Stalinisierung kam zu ihrem Abschluss.

Josef Strasser wird als „ein demokratischer Kommunist in Österreich“ vorgestellt, als ein Schachspieler, ein Taktiker. GABRIELLA HAUCH zeigt den Leserinnen und Lesern dabei zunächst zwei fast identische Fotografien: Auf der einen Fotografie steht Strasser neben dem sitzenden Lenin, der weiteren Männern etwas zu erklären scheint, auf der anderen fehlt Strasser. Wurde er aus der zweiten herausgeschnitten oder in die erste hineinmontiert? Diese Frage bleibt offen. Die Gegenüberstellung der beiden Aufnahmen verfehlt aber nicht ihre Wirkung. Strasser gehörte zum innersten Zirkel der internationalen kommunistischen Bewegung, fiel dann jedoch innerparteilichen Kämpfen in Österreich zum Opfer. Er bekannte sich fortwährend zur Durchsetzung demokratischer Parteiverhältnisse und wurde wohl deswegen zum Außenseiter.

Aleksandr Kosarev bezahlte seinen Einsatz für die Partei mit dem Leben. Nicht einmal 36 Jahre alt, wurde er im Zuge der Stalinschen Säuberungen im Februar 1939 erschossen. Dabei hatte seine Karriere hoffnungsvoll begonnen. Von 1929 bis 1938 leitete er den kommunistischen Jugendverband (Komsomol). Er galt bald als Patron des sowjetischen Sports, der sich in besonderem Maße für den im Aufbau befindlichen sowjetischen Fußball einsetzte. PETER KAISER sieht sein Leben und Wirken als paradigmatisch für die Epoche des Stalinismus an: Aleksandr Kosarevs Lebensweg ließ das Arbeiterkind erst zum mächtigen kommunistischen Parteifunktionär aufsteigen und ihn dann durch ein Exekutionskomitee enden. Seine beachtlichen organisatorischen und propagandistischen Talente zeigten sich auch in seinem Bemühen, den Komsomol sukzessive zu einer Art „Ersatzpartei“ auszubauen und sich dabei auch der Landwirtschaft, der Industrie und des Transportwesens anzunehmen (S. 84). Diese Ambitionen missbilligte Stalin, weshalb er seinem ehemaligen Ziehsohn ab 1937 misstraute und ihn dann ganz fallen ließ.

Das Parteikontrollkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion hat JOCHEN KRÜGER in seinem sehr informativen Beitrag in den Blick genommen. Zunächst fällt der Irrsinn der Stalin-Zeit auf: Nach dem Tod des Diktators konnte man für ein Vergehen mit einer Geldbuße bestraft werden, für die Parteigenossen 20 Jahre zuvor erschossen worden waren (S. 103). Eine weitere qualitative Veränderung ist ab 1953 bezüglich der Zuschriften zu bemerken: Sie änderten sich sowohl im Ton als auch im Inhalt (S. 101) – sie sind weniger aggressiv und wesentlich gewissenhafter formuliert. Der Aufsatz ist auch

deswegen so lesenswert, weil Krüger zeigen kann, dass der Staat resp. die Partei die Menschen wieder ernster nahm. Wie aus der Masse wieder Personen mit einem Rechtsempfinden werden konnten. So ist nach der Lektüre der dutzenden kleineren Fallbeispiele dem Fazit zuzustimmen: „[D]as Antlitz dieser Diktatur wurde ein Stück weit menschlicher, als der Staat aufhörte, willkürlich Gewalt auszuüben, und sich darauf besann, Verabredungen mit den Untertanen wieder einzuhalten.“ (S. 109)

Der österreichische marxistische Theoretiker Leo Kofler verstand sich als „Erzieher-Lehrer“ (S. 120). Er war freiwillig in die SBZ gegangen und lehrte in Halle als Professor für Neuere Geschichte. In einer Zeit, als sich 1949/50 in dem gerade erst entstehenden Staat DDR die Stalinisierung der SED abzeichnete, scheute er keinen Konflikt, auch nicht mit einflussreichen SED-Funktionären. Bereits im Januar 1950 wurde Kofler öffentlich angegangen und des Trotzismus beschuldigt (S. 123). Kurz darauf siedelte er in den Westen über. Hier wurde er, so sein Biograph CHRISTOPH JÜNKE, „zu einem jener heimatlosen Linken, die seit der Mitte der 1950er Jahre für eine Neue Linke stritten“ (S. 125).

Der Streik war für Zbigniew Iwanów das Mittel der Wahl, um Forderungen mit Macht durchzusetzen und Anhänger zu mobilisieren (S. 133). Sehr jung, mit nur 39 Jahren, verstarb Iwanów in der US-Emigration 1987. Wenige Jahre zuvor war er als Werftarbeiter in Toruń zu Bekanntheit gelangt – eine beachtete und gehörte Persönlichkeit der Stadt (S. 135). Doch die Forderungen gingen der Partei zu weit und sie schlug zurück: Der Arbeiterführer wurde ausgeschlossen. 1983 verließ der Rebell – als solchen zeichnet ihn JAKUB SZUMSKI – sein Heimatland. Vergessen wurde er dort zunächst nicht – nach seinem Tod versammelten sich viele in Toruń, um seiner als „Partei- und Oppositionsrebell“ zu gedenken (S. 141).

Der *JHK*-Begründer, Hermann Weber, war einst unter dem Banner des Marxismus angetreten, die Welt zu verbessern. Doch der Dogmatismus und der Stalin-Kult wurden ihm immer mehr zuwider. Den Schauprozess gegen Rudolf Slánský nahmen er und seine Frau Gerda als Erschütterung wahr. Ihm wurde bewusst, dass eine „bessere Welt“ niemals „durch eine Diktatur zu erreichen ist“ (S. 143). Er brach mit dem Kommunismus sowjetischer Prägung und wurde 1954 aus der KPD ausgeschlossen. MARCEL BOIS untersucht Webers Arbeiten über die Wandlung des deutschen Kommunismus und verteidigt dessen Einschätzung, die KPD sei nach dem Deutschen Oktober 1923 „stalinisiert“ worden. Weber vermied hierbei bewusst den sonst gebräuchlichen Begriff der Bolschewisierung (S. 150 f.). Aus einer demokratischen und lebendigen KPD sei eine bürokratische und dogmatische Partei geworden, ein Instrument der sowjetischen Außenpolitik. Hiermit prägte Weber die deutschsprachige Kommunismusforschung.

MARCUS SCHÖNEWALD widerspricht der Prämisse Webers und somit auch Bois'. Die KPD habe zu keiner Zeit unter dem maßgeblichen Einfluss Rosa Luxemburgs gestanden. Der attestierte anfängliche demokratische Kommunismus sei in Frage zu

stellen (S. 166), die „Zentrale“ habe jeglichen Föderalismus verworfen (S. 174). Nur dem von Weber behaupteten Wandel der Grundsätze in der Parteiorganisation sei zuzustimmen. Schönewald nimmt für sich in Anspruch, „stärker als bisher nach den Denk- und Handlungsmustern der historischen Akteure“ gefragt zu haben (S. 180). Doch zieht er sich selbst dann auf eine nicht näher bestimmte „Zentrale“ zurück, die jenes wollte, dieses tat. Wo hier die Akteure, wo hier die lebensweltliche Untersuchung der einzelnen Denk- und Handlungsmuster bleiben, dies verschwimmt leider hinter dem Ausdruck einer offenbar schier allmächtigen „Zentrale“.

THOMAS DRERUP erläutert, wie Webers Nachlass gesichtet, identifiziert, verzeichnet und verpackt wurde. Die umfangreichen Bestände können seit geraumer Zeit im Archiv der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur eingesehen werden.

Abschließend skizziert ZHANNA POPOVA das frühe sowjetische Strafsystem. Hierbei konzentriert sie sich auf die Analyse der Zwangsarbeit und plädiert dafür, die Geschichte des sowjetischen Arbeitslagersystems stärker in den Kontext der Globalgeschichte von (Straf-)Lagern einzubetten (S. 200 f.).

Das *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (JHK) 2018* besticht mit einer Vielzahl biografischer Studien, in die sich jene über ihren Gründungsvater Hermann Weber perfekt einfügen. Es geht um den Kampf für eine gerechtere Welt, um die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus auf dem Papier und im Leben – um Konflikte, an denen die hier vorgestellten Männer allesamt verzweifeln. Es drängt sich die Frage auf, ob der Versuch, eine kommunistische Welt aufzubauen, zwangsläufig zum persönlichen Scheitern führen muss.

JÖRN HAPPEL
Basel

Bálint Magyar

Post-Communist Mafia State. The Case of Hungary

Budapest, New York: Central European University Press, 2016. XXIV, 311 S., Tab., Graph. ISBN: 978-615-5513-54-1.

Published in conjunction with the English translation of his co-edited volume *Magyar polip – A posztkommunista maffiaállam* [Hungarian Octopus. The Post-Communist Mafia State], Bálint Magyar's monograph *Post-Communist Mafia State. The Case of Hungary* draws heavily on personal experience and over two decades of political commentary in its critical analysis of the contemporary Hungarian state under the leadership of Viktor Orbán and his ruling party, Fidesz. As a founding member of the liberal Alliance of Free

Democrats, Magyar served as Hungary's Minister of Education between 1996 and 1998, and again between 2002 and 2006, and was thus well-positioned to observe Fidesz's lurch to the right in the mid-1990s, its first crack at being a governing party between 1998 and 2002, and its monumental electoral victory in 2010, which brought Fidesz and their coalition partners to power with a critical two-thirds majority. Building on some of his earlier studies and polemical works (see pp. 306–307), Magyar offers key insights into the political as well as social, cultural, ideological, and economic restructuring of Hungary under Fidesz, and in so doing asserts in no uncertain terms that the state Orbán has built is nothing less than a mafia state, one that has fundamentally transformed Hungary's public sphere in a very short period of time.

Likening the new Hungarian elite to an adopted political family and Orbán himself to a godfather, Magyar claims that the fundamental changes brought about as a result of Fidesz's rise to power cannot be explained simply as a form of kleptocracy or as a classic case of state capture by the mafia underworld or corrupt oligarchs. Insisting that, if anything, the Hungarian state under Orbán should be seen as a case of "oligarch capture" (p. 54), Magyar refers to the Fidesz regime as an "organized upperworld" and argues that its parliamentary super majority has allowed Orbán to squeeze out competitors and ultimately eliminate "the anarchistic, partially autonomous world of the oligarchs, while reorganizing corruption in practice into a single chain of order, nationally centralizing and monopolizing it" (p. 11). As he notes, the case of the Fidesz regime does not represent a specific grouping of economic interests that has taken control of the state, but rather a "political venture" that has captured the economic and also socio-cultural and even moral infrastructure of the state by gaining a "monopoly of power" (p. 54). According to Magyar, the systematic corruption that has been institutionalized by the Orbán government since 2010 should be seen as nothing other than a mafia-styled organization working on a national level.

Though Magyar himself admits that his characterization might appear to some readers as exaggerated and unnecessarily provocative, he argues convincingly in Chapters 1 and 3 that what we are witnessing in Hungary is in many ways historically unique, and that analogies to similar authoritarian-style politics in the past have "limited validity". Orbán's autocratic state has more in common with Putin's Russia than it does with any of Hungary's twentieth-century predecessors, and is itself an undeniable product of an evolutionary process initiated during the post-communist transition. Capitalizing on the growing crisis of liberalism, the social and economic disruption caused by neoliberal capitalism, and the spectacular collapse of the Hungarian left in the lead up to the 2010 elections, Fidesz rose to power like "a sort of political apex predator", one that aggressively and relentlessly stalked "its wounded prey" while simultaneously demanding strict party discipline and "absolute fealty" to Orbán as the party "boss" (p. 40).

Riding a wave of populism, Orbán's mafia state has successfully wed racist, misogynist, xenophobic, and conservative-nationalist ideology to a largely "value-free pragmatism" (p. 61), and in so doing has undermined the public interest to such an extent that "there is no field of activity that is not subject to the concentrated demands of power and wealth accumulation" (p. 12). Despite raising alarms outside the country, opposition to Fidesz within Hungary has been weak and ineffective, largely because the underclasses have been targeted by the state (pp. 234–235), while the precarious conditions of the post-communist market economy have created a situation in which a vast number of people, and in particular the middle class, have either openly sided with the regime, or have chosen to remain mostly silent. According to Magyar, Fidesz has taken advantage of, and has even amplified and institutionalized, Hungary's precarious socio-economic conditions. Effectively asking citizens to exchange personal autonomy for security and stability, Fidesz has forged "chains of personal dependence and loyalty" as a central feature of Orbán's mafia state (p. 144). As Magyar notes with respect to the middle class: "Those who gain positions through the mechanisms of power-based privileges already have something to lose – this is what ties them to the new order" (p. 154).

Though Magyar's provocative claims will no doubt ruffle the feathers of scholars who demand complete objectivity and neutrality from their sources, and though the book itself is in need of more careful editing to address issues both of grammar and syntax, as well as organizational structure (Chapters 3 and 4 combined cover only 15 pages, for example, while Chapter 5 comprises 135 pages), there is much to like and appreciate about his study. Magyar's analysis of Fidesz's attack on institutes of higher learning, for instance, will no doubt seem familiar to many readers. As he accurately points out, independent-minded intellectuals have largely been muzzled by the Fidesz regime, while increased government control over university finances and governance, coupled with the establishment of regime-friendly research institutes and post-secondary institutions have worked to further curtail independent thought in Hungary, and have resulted in both the domestication and marginalization of dissident voices. Magyar concludes that, like the middle class in general, Hungarian scholars have effectively been reduced to "the level of subordinated vassalage with restricted freedoms in the spheres of intellect and economy" (p. 150).

As the Princeton University sociologist Kim Lane Scheppele observes in her very informed foreword, "Magyar's analysis isn't cheerful" (p. xxiii). It is, however, both accurate and necessary, and should prove useful to scholars from multiple fields. By systematically working through his own definition of the mafia state, and by showing the weaknesses and blind spots of other analyses of post-communist autocracy in Hungary, Magyar provides not only a set of tools useful to academics and activists alike, but also a conceptual framework that facilitates a diagnosis of the Orbán regime and the state it has created, and that lays the groundwork for a possible "cure" (p. 64). Exactly how an

effective resistance to the mafia state might be mounted is not something that Magyar covers in his book, but as he would be the first to suggest, oppositional politics is impossible without a clear understanding of the situation at hand. If nothing else, therefore, this book is a good first step in that direction.

STEVEN JOBBITT

Thunder Bay, ON

Liv-, Est- und Kurländisches Urkundenbuch. Erste Abteilung.

Bd. 13: 1472–1479

Bearb. von Madlena Mahling, Klaus Neitmann und Matthias Thumser.
Köln, Weimar, Wien: Böhlau, 2018. 880 S. ISBN: 978-3-412-50766-4.

Wie fast überall in Europa entstand auch im Baltikum im 19. Jahrhundert ein regionales Urkundenbuch. So erschien 1852–1853 in sechs Heften – entsprechend der damaligen Gouvernementseinteilung benannt – der erste Band des *Liv-, est- und kurländischen Urkundenbuches*, ediert von Friedrich Georg von Bunge. Bis zum Jahr 1914 wurden in zwei Abteilungen insgesamt 15 Bände mit Quellen zur Geschichte des mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Livlands – also der heutigen Staaten Estland und Lettland – herausgegeben. Dann kam das Unternehmen aus mehreren Gründen zum Stillstand, sieht man einmal von der photomechanischen Neuauflage der bis dahin erschienenen Bände durch den Scientia Verlag in Aalen in den Jahren 1967–1981 ab.

Nach mehr als einem Jahrhundert ist ein neuer Band der Reihe veröffentlicht worden. Die Forstsetzung des Urkundenbuches ist vor allem dem Engagement der deutschen Historiker Klaus Neitmann und Matthias Thumser zu verdanken. Dem unter Beteiligung von zahlreichen Mitwirkenden erschienenen Band sollen demnächst die übrigen folgen mit dem endgültigen Ziel, die bisherige Erschließungslücke des alt-livländischen Urkundenbuches – die Materialien aus den Jahren 1472–1494 – zu füllen.

Die Einleitung gibt einen Überblick über die Geschichte des Editionsunternehmens und informiert über die Editionsprinzipien. Die im Band gedruckten Quellen, 844 Schriftstücke aus 24 Fundorten in 10 Ländern, erweitern erheblich die Kenntnisse über die Geschichte ganz Nordosteuropas am Ende des Mittelalters. Dominierend sind dabei die städtische Überlieferung, vor allem aus dem Stadtarchiv Tallinn, und die Materialien vom Deutschen Orden, die im Geheimen Staatsarchiv in Berlin aufbewahrt sind. Diese Einseitigkeit der Quellengrundlage, nämlich dass die historischen Überlieferungen der verschiedenen livländischen Bistümer stark unterrepräsentiert sind, liegt

nicht in der Verantwortung der Herausgeber, sondern folgt notwendigerweise aus der livländischen Archivgeschichte.

Die 1470er Jahren waren in der Geschichte Livlands eine Zeit wachsender politischer Spannung. Der Konflikt zwischen dem livländischen Zweig des Deutschen Ordens und Erzbischof Silvester Stodewescher von Riga um die Herrschaftsrechte über die Stadt Riga resultierte in einem offenen Krieg unter Beteiligung schwedischer Truppen mit dem Ergebnis, dass der Orden 1479 die Burgen des Erzstiftes militärisch besetzte. 1478 verlor der livländische Nachbar Novgorod endgültig seine Eigenständigkeit und wurde dem Moskauer Reich eingegliedert. Die livländischen Landesherren und Städte sahen in dieser Entwicklung eine klare Bedrohung, gleichzeitig aber wurde der mögliche Krieg mit dem Moskauer Reich ein rhetorisches Argument in den innerlivländischen Kämpfen. Außerdem standen die livländischen Hansestädte unter erheblichem Druck, sich den neuen Verhältnissen anzupassen. Dies sind nur die wichtigsten politischen Themen, in die der Benutzer des hier rezensierten Bandes Einblick erhält – die ganze Vielfalt des politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und alltäglichen Geschehens in Livland und im ganzen östlichen Ostseeraum im letzten Viertel des 15. Jahrhunderts spiegelt sich in den edierten Schriftstücke.

Der Informationsreichtum des Bandes macht die neue Publikation ein unverzichtbares Werkzeug nicht nur für die Erforscher der Geschichte Livlands. Der Band enthält Quellen, die auch für die Erforschung der Geschichte der Hanse, des Deutschen Ordens, Preußens, Schwedens, Dänemarks, Litauens, Polens, des Moskauer Reiches und noch vieler weiterer Territorien und Themen von Bedeutung sind. „Wenn viele Tagungsbände und manche Monographien längst vergessen sind, wird der quellenhungrige Historiker immer noch zum LUB [Livländischen Urkundenbuch] greifen“ (S. 13), wird im Vorwort zurecht bemerkt. Das großartige Resultat der langjährigen Arbeit bildet eine bleibende Grundlage, deren Erscheinen seit langem erwartet wurde und die ohne Zweifel eine intensive Benutzung erfahren wird.

Es ist sehr wichtig, dass Quelleneditionen dieser Art weiterhin in Buchform erscheinen. In der praktischen Arbeit des Historikers haben sie im Vergleich zu rein elektronischen Publikationen zahlreiche Vorteile. Dennoch hat man – unter Hinweis auf eine geplante elektronische Publikation – in diesem Band auf einige Such- und Hilfsmittel verzichtet, die in früheren Bänden vorhanden waren. Umso begrüßenswerter sind vor diesem Hintergrund das aufwendige Personenregister (nach Funktionen und Ämtern), das – im Gegensatz zum „normalen“ Personenregister – keine Seitenzahlen aufweist, sowie das Sachregister. Sie erleichtern die Benutzung der Publikation erheblich und ermöglichen den Zugriff auf das gesuchte Material auf eine Weise, wie es über eine einfache Wortsuche undenkbar wäre.

Seit den 1880er Jahren hat das „alte“ *Liv-, est- und kurländisches Urkundenbuch* ein hohes wissenschaftliches Niveau erreicht, was vor allem dem damaligen Herausgeber Hermann

Hildebrand zu verdanken ist. Der 1. Band des „neuen“ *Liv-, Est- und Kurländischen Urkundenbuchs* setzt diese anspruchsvolle Tradition fort.

ANTI SELART

Tartu

Rossijskaja genealogija. Naučnyj al'manach

[Russländische Genealogie. Wissenschaftlicher Almanach]

Glavn. red. Andrej V. Matison. Vyp. 1–6. Moskva: Staraja Basmannaja.

Vyp. 1 (2016). 386 S., Abb., Tab., Graph. ISBN: 978-5-906470-82-9; vyp. 2 (2017). 454 S., Abb., Tab., Graph. ISBN: 978-5-906470-98-0; vyp. 3 (2018). 423 S., Abb., Tab., Graph. ISBN: 978-5-6040637-4-3; vyp. 4 (2018). 440 S., Abb., Tab., Graph. ISBN: 978-5-6040637-8-1; vyp. 5 (2019). 436 S., Abb., Tab., Graph. ISBN: 978-5-907169-03-6; vyp. 6 (2019). 440 S., Abb., Tab., Graph. ISBN: 978-5-907169-10-4.

Die russische Gesellschaft der „Historiker-Archivare“ hat zwei neue Publikationsreihen zu genealogischen Forschungen gegründet. Neben der 2013 ins Leben gerufenen Buchserie *Adlige Geschlechterbücher des Russländischen Imperiums* (Dvorjanskije rodoslovnye knigi Rossijskoj imperii) erscheint seit 2017 der wissenschaftliche Almanach *Rossijskaja genealogija*. Mittlerweile liegen, herausgegeben von A. V. Matison, Sektionsleiter im Zentralen Staatlichen Archiv der Stadt Moskau (CGAM), bereits sechs Ausgaben vor.

Genealogische Forschungen, so Matison, erleben seit den 1990er Jahren einen Aufschwung. Dies zeigt er anschaulich in einem Überblicksartikel über die Dissertationen, die in den Jahren 1991–2016 zu genealogischen Themen an russländischen Universitäten entstanden sind (vyp. 1) sowie in einer Auflistung von Fachkonferenzen der letzten dreißig Jahre (vyp. 6). Ziel des Almanachs ist es, zum einen durch wissenschaftliche Artikel, Rezensionen und Konferenzberichte den aktuellen Forschungsstand zu referieren und zum anderen umfangreiches Quellenmaterial aus den Archiven zu edieren und zu kommentieren. Die einzelnen Bände im Umfang von 388 bis 456 Seiten sind jeweils in vier Abteilungen gegliedert: „Aufsätze und Miszellen“; „Quellenveröffentlichungen“; „Personenbezogene Listen“; „Rezensionen“. Den größten Raum nehmen dabei die Abteilungen „Quellenveröffentlichungen“ und „Personenbezogene Listen“ ein.

Die bisher vorliegenden Bände enthalten Genealogien und Studien zu adligen Geschlechtern und zu Familien unterschiedlicher sozialer Herkunft. Der chronologische Schwerpunkt der Reihe liegt auf dem 16. bis 18. Jahrhundert, es sind aber auch Beiträge

zu früheren Epochen sowie zum 19. Jahrhundert und zur Sowjetperiode vertreten. Editionen und Aufsätze zum Adel dominieren – in erster Linie zum Geblütsadel (*rodoslovnoe dvorjanstvo*), der Genealogien verfasste. Als Quellengattung seit dem 16. Jahrhundert überliefert, stieg die Zahl adliger Genealogien mit der Abschaffung der Rangplatzordnung 1682 stark an. Dies dokumentiert z. B. eine Edition von Geschlechterverzeichnissen aus dem Gebiet 'Tver' im 17. Jahrhundert (vyp. 2) oder aus Moskau mit Genealogien von Fürstengeschlechtern und adligen Familien (vyp. 5).

Auf mehrere Ausgaben verteilt sind Adelslisten veröffentlicht, die Ende des 17. Jahrhunderts der Kammer für Geschlechterangelegenheiten übergeben wurden. Zahlreiche Materialien dokumentieren die Genealogien adliger Familien auf regionaler Ebene. Publikationen von Akten aus den Archiven in Rjazan' Tambov, Voronež usw. werden ergänzt durch Aufsätze zum Adel von Smolensk und dessen Sonderstatus bis Mitte des 18. Jahrhunderts. Neben genealogischen Quellen enthalten die Bände auch prosopographische Artikel, Auswertungen von personenbezogenen Daten wie Bevölkerungszählungen sowie Selbstzeugnisse.

Mehrere Artikel beschäftigen sich mit der adligen Bestattungskultur und beleuchten damit einen wichtigen Aspekt adligen Selbstverständnisses und der Traditionsbildung (vyp. 3). Matison veröffentlicht das Testament eines Gutsbesitzers aus dem Gouvernement 'Tver' aus dem Jahr 1782 (vyp. 1) und knüpft so chronologisch an die Arbeiten von N. Kozlova und A. Prokofeva zur ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts an. (N. V. Kozlova / A. Ju. Prokofeva: *Dvorjane Moskvy. Svadebyne akty i duchovnye zaveščanija petrovskogo vremeni*. Moskva 2015). Andere soziale Gruppen werden z. B. im Beitrag von S. V. SIROTKIN erfasst, der Personendaten zu bäuerlichen Familien im 16. und 17. Jahrhundert zusammenführt (vyp. 1). Ebenso gibt es Bevölkerungszählungen verschiedener Städte im 17. Jahrhundert (vyp. 3, 4) sowie ein Tagebuch, das zwei verwandte Stadtbewohner über einen Zeitraum von 40 Jahren Ende des 18. / Anfang des 19. Jahrhunderts verfassten (vyp. 3).

Besonders hervorzuheben sind Auswertungen der seit der petrinischen Zeit geführten Kirchenbücher. Diese dokumentieren, dass die systematische Analyse dieser umfangreichen Korpora endlich intensiviert wird. Im Almanach legt Matison eine Studie zum Heiratsverhalten von Behördenvertretern Mitte des 18. Jahrhunderts aus dem Gouvernement 'Tver' vor (vyp. 4). Auszüge aus Kirchenbüchern katholischer und lutherischer Gemeinden in Moskau und Voronež spiegeln die polykonfessionelle Vielfalt des Reiches wieder (vyp. 1–3, 6).

Umfangreich vertreten sind auch prosopographische Materialien zur Klostergeistlichkeit in der zweiten Hälfte des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts (vyp. 4) und zu den Absolventen geistlicher Seminare, zusammengetragen aus den Aktenbeständen des Heiligen Regierenden Synods (vyp. 1).

Der Almanach legt den Schwerpunkt auf Perioden, die als quellenarm gelten. Mit Veröffentlichungen und Studien zu umfangreichen Quellenkorpora wie den

Kirchenbüchern schafft er Grundlagen und zeigt Wege auf für die Forschung, der es nach wie vor an systematisch erhobenen biographischen Daten und darauf aufbauenden Mikrostudien mangelt. Die bisher erschienenen Bände zeigen eindrucklich, wie viele personenbezogene Akten in den Archiven noch auszuwerten und zu interpretieren sind.

Die einzelnen Quelleneditionen werden ergänzt durch Personenregister. Die beiden ersten Bände sowie die Inhaltsverzeichnisse und die Abstracts der folgenden Ausgaben sind online zugänglich.

INGRID SCHIERLE
Tübingen

Elidor Mëhilli

From Stalin to Mao. Albania and the Socialist World

Ithaca, NY, London: Cornell University Press, 2017. XIII, 329 S., 30 Abb.
ISBN: 978-1-5017-1415-3.

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem kommunistischen System in Albanien (1944–1991) ist weniger weit gediehen, als man annehmen sollte. Um nur zwei Beispiele zu nennen: Der 1993 erschienene Albanien-Band im Rahmen des *Südosteuropa-Handbuchs* war damals eine wertvolle Bestandsaufnahme, die das leistete, was damals – ohne Zugang zu albanischen Archiven – leistbar war, und sie ist es bis heute. Die Wiener Dissertation von Idriz Idrizi *Herrschaft und Alltag im albanischen Spätsozialismus (1976–1985)* (Berlin, Boston 2018) liefert inzwischen zumindest für das Innenleben der Parteiführung und für das Wechselverhältnis von Beherrschten und Beherrschern wichtige neue Einsichten.

Die Sicht aus dem Ausland war (und ist noch immer) von dem Alleinstellungsmerkmal geprägt, dass das kommunistisch regierte Albanien nicht weniger als vier Bündnisstrategien verfolgte: als „Subsattelit“ Jugoslawiens, als Außenposten des Sowjetblocks, als europäischer Partner des maoistischen China und als Labor einer Politik der *self reliance* und der *(not so) splendid isolation*.

Elidor Mëhilli lebt seit knapp 20 Jahren in den USA und ist jetzt als Hochschullehrer in New York tätig. Sein Blickwinkel auf sein Herkunftsland unter kommunistischen Vorzeichen lässt ihn die inneren und die äußeren Faktoren miteinander verbinden, also fragen, welchen Stellenwert Albanien im Zusammenspiel mit den kommunistisch regierten Partnerländern hatte und welchen Einfluss die Partner auf Albanien, auf seine politischen, sozialen und kulturellen Bedingungen genommen haben. Als Muttersprachler hat er Zugriff auf albanische Archivalien und Printmaterialien; er hat

auch in zahlreichen europäischen Archiven von Rom bis Moskau, von Berlin bis Prag gearbeitet.

Das erste Kapitel „Ten Years of War“ trägt der Tatsache Rechnung, dass Albanien 1944 nicht von der Roten Armee befreit wurde, sondern dass sich die kommunistisch geführte Partisanenarmee in einem Bürgerkrieg gegen ihre Konkurrenten durchsetzte. Auch mit dem Abzug der deutschen Truppen herrschte nicht wirklich Frieden, weder nach innen noch nach außen. Albanien befreite sich deshalb nie wirklich von seiner Kriegs- und Belagerungsmentalität.

Der Bruch mit Jugoslawien brachte Albanien eine Heraufstufung zum regulären Mitglied und zugleich Außenposten des Sowjetblocks, allerdings zum kleinsten und am wenigsten entwickelten in Europa. Das bedeutete Modernisierung entlang der sowjetischen Blaupausen, aber auch entlang bilateraler Beziehungen mit den anderen RGW-Ländern. Hier gab es durchaus Entscheidungsoptionen für die politische Führung, die mit einer forcierten Industrialisierung die Arbeiterklasse, in deren Namen sie herrschte, erst einmal schaffen wollte. Der intensive Austausch, verbunden mit der Bildungsexpansion, brachte vielen Albanern erstmals die Möglichkeit, über die Grenzen des eigenen Landes hinauszublicken, was durch Massenorganisationen zur Freundschaft mit der UdSSR gefördert wurde – „The Discovery of the World“ überschreibt Mëhilli dieses Kapitel.

Die verschiedenen Aktionsfelder dieser Modernisierung untersucht der Autor in dem Kapitel „The Methods of Socialism“. Alphabetisierung und Entschleierung bewirkten einen raschen sozialen Wandel – weit stärker, als dies die Imitation der Stoßarbeiter-Bewegung Marke Stachanov vermochte. Das Vorbild Sowjetunion wurde allseitig beschworen, erstarrte aber zum Lippenbekenntnis.

Das Modell des RGW basierte offiziell auf der im Namen beschworenen Gegenseitigkeit; „Socialism as Exchange“ ist die Kapitelüberschrift. Albanien wurde mit Experten geradezu überflutet, nutzte ihre Kompetenzen aber zu wenig. Ihre Unterbringung und Versorgung – die Situation von DDR-Geologen im Bergbau war in der Gluthitze des albanischen Sommers gewiss nicht beneidenswert – waren unzureichend, und oft wurden sie zu Sündenböcken gemacht, wenn wieder etwas nicht funktionierte. Aber was hatte Albanien zur Gegenseitigkeit beizutragen? Faktisch nichts. In einem Abkommen zwischen Albanien und Bulgarien, einem ebenfalls rückständigen Balkanstaat, übernahm Bulgarien 52 Leistungen, Albanien nur zwei, darunter die Entsendung von Spezialisten zur Unterzeichnung von Abkommen.

Der Autor hatte zunächst Architektur studiert, was sich in seinem Buch positiv bemerkbar macht, weil er den für das Alltagsleben so zentralen Baubereich, den die meisten Historiker schon aus methodischen Gründen links liegen lassen, intensiv in seine Studie einbeziehen konnte. Dass das Stadtzentrum Tiranas von Repräsentationsbauten des faschistischen Italien geprägt ist, ist nicht zu übersehen, aber Mëhilli legt dar, dass es durchaus unterschiedliche Ansätze und konkurrierende Architekten gab.

In dem Kapitel „Mud and Concrete“ analysiert er das Spannungsverhältnis zwischen von der Sowjetunion propagierten Baustoffen und Baumodellen und deren Übertragbarkeit auf Albanien und andere Blockmitglieder, die andere Bautraditionen hatten und allzu hohe Hochhäuser vermeiden wollten. (Andere Länder hatten weniger Skrupel mit entsprechenden Folgen für die Bevölkerung: In Pjöngjang müssen viele Familien in Hochhäusern mit bis zu 40 Etagen wohnen, ohne dass ausreichend Strom für Fahrstühle vorhanden wäre.)

Den Partnerwechsel der frühen sechziger Jahre sieht der Autor in dem Kapitel „The Great Leap“ nicht mit größeren innerparteilichen Machtkämpfen zwischen der Gruppe um Enver Hoxha und Mehmet Shehu und einer starken prosowjetischen Fraktion verbunden. Versuche, im Gefolge des XX. Parteitags der KPdSU eine Entstalinisierung auch in Albanien durchzusetzen, hatte Hoxha schon in den fünfziger Jahren zu vereiteln gewusst. Das wiederum hatte seine Beziehungen zu Chruščev belastet, für den Albanien immer uninteressanter gegenüber der Möglichkeit einer Aussöhnung mit Tito wurde. Hier verbanden sich persönliche Aversionen, Machtpolitik und ideologische Prinzipien mit geostrategischen Interessen zu einer Gemengelage, die die VR China für sich nutzen konnte. Die Albaner mussten sich zum vierten Mal innerhalb von 20 Jahren an einen neuen „Großen Bruder“ gewöhnen, zu dem die Freundschaft genauso ewig und unzerstörbar sein würde, wie schon die zu Italien, zu Jugoslawien und zur UdSSR gewesen war.

Eine Stärke des Buches liegt in seinem Fotomaterial. Es stammt überwiegend aus den Beständen der albanischen staatlichen Nachrichtenagentur ATSH und umfasst ganz überwiegend weniger bekannte Bilder, die nicht Illustration, sondern Bestandteil der Argumentation sind.

Mëhillis gut geschriebenes Buch leistet einen wesentlichen Beitrag zum Verständnis des kommunistischen Systems in Albanien. Seine breite Quellenbasis verschafft ihm und damit den Lesern einen länderübergreifenden Einblick in die Binnendynamik des Sowjetblocks.

Die Tabelle auf S. 76 zur Zusammensetzung des Zentralkomitees der Partei der Arbeit im Jahr 1952 weist eine falsche Überschrift auf, denn das ZK hatte in dem genannten Jahr nur 39 Mitglieder. Die 1 024 Personen, deren soziale Zugehörigkeit in der Tabelle dargestellt wird, müssen die hauptamtlichen Mitarbeiter der Partei sein.

Leider sind Mëhilli – was unvermeidbar ist – einige Bücher entgangen, die ihm zusätzliche Informationen hätten verschaffen können. Zur Frage der Ehen zwischen Albanern und Ausländerinnen aus den Staaten des Sowjetblocks erschien ein Erfahrungsbericht der DDR-Bürgerin Waltraud Tunger Bejko (im Jahr 2000 die albanische Fassung, im Jahr 2003 die deutsche). Zu dem kommunistischen Veteranen Koço Tashko, der zu den entschiedensten Befürwortern des Bündnisses mit dem Land Lenins gehörte, veröffentlichte Erwin Lewin 2015 eine Biographie. Der Musterstadtteil

Tiranas, der nach seinem Vorzeigebetrieb Kombinat genannt wird, wurde 2012 von Luigi Za in einer umfangreichen Studie untersucht.

Diese Anmerkungen stellen die uneingeschränkt positive Bewertung des Buches von Elidor Mëhilli, dem auch in Albanien viele Leser zu wünschen sind, jedoch in keiner Weise in Frage.

MICHAEL SCHMIDT-NEKE
Kiel

Catherine Merridale

Lenins Zug. Die Reise in die Revolution

Aus dem Englischen von Bernd Rullkötter. Frankfurt a.M.: Fischer, 2017.
384 S., 39 Abb., 2 Ktn. ISBN: 978-3-10-002274-5.

Die Autorin, Professorin an der Queen Mary University in London, ist bereits durch eine ganze Reihe von Veröffentlichungen hervorgetreten, die auch ins Deutsche übersetzt wurden.

Wer von dem Buch eine minutiöse Beschreibung der Reise Lenins im Jahr 1917 von der Schweiz durch das Deutsche Reich und Skandinavien bis zum Finnischen Bahnhof in Petrograd erwartet, wird vermutlich enttäuscht sein. Tatsächlich macht die Schilderung der Heimkehr des Revolutionsführers nach Russland nur knapp 70 von 336 Textseiten aus. In Wirklichkeit handelt es sich um eine (fast) vollständige Geschichte der Februarrevolution und der Provisorischen Regierung.

In der Einleitung erzählt Merridale von ihren persönlichen Eindrücken auf einer Reise auf Lenins Spuren. Dann folgt im ersten Kapitel die Schilderung der Zustände im Russischen Reich kurz vor der Revolution. Dabei wählt die Verfasserin geschickt die Berichte britischer Agenten und Diplomaten als Zugang zum Thema. Im nächsten Kapitel schließt sich daran eine erste Erörterung der deutschen Propagandabemühungen im Ersten Weltkrieg an. Nun treten Protagonisten auf den Plan wie Parvus oder Fürstenberg, die später eine große Rolle spielen werden. Daraufhin schildert sie im dritten Kapitel einerseits, wie sich Lenin in der Emigration in Zürich eingerichtet hatte, andererseits, wie er sich innerhalb der Emigrantengemeinde auf den Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal innerhalb der sozialistischen Emigrantengemeinschaft positionierte. Im Gegensatz zu seinen pazifistischen Genossen plädierte er für eine Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Klassenkrieg. Das vierte Kapitel handelt von dem Sturz des Zaren und dem Beginn der Doppelherrschaft. Etwas süffisant beschreibt sie, wie sich alle Akteure davor scheuten, politische Verantwortung

zu übernehmen. Das folgende Kapitel hat mehrere Schwerpunkte: zum Ersten den Beginn der Politik der Provisorischen Regierung in Petrograd, die sich trotz der Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung für eine Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber den westlichen Entente-Staaten aussprach, zum Zweiten die wütende Reaktion Lenins in Zürich darauf, zum Dritten die Planungen der deutschen Verantwortlichen in Berlin zu einer Destabilisierung der Lage in Russland und schließlich, zum Vierten, die Verhandlungen in der Schweiz, die zur Abfahrt Lenins und seiner Genossen führten. Das sechste Kapitel verfolgt sehr detailverliebt den Weg des plombierten Waggons von der Schweiz bis nach Malmö in Schweden. An dieser Stelle wird ein Kapitel über die weitere Entwicklung in Russland eingeschoben, wo sich die Provisorische Regierung mit Kerenskij an der Spitze und der Arbeiter- und Soldatensowjet in Petrograd in schönfärberischen Reden über die erfolgreiche Fortführung des Krieges ergingen. Das achte Kapitel beschreibt wieder sehr präzise den Grenzübertritt Lenins und das neunte seine Ankunft in Petrograd sowie seine ersten Auftritte auf Versammlungen, in denen er sich durch seine radikalen Ansichten weitgehend isolierte. Der Note von Außenminister Miljukov, in der sich dieser praktisch zu den alten Annektionsplänen aus der Zarenzeit bekannte, spricht Merridale große Bedeutung für den Triumph Lenins zu. Im zehnten Kapitel setzt sich die Verfasserin mit dem Vorwurf gegen Lenin auseinander, er habe in deutschem Sold gestanden. Dabei kommt sie jenseits der Enthüllungsliteratur des postsozialistischen Russlands zu einem differenzierten Urteil. Sie zählt eine ganze Reihe von Veröffentlichungen auf, die sich in dieser Frage als fehlerhaft erwiesen hätten. Mit diesem Kapitel endet die geschlossene chronologische Darstellung. Im letzten Kapitel behandelt die Autorin zunächst das weitere Schicksal der Weggefährten Lenins in der Emigration und bei der Heimkehr, dann folgen einige allgemeine Bemerkungen zur Erinnerungskultur an Lenin im heutigen Russland. Dies ist etwas enttäuschend, gerne hätte man eine Fortführung der Schilderung bis zur Oktoberrevolution gelesen.

Das ganze Werk ist in einem flotten und gut lesbaren populärwissenschaftlichen Stil gehalten. Populärwissenschaftlich, weil Merridale einerseits Fußnoten verwendet, andererseits den Protagonisten Gefühle und innere Zustände und Erwartungen zuschreibt, die sie so natürlich nicht belegen kann. Ein Ausdruck wie „Geschwafel“ (S. 288) wäre in einer streng wissenschaftlichen Untersuchung nicht zu erwarten.

Sie stützt sich dabei in erster Linie auf westliche Fachliteratur und Erlebnisberichte, in russischer Sprache publizierte Arbeiten treten demgegenüber in den Hintergrund. Originaldokumente werden nur aus britischen Archiven und einer publizierten Sammlung deutscher Akten zitiert.

Daher fehlen sensationelle Entdeckungen, wie sie nach der „Archivrevolution“ in den 1990er Jahren der Leserschaft gerade in Russland über Lenin präsentiert wurden.

Leider sind einige handwerkliche Mängel anzumerken, die darauf hinweisen, dass die deutsche Ausgabe mit heißer Nadel gestrickt wurde. Für das Jahr 1917 von „Baden-Württemberg“ (S. 182) zu sprechen, erscheint etwas ungewöhnlich, ebenso die

Behauptung, dass sich Karl Radek in Schweden für die entstehende Sozialistische (nicht Kommunistische!) Internationale (S. 231) engagierte, sowie die Abkürzung von „Exekutivkomitee“ durch „Exkom“. In diesem Zusammenhang ist auch die falsche Datumsangabe auf S. 330 zu nennen, während in der Fußnote 34 auf S. 363 die korrekte Datumsangabe zu finden ist. Zu den Mängeln zählt ebenso, dass im zweiten Abbildungsblock zwischen S. 160 und S. 161 sämtliche Photographien zweimal reproduziert wurden.

Diese kleinen Unzulänglichkeiten können aber nicht den Gesamteindruck stören, dass der Verfasserin ein erfrischendes, informatives und interessantes Werk gelungen ist. Bedauerlich ist nur das abrupte Ende der Erzählung mit dem Verschwinden Lenins aus Petrograd Mitte 1917.

GEORG WURZER

Wilhelmsdorf

Entangled East and West. Cultural Diplomacy and Artistic Interaction During the Cold War

Ed. by Simo Mikkonen, Jari Parkkinen and Giles Scott-Smith. Berlin: De Gruyter Oldenbourg, 2019. VI, 315 S., Abb. = Rethinking the Cold War, 4. ISBN: 978-3-11-057316-9.

The editors of this volume set an admirable and important goal for themselves. They begin by noting the growing interest in Cold War era “cultural diplomacy” (defined as “a distinct area of public diplomacy, in which culture is used to enable varied forms of communication that project and attract support for ideas, beliefs, and values”). However, they then rightly observe that the bulk of publications on cultural diplomacy in the Cold War has focused on the United States and argue that attention to Soviet cultural diplomacy is also necessary. The 11 essays in this volume, grouped in three sections (“Visual Aesthetics and Diplomacy”, “Literary and Scholarly Diplomacy”, and “Diplomacy in Music and Performing Arts”) provide an excellent overview of Soviet cultural diplomacy, especially in relation to the arts.

The individual essays vary quite widely in the methodological approaches and sources used. Roughly half of the contributions, such as VERITY CLARKSON’s opening piece “The Soviet Avant-Garde in Cold War Britain: the *Art in Revolution* Exhibition”, focus entirely on how Soviet initiatives were received in other European countries. The other half, such as VIKTORIA ZORA’s “New Directions in Soviet Music Publishing”, make use of archives in Russia to examine the purposes of Soviet cultural diplomacy as well. Some

of the chapters focusing exclusively on domestic sources are nevertheless very revealing. TIMO VILÉN's piece on the struggle to secure the authorization and funding to create a "counter-memorial" to the Statue of Peace in Helsinki's Etelästäma reveals not only the politics of memory in postwar Finland, but also the tortured Cold War politics of peace more generally. The Soviet Cold War strategy both linked cultural diplomacy with the slogan of peace and conducted a significant degree of covert intelligence work focused on infiltrating peace organizations. This combination of efforts complicated peace activism outside the Soviet bloc, making it more difficult to distinguish between "grassroots" peace activism and the "astroturf" peace initiatives sponsored by the KGB. In the Finnish case, the call for a peace monument gained traction when a new statue to Mannerheim galvanized the Finnish left in opposition, but it also built on earlier anti-nuclear activism. The most intriguing chapter from a methodological perspective, ANNETTE VOWINCKEL's "The Berlin Wall: Photographic Diplomacy in a Globalised World", begins with a close look at a 1962 exhibition on the Berlin Wall that has not been preserved and concludes with an analysis of a hypothetical exhibition that never existed. The result is less vague than one might expect, as Vowinckel makes good use of exhibition descriptions and the reaction of embassies to the event to make a case for the importance of "visual diplomacy" for projecting state values.

The authors of the individual pieces reflect on cultural diplomacy across a wide spectrum of the arts, including avant-garde painting, architecture, sculpture, and literature. Two of the essays also tackle the important question of the intersection of popular or mass culture and the Cold War. SERGEI ZHUK contributes a particularly satisfying chapter on the role of Soviet "Americanists" as mediators for the import of American books, films, plays, and television shows. He provides evidence that Soviet scholars whose work took them to the United States were asked throughout the Brezhnev period for advice regarding which cultural products should be purchased and screened for Soviet audiences. Not all of their advice was taken. Some films beloved by Soviet expats, such as *Dr. Strangelove*, were deemed "too intimidating for a normal Soviet viewer with the graphic results of nuclear war," while others, such as *Gone with the Wind*, were apparently too expensive to acquire. That said, many cultural products were in fact acquired and became favorites either of Soviet audiences, Soviet directors, or both. The American art form of the musical, conveyed via films such as George Cukor's *My Fair Lady* (1964), "became the most popular cultural form used by Soviet television for variety shows throughout the entire 1970s." Zhuk's use not only of written sources but also extensive oral histories of Soviet "Americanists" makes this chapter particularly valuable.

The second piece that focuses on popular culture covers the tour of the French/Italian singer Yves Montand across the Soviet Union 1956–1957. The authors (BRUCE JOHNSON, MILA OIVA, and HANNU SALMI) argue that the tour was instrumental in consolidating the new Soviet views of international cultural relations, coming as it did

between the shocks of 1956 (the Secret Speech and the invasion of Hungary, in particular) and the famous “opening” of the Soviet Union with the Moscow Youth Festival in the summer of 1957. The authors use digital methods (such as topic modelling and collocation analysis) to comprehensively research media coverage of Montand’s Soviet tour. They show that three themes were particularly important: 1) Montand’s appeal to the common folk, 2) his evocation of Paris, and 3) his message of peace. Just as importantly, the authors outline differences in the ways that live audiences (and reviewers) responded to Montand and the reaction of Soviet citizens who only saw the film *Yves Montand Sings* (“one of the first Soviet documentary films depicting Soviet people meeting foreigners and the peaceful coexistence of Soviets with the rest of the world”).

One of the unifying themes of many of the authors is that their subject has been “forgotten”. While this is a dangerous habit of many historians, it is especially problematic in this volume, for two reasons. First, it is not really true in many of the cases cited here. Lev Kopelev, who Astrid Shchekina-Greipel claims has “largely been forgotten,” in fact remains one of the best-known Soviet figures of the Cold War period. It is no doubt true that the inexorable erasure we all face through death and the passage of time has dramatically reduced his name recognition, but this is not the same as being forgotten. Second, if this “forgetting” is truly important, then surely it is worth exploring it in more depth (ideally showing evidence that the “forgetting” has occurred). Is there a specific mode or pattern in which Cold War (or more specifically Soviet) culture has been obscured in the post-Cold War era? Does this have to do with a loss of material or financial support from communist parties or an ideological discreditation? Or does it mean that the apparent cultural influences sketched in this volume were so superficial that they rapidly disappeared once the Soviet Union collapsed? These are precisely the questions that the authors of the contributions in this volume are well-positioned to address; perhaps future volumes of this type will use the opportunity to analyze such issues more fully.

JOSHUA A. SANBORN
Easton, PA

Anna M. Mirkova

Muslim Land, Christian Labor. Transforming Ottoman Imperial Subjects into Bulgarian National Citizens, 1878–1939

Budapest, New York: Central European University Press, 2017. XVI, 287 S., 2 Ktn., 2 Tab., 2 Abb. ISBN: 978-963-386-161-5.

Anna Mirkova's "Muslim Land, Christian Labor" is an excellent contribution to the scholarship on Islam and identity formation in modern Bulgaria. Drawing on archival material from Sofia, Plovdiv, Kŭrdzhali, and Istanbul, the author charts the intersection of Christian and Muslim landholding patterns from the Treaty of Berlin (1878) until the outbreak of the Second World War. We learn that the demographic changes that took place following the unification of the Bulgarian principality and the province of Eastern Rumelia in 1885 were, in large part, driven by the new state's administrative approach to landholding and land taxation. Successive Bulgarian governments worked to control or appropriate Muslim territories, and thereby transformed Turkish Muslims into Bulgarian citizens, whose land was used as a basis for claiming national sovereignty.

Chapter 1 takes a fresh look at the April Uprising of 1876 and the context of the Eastern Crisis. Nationalism, the spread of lawlessness, and the failure of the Tanzimat reforms triggered the revolts that led to the Russian-Ottoman War of 1876–78. After the Berlin settlement, clashes between Muslim and Bulgarian Christian villages became commonplace, but the Ottoman government was not willing to lend assistance. According to Mirkova, the Russian provisional administration took care of Christian refugees on land and population surveys. Although the Russian officials pledged to safeguard religious freedom, in reality, the new decrees prevented Muslim landholders from returning.

Chapters 2 and 3 explore the dramatic changes in land relations and landholding that followed the Russian-Ottoman War of 1876–78. The process of repatriation and reconstruction was disastrous for the Muslim Turks of Eastern Rumelia. Under the Ottomans, the distinction between public land (*miri*) and private land (*mülk*), and categories like *çiftlik*s (landed estates) and *vakıf*s (religious endowments) resulted in a complex system of ownership, which the provincial authorities in Plovdiv aimed to replace. Land seizures and the blatant circumvention of Ottoman sovereignty was observed in the Maritsa valley, which boasted large Muslim estates. Repatriated Muslims and refugees unwittingly exacerbated the competition for land by invoking Istanbul's imperial authority. Clarifying the legacy of *vakıf*s was particularly difficult. Mirkova draws on legal cases and reports by mixed commissions to reveal the process of their dissolution, which intensified the gradual social marginalization of Muslims.

Chapter 4 reviews the ways by which Muslim land was used to anchor claims to national sovereignty. By 1885, when the principality assumed control of the province,

about 20 percent of the rural Turkish Muslim population had left Eastern Rumelia. After the union, the new land tax forced many ethnic Turks to emigrate, because now fallow land, which featured prominently in Muslim agriculture, was taxed. If they chose to leave, Turkish Muslim villagers were forced to sell their property cheaply, and the “Bulgars” who purchased the land moved into the Muslim neighborhoods. Ethno-religious violence became a feature of public life as the Bulgarian governments used a combination of land, the census, and the creation of districts as a means to promote a more homogenous nation-state.

With the arrival of modern elements of capitalism, including banks and agricultural cooperatives, access to credit became a means for the Christian Slavic population to continue to isolate Muslim landholdings. During the 1880s, administrative practices and labor laws provided rural Bulgarians with the tools to acquire the land of the Muslim estates where they had worked. The Law for Encouraging Enterprises promoted the modernization of gardens, dairies, and vineyards, but the financial aid promised by the law often failed to reach Turkish Muslims, who did not attend national public schools or join agricultural associations. Eventually the young and educated Turkish Muslims began to mobilize, drawing support from the Young Turks in Thessaloniki and Istanbul. Hopes for better integration vanished during the era of the Balkan Wars and the First World War, which witnessed the forced assimilation of Turkish Muslims in Bulgaria.

The final chapters of the book cover the interwar period, when the Bulgarian government introduced policies which aimed at crafting a homogenous Christian and Slavic society. The treatment of minorities was generally oppressive. Turkish Muslims were branded a danger to the nation. “Land – private, communal, state, *vakif* – became the material and symbolic resource of striving for an ever-elusive security” (p. 188). Although Bulgaria may have been more tolerant of traditional Islam than Atatürk’s Turkey, by the outbreak of the Second World War any expression of Turkish national sentiment was seen as anti-Bulgarian. The Turkish Muslims and Pomaks (about ten percent of the total population) developed rival conceptualizations of community and citizenship based on Islam and ethnicity. In sum, the Turkish minority seemed unable to escape from the burden of the Ottoman past.

Mirkova succeeds in uncovering the “ethno-religious calculus that shaped Eastern Rumelian subjecthood (and Bulgarian citizenship later on).” (p. 63). It was perhaps inevitable that ethnicity and religion would become politicized: the study employs abundant evidence of state policy leading to the large egress of Turkish Muslims and the increasing political dominance of Bulgarian Christians. Although the role of irredentism could have been referred to more often, and although the technical discussion of the shift from the tithe to the land tax is scattered across several parts of the book, it is lucidly written, well organized, and insightful. The broad chronological scope provides a productive perspective that is conducive to comparative studies of the transition from empire to nation.

The Central European University Press deserves praise for continuing to produce such high quality monographs on specialized topics in Eastern European and Eurasian history.

LUCIEN FRARY
Lawrenceville, NJ

Born to be Criminal. The Discourse on Criminality and the Practice of Punishment in Late Imperial Russia and Early Soviet Union. Interdisciplinary Approaches

Ed. by Riccardo Nicolosi and Anne Hartmann. Bielefeld: Transcript, 2017. 249 S. ISBN: 978-3-8376-4159-2.

How a society deals with its murderers, thieves, and fraudsters, and which circumstances and influences are regarded as causes of crime is the subject of political and cultural negotiation processes, the consideration of which can illuminate the constitution of a specific society. Exploring “the continuities and disruptions in the perceptions of criminality, its causes and ways of fighting it” (p. 9), this edited volume provides a contribution to the discussion of how societies deal with crime. By addressing both the Tsarist Empire and the Soviet Union, it opens the door to the question of what has changed in this field through the events of 1917. It summarizes the results of the conference *The Born and the Common Criminal. The Discourse on Criminality and the Practice of Punishment in Late Imperial Russia and Early Soviet Union*, which took place in February 2015 at the Ludwig-Maximilians-University Munich.

The book starts with the introduction by the editors, in which ANNE HARTMANN and RICCARDO NICOLOSI outline a multidisciplinary discussion, which has been conducted since the late 19th century all over Europe and also in the Tsarist Empire and later in the Soviet Union. Rejecting the idea of ‘free will’ and inspired by Cesare Lombroso’s well-known thesis about “born criminals”, physicians, psychologists, sociologists, lawyers, and biologists discussed the factors influencing criminal behavior. Is the criminal a victim of his hereditary disposition, or has his upbringing and living circumstances put him on the wrong track? Can delinquents be transformed into useful members of society? What role do work and education play in this process and finally: what happens to the “incorrigible”? This controversy forms the common starting point and at the same time the hinge between the following eight essays, which are divided into three sections. While the first is about the Tsarist Empire, the other two are devoted to the Soviet Union.

The three essays in the first part deal with the idea of “Inborn Criminality” in the late Russian Empire. It is opened by MARINA MOGILNER’s remarkable essay on “The Empire-Born Criminal”. Leaving behind the established debate about whether conclusions can be drawn from Russia’s handling of crime on “Russia’s partaking in global modernity” (p. 31), Mogilner calls for more attention to be paid to the specific imperial situation with its cultures of difference and heterogeneity as a “context-setting category” (p. 31). She discusses how Lombroso’s concept of born criminals under imperial conditions was applied less to individuals than entire population groups: to Caucasians; Jews; and other minorities; and how it helped to “reorganize, rationalize, and possibly control imperial diversity” (p. 34).

The following two texts are both devoted to the somewhat forgotten psychiatrist Pavel Ivanovich Kovalevskii. Born as a son of a priest in rural Ukraine, he became an influential and internationally respected psychiatrist. By removing the chains from the inmates of Kharkov’s asylum and by demanding treatment for the mentally ill instead of imprisonment, he became for Russia what Philippe Pinel meant to France and Western psychiatry. LOUISE MCREYNOLDS convincingly shows in her article how Kovalevskii’s nationalism was based on his psychiatric convictions of criminals and the mentally ill and that he considered mental illness “a social rather than personal concern” (p. 71).

Taking Kovalevskii’s forensic psychiatry case studies as an example, RICCARDO NICOLOSI discusses the narrative structure of scientific essays on the concept of degeneration, atavisms and Lombroso’s “born criminal”. The tellability of these topics, Nicolosi argues, and “the epistemic power of the degeneration narrative” where the born criminal is the “embodiment of evil” (p. 93) is not limited to Kovalevskii’s case studies. It is also to be found in Russian literature of the 19th century, in which Nicolosi identifies three narrative models of the topos of the “born criminal”.

The essays in the second part deal with the treatment of socially deviant behavior and criminals in the early Soviet Union, with a focus on the transition from the 1920s to the 1930s.

Based on a speech in 1933, in which Stalin praised the achievement of the young Soviet Union and at the same time branded crime as a “quiet sabotage” against the political system, David Shearer shows how crime and deviant behavior became increasingly politicized in the course of the 1920s and 1930s. Not only serious criminals, but also thieves and, in particular, repeat offenders were declared anti-social enemies of the state. In the official position maintained by the Soviet government, Lombroso’s idea of a “born criminal” was rejected and social circumstances were instead considered to be the cause of criminal behavior. In a certain analogy to the “born criminals”, the group of repeat offenders was regarded as an “incorrigible harmful social element” due to their assumed socially and ethnically rooted atavisms (p. 144).

Critically questioning his own former assumption, MARC JUNGE discusses the influence of biologicistic models of crime on the handling of crime and social deviance

during the Great Terror. While most scholars assume a dominance of sociological explanatory models in the Soviet era, Junge questions whether this is true after the 1930s. To the same extent to which, over time, it became increasingly difficult to characterize the Soviet Union as a society in transition, it became problematic to declare criminals to be victims of their social circumstances, since the Soviet government was responsible for these very circumstances. Finally, Junge asks about the impact of Lombroso's biological approach on Soviet penal policies and calls for more research on treatment of criminality during the Great Terror.

In her revealing text on the theory and practice of Soviet re-education measures, ANNE HARTMANN presents the concept *perekovka* as a “hybrid of an aestheticization and politicization of judicial discourse and an expression of a transitional period” (p. 188). By working in large-scale construction projects such as the Belomorkanal, people should, as Hartmann quotes Maxes, “by transforming nature [...] transforming themselves” (p. 187). Insofar, Hartmann argues, *perekovka* served as a model for the society as a whole, in which everyone was an object of mental transformation. Until the Great Terror ended this approach, *perekovka* was associated with the promise of “rebirth and return to everyday life” (p. 189).

The two essays of the third part deal with the literary representation of the Gulags and the inmates. Aware of the problem of the sources, which arises from the fact that we are dealing here with the perceptions and assessments of authors who, as political prisoners, look fearfully and appraisingly at the world of ordinary criminals, RENATE LACHMANN and LEONA TOKER look at the camp literature.

Renate Lachmann outlines the social structure of the camps with their division into ordinary criminals on the one hand and political prisoners on the other. The ordinary criminals, who were considered “socially near elements” (p. 200) to the official ideology until the beginning of the Great Terror, remained “still part of society” (p. 200) and dominated and harassed the political inmates. As authors of Gulag literature, political prisoners such as Solzhenitsyn, Shalamov, or Ginzburg made them the main subject of their literary eyewitness accounts. Lachmann identifies two different perspectives on the criminals, the more ethnographic view, which endeavors to understand the social codes, behavior, tattoos, etc., as elements of an alternative society, on the one hand, and the moralistic view, with its mechanisms of ‘othering’ and acts of semantic dehumanization on the other side.

The anthology concludes with Leona Toker's contribution on Varlam Shalamov's *Sketches of the Criminal World*, which provides a “systematic analysis of the criminal world as a sociological phenomenon” (p. 234). As a political camp inmate, Shalamov wrote stories about his observations of the social dynamics in the camps, about the relationship between ordinary criminals and political prisoners, between the camp guards and the criminals, as well as about those who switched sides and became camp inspectors. Noteworthy about Shalamov's work, according to Toker, was not only what he wrote

about, but also what he omitted. Shalamov, himself a supporter of the sociological approach, warned against the influence of romanticizing myths about criminals, especially among young people. He wanted his own narrative to be understood as a kind of counter-speech against this type of literature, but without placing any great hope in its effectiveness.

The articles in this volume impressively demonstrate that dealing with crime and socially deviant behavior and the question of whether delinquents are locked away, whether they are excluded from society and banished or transformed into useful members of society is subject to historical change. They make it clear that dealing with crime is based on a political vision of a society in which those who are viewed as criminals have no place. The cross-epoch approach, taking into account the situation in the Tsarist Empire and the Soviet Union, gives an overview of long-term development and is a welcome contribution to the history of crime and law.

While the scholarly debates on crime are already well-lit, future research in this area should place greater emphasis on criminal and judicial practices. All in all, it is a well worth reading anthology that contains exciting articles on little-noticed aspects of crime discourse.

LENA GAUTAM

Berlin

Totalitarian Societies and Democratic Transition. Essays in Memory of Victor Zaslavsky

Ed. by Tommaso Piffer and Vladislav Zubok. Transl. by Riccardo James Vargiu. Budapest, New York: Central European University Press, 2017. II, 435 S. ISBN: 978-963-386-130-1.

Einleitend würdigen Tommaso Piffer und Vladislav Zubok die Forschungen des 1975 aus der UdSSR emigrierten Viktor Zaslavskij über die „totalitäre Gesellschaft“ der Brežnev-Zeit, als die Arbeiter gemäß ihrer sowjetischen Sozialisierung die technokratischen Reformen der sechziger Jahre ablehnten, und über das Massaker an den polnischen Gefangenen bei Katyn 1940, das Stalin als „Säuberung“ nach Klassengesichtspunkten befohlen hatte, sowie seine zutreffende Voraussage, dass Gorbatschows Bemühen um einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ aufgrund der politisch-kulturellen Voraussetzungen scheitern musste. Unter Hinweis auf seine Studien wendet PETER BAEHR gegenüber den – im Übrigen als maßgebend akzeptierten – Ausführungen Hannah Arendts zum Totalitarismus ein, dass man diesen nicht als statisches, sondern

als dynamisch sich entwickelndes System sehen müsse, das nach Stalins Tod nicht aufgehört habe, sondern von der besonders brutalen „formativen Periode“ in die „Phase der Systembehauptung“ (mit zuletzt folgendem Zusammenbruch) übergegangen sei. Diesen Wandel habe die andere Ausprägung des Totalitarismus, das NS-Regime, wegen seiner Niederlage im Zweiten Weltkrieg und der daraus resultierenden Beseitigung nicht mehr vollzogen. GIOVANNI ORSINA thematisiert die Krise des Liberalismus und führt sie entscheidend darauf zurück, dass ebenso wie beim Totalitarismus der Erfolg ungewiss, weil auf Glauben beruhend sei. VITTORIO STRADA untersucht zwei Episoden in der russischen Kulturgeschichte: die des „legalen Marxismus“, deren Vertreter Nikolaj Berdjaev und Sergej Bulgakov das sich von der politischen Rationalität entfernende religiöse Moment bei Marx erkannten und kritisierten, während die *bol'seviki* es sich zu eigen machten. EMILIO GENTILE hält es für vollauf berechtigt, Nationalsozialismus und Kommunismus trotz ihrer großen ideologischen und sonstigen Unterschiede unter dem Gesichtspunkt des Totalitarismus nebeneinander zu stellen, und wendet sich dagegen, diesen Begriff wegen vermeintlicher Unschärfe als Kategorie der historischen und sozialwissenschaftlichen Untersuchung abzulehnen. Er mache wie kein anderer wichtige Systemmerkmale deutlich und zeige beispielsweise, dass nur diese beiden Regime, nicht aber der italienische Faschismus als totalitär gelten können.

Besondere Beachtung verdienen zwei exzellente Aufsätze russischer Autoren, die sich auf der Grundlage einer genauen Kenntnis der einschlägigen Dokumente zu Stalin äußern. VLADIMIR PEČATNOV beschreibt, wie Stalin alle Entscheidungen bis hin zu letzten Kleinigkeit kontrollierte und sich dabei auch mit geringfügigsten Details beschäftigte, wie er seine Mitarbeiter permanent unter Druck setzte und durch vielfache Demütigungen in Furcht vor ihrem Herrn hielt, wie er das Land durch periodisches Wechseln zwischen ideologischer Kampagne und Lockerung der Zügel brutal zu Höchstleistungen zwang und wie er ohne Rücksicht auf Menschen und Ressourcen die rückständige UdSSR zur modernen Supermacht zu machen suchte. Seine Ausführungen zeigen, wie Stalin als unermüdlicher Baumeister des Totalitarismus den Sowjetstaat zum funktionierenden Instrument seines Willens machte und damit die Strukturen schuf, die weit über seinen Tod hinaus Bestand hatten oder sogar weiter haben, obwohl sich das Herrschaftssystem sogleich spürbar veränderte. OLEG CHLEVNJUK analysiert das Ausmaß des Terrors unter Stalin und stellt fest, dass mehr als die Hälfte der Bevölkerung selbst unter Repressionsmaßnahmen wie Verhaftung, Gulag-Zwangsarbeit, Verbannung oder Deportation zu leiden hatte. Dieser Terror hatte zentrale Bedeutung. Ohne ihn hätte sich das kommunistische Regime nicht durchsetzen lassen, da sich breite Schichten, vor allem die ausgebeuteten und geknechteten Bauern, erbittert dagegen wehrten.

INESSA JAŠBOROVSKAJA beschreibt in Ergänzung zu Zaslavkijs Studie den heute aufgrund einer breiten Quellenbasis erreichten Stand der Forschung über das Massaker von Katyn und die damit zusammenhängenden Beziehungen Russlands zu Polen.

DAVID HOLLOWAY setzt sich mit der verbreiteten Ansicht auseinander, dass totalitäre Systeme notwendigerweise ein Hindernis für die Entfaltung der Wissenschaften seien. In einer luziden Darstellung einschlägiger Vorgänge im nationalsozialistischen Deutschland und in der kommunistischen Sowjetunion zeigt David Holloway, dass dieses generalisierende Urteil an den Realitäten vorbeigeht, die von jeweils besonderen Umständen und Personen bestimmt werden und deswegen Differenzierung erfordern. Zwar kann es, wie es bei Stalins Protektion für Trofim Lysenko und dessen genetikfeindlichen Haltung offenkundig der Fall war, zu forschungsverhindernden Fehlentwicklungen kommen, doch lassen sich bei einer entsprechenden Interessenlage des Regimes auch dadurch fördernde Wirkungen feststellen, dass Personal und Mittel schwerpunktmäßig ausgerichtet werden. VELJKO VUJAČIĆ untersucht, wie die maßgebenden slawophil bzw. westlich ausgerichteten Dissidenten in der UdSSR, Aleksandr Solženicyn und Vasilij Grossman, das Verhältnis zwischen Staat und Volk sahen und wie sich das auf ihre politische Vorstellungswelt insgesamt auswirkte.

Die drei letzten Beiträge befassen sich mit Problemen der Transformation nach dem Kollaps des Sowjetimperiums. LEV GUDKOV legt dar, dass der Fehlschlag des Übergangs zur Demokratie in Russland primär auf die unerschütterte Fortdauer der aus der totalitären Vergangenheit stammenden Organe und Strukturen zurückzuführen ist. Bei der zu eigenmächtigem Handeln befähigten Geheimpolizei änderte sich außer dem Namen kaum etwas, und die neuen, den politischen Pluralismus verkörpernden Parteien waren Produkte nicht des Aufbegehrens von unten, sondern der Entscheidung von oben. Auf dieser Basis kam es unschwer zu Rückfällen in frühere Gewohnheiten der Machtausübung. GAIL LAPIDUS hebt die Bedeutung des russischen Nationalismus hervor, der im Zusammenspiel mit den Verselbständigungstendenzen der Unionsrepubliken den Zerfall der UdSSR herbeigeführt habe. Wenn sich anschließend Liberalität und Demokratie nicht hätten halten können, so liege dies vor allem am Fehlen eines Konzepts für das Miteinander der vielen Nationalitäten, die sich nach der Auflösung des Imperiums nach wie vor innerhalb der russischen Grenzen befanden. Zwar gelang es Präsident El'cin, unterschiedliche Arrangements mit diversen Volksgruppen auszuhandeln, doch scheiterte dieses Bemühen im Fall der Tschetschenen im Nordkaukasus mit dem Ergebnis, dass der russische Präsident seine Nachfolge Putin anvertraute und damit den Weg zu einem autoritären, auf revisionistische Machtentfaltung bedachten Regime freimachte. MARK KRAMER richtet den Blick auf die Schwierigkeiten bei der Bewältigung einer dunklen Vergangenheit, die es auch in westlichen Ländern gegeben hat. In Russland, das das in positiver Hinsicht sowjetische Erbe voll für sich beansprucht, war die Öffentlichkeit nur kurzzeitig während der *perestrojka* daran interessiert, die schlimmen Geschehnisse der Sowjetzeit ans Licht zu bringen. Als sich dann jedoch erstmals durch die Öffnung von Archivbeständen in großem Umfang die Möglichkeit dazu ergab, erlahmte das Interesse, und nur noch wenige – Memorial-Aktivist*innen und Forscher – widmeten sich der Aufgabe. Daher

konnte das Putin-Regime daran gehen, die Schreckenszeit vor allem unter Stalin mit der Gloriole der Größe und Macht, vor allem des Sieges im Zweiten Weltkrieg, zu verhüllen und so dafür zu sorgen, dass Terror und Imperialismus weiterhin das Bewusstsein der Bevölkerung vergiften. In Polen dagegen, wo kommunistisches System und sowjetische Fremdherrschaft als eins wahrgenommen wurden, gab es lange Zeit keine Widerstände gegen eine Aufarbeitung der Vergangenheit. Diese entstanden erstmals, als zutage trat, dass sich die Bevölkerung vielfach an der Judenverfolgung während der deutschen Besetzung Polens im Zweiten Weltkrieg beteiligt hatte. Inzwischen droht die Vergangenheitsbewältigung auch am Bemühen von Kaczynskis Nationalkonservativen zu scheitern, liberale Rivalen als Verräter zu denunzieren, die mit dem Kreml unter einer Decke steckten.

Insgesamt enthält der Sammelband grundlegende Einsichten in das Wesen und Wirken totalitärer Herrschaft und in die Probleme, die sich nach ihrem Ende stellen. Die Lektüre der Beiträge ist unbedingt lohnend; die damit begonnene Forschung sollte weiter fortgesetzt werden.

GERHARD WETTIG

Kommen

Erin Elizabeth Redihan

The Olympics and the Cold War, 1948–1968. Sport as Battleground in the U.S.-Soviet Rivalry

Jefferson, NC: McFarland, 2017. VII, 264 S., 9 Abb. ISBN: 978-1-4766-6788-1.

Der Sport war ein zentraler Schauplatz des Kalten Krieges. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion sowie ihre jeweiligen Verbündeten trugen den Ost-West-Konflikt in den Sportarenen aus und versuchten, mit sportlichen Erfolgen die Überlegenheit ihres politisch-gesellschaftlichen Systems zu demonstrieren. Der zu besprechende Band untersucht dies auf der Basis des Archivs des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), von amerikanischen Regierungsquellen und westlichen Medien exemplarisch für sechs aufeinanderfolgende Olympia-Jahre zwischen 1948 und 1968.

Erin Elizabeth Redihan ist nicht die Erste, die das Credo der Olympischen Bewegung von der apolitischen Natur des Sports als Fiktion entlarvt. Dennoch ist die Abfolge von internationalen Krisen und Olympischen Spielen, die regelmäßig zu Boykott- und Ausschlussdebatten führten, im Zeitraffer beeindruckend: Beginn der Berlin-Blockade wenige Wochen vor London 1948, Zündung der ersten sowjetischen

Atombombe 1949 und Ausbruch des Koreakriegs 1950 mit etwas Abstand bis zur ersten Teilnahme der Sowjetunion an den Olympischen Spielen in Helsinki 1952, Suezkrise und Niederschlagung des Ungarnaufstands unmittelbar vor Melbourne 1956, zweite Berlin-Krise und Abschuss einer amerikanischen U2-Maschine in der Nähe von Sverdlovsk vor den Spielen in Rom 1960, Kubakrise 1962 mit etwas Abstand vor Tokyo 1964 und schließlich Niederschlagung des Prager Frühlings vor Mexiko 1968.

Mit der Entspannungspolitik zwischen den Supermächten begannen sich die Schwerpunkte der Auseinandersetzung zu verschieben. Insbesondere die Entkolonialisierung und der Kampf gegen den Rassismus (Südafrika-Frage, Black-Power-Bewegung) gewannen auch in der Sportpolitik an Bedeutung. Daraus ergibt sich das Jahr 1968 als Ende des Untersuchungszeitraums. Mit den deutschen Ostverträgen und den ersten Verträgen zur Begrenzung der nuklearen Rüstung (Teststoppabkommen 1963, Nichtverbreitungsvertrag 1968) veränderte sich das System der internationalen Beziehungen. Als weitere Argumente für die Zäsur 1968 nennt Redihan die Kommerzialisierung des Sports, den Siegeszug des Fernsehens, der den Zuschauersport veränderte, und den Rücktritt des seit 1952 amtierenden IOC-Präsidenten Avery Brundage, der allerdings erst nach den Spielen 1972 erfolgte.

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg versuchten beide Supermächte, das IOC in ihrem Sinne zu prägen. Die Spiele in London 1948 fanden wie in der Zwischenkriegszeit ohne die Sowjetunion statt. Erst als diese auf Russisch als offizielle Sprache des IOC verzichtete und ein wenigstens formal staatsunabhängiges nationales Komitee gründete, war der Weg frei für den Beitritt zur Olympischen Bewegung. Seit Helsinki 1952 prägte der Kampf der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion um das bessere Abschneiden in der Nationenwertung die Spiele. Beide Seiten bauten ihrem jeweiligen politisch-gesellschaftlichen System entsprechende Förderstrukturen auf und mobilisierten die Bevölkerung. In den Vereinigten Staaten publizierte 1962 kein geringerer als Präsident John F. Kennedy einen Essay in *Sports Illustrated* und rief darin die Amerikaner aus patriotischen Gründen zu Breiten- und Spitzensport auf. Sportpolitische Leitmotive in der Untersuchungsperiode Redihans waren außerdem Auseinandersetzungen um den Amateurstatus der Athletinnen und Athleten als Teilnahmebedingung bei den Olympischen Spielen, die die „Staatsamateure“ aus dem Ostblock unterliefen, und der Umgang mit den geteilten Staaten Korea und Deutschland. Die DDR-Sportler durften bis 1968 (wenn überhaupt) nur als Teil eines gesamtdeutschen Teams antreten, Visa-Beschränkungen der NATO-Staaten für DDR-Sportler verzerrten den Wettbewerb oder beschränkten die Auswahl der möglichen Austragungsorte für Wettkämpfe. Überläufer, nicht zuletzt die Ungarn, die von den Olympischen Spielen in Melbourne 1956 nicht in ihre Heimat zurückkehrten, waren ein dankbares Thema für die Sport- und Boulevardpresse. Dasselbe gilt für Direktbegegnungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, etwa im Eishockey in Squaw Valley 1960, oder für brisante Begegnungen zwischen der Sowjetunion und ihren Satelliten wie das „Blutspiel von

Melbourne“ zwischen Ungarn und der Sowjetunion im olympischen Wasserballturnier von 1956.

Es ist das Verdienst der Studie Redihans, die spezifische Konstellation dieser Faktoren im Kontext der internationalen Beziehungen für jedes der sechs Olympia-Jahre zwischen 1948 und 1968 darzustellen. Die US-amerikanische Perspektive steht dabei nicht zuletzt deshalb klar im Vordergrund, weil fast ausschließlich englischsprachige Quellen und Literatur verarbeitet wurden. Das quellenkritische Problem, dass die Autorin die sowjetische Presse aus sprachlichen Gründen nur via Korrespondentenberichte in amerikanischen Zeitungen rezipieren kann, wird von Redihan reflektiert. Aus Sicht des Osteuropahistorikers bleiben dennoch einige Irrtümer und Fehlinterpretationen, die den Wert der Studie schmälern. So ist bezogen auf die Zwischenkriegszeit neben der Sowjetunion die Rede von anderen „communist countries“ (S. 49, 72) und „socialist [...] nations“ (S. 51). Dabei geht es jedoch um die in vielen Ländern existierende Arbeitersportbewegung, die vom IOC unabhängige internationale Strukturen aufbaute. Dazu kommen für dieselbe Periode „communist-friendly societies“ (S. 55) und „communist-friendly nations, many of which became Soviet Satellites or Soviet Socialist Republics following World War II“ (S. 53), was doch eine zu vereinfachte Darstellung der Sowjetisierung Ostmitteleuropas ist. An mehreren Stellen wird geltend gemacht, die Sowjetunion habe aus ideologischen Gründen den Teamsportarten den Vorrang gegeben, während in den Vereinigten Staaten der Individualsport bevorzugt worden sei (S. 27, 53, 59, 69, 73). Hier ist aber wahrscheinlich einerseits die innersowjetische Debatte über das Verhältnis von *fizkul'tura* und Leistungssport in der Zwischenkriegszeit angesprochen. Andererseits besteht ab 1952 ein von Redihan nicht aufgelöster Widerspruch zwischen ihrer These und dem Ziel der Sowjetunion, mit möglichst wenig Aufwand möglichst viele Medaillen für das bessere Abschneiden in der Nationenwertung zu gewinnen. Denn für letzteres ist die gezielte Förderung von Individualsportarten mit vielen Einzeldisziplinen wie Leichtathletik oder Schwimmen weit effektiver. Wenig überzeugend ist es außerdem, von den Bemühungen ukrainischer Emigranten, ein eigenes ukrainisches Nationalteam stellen zu dürfen, auf Unruhe hinter dem Eisernen Vorhang zu schließen (S. 127).

Der Band hält für die sowjetische Geschichte keine neuen Erkenntnisse bereit. Er ist aber als kurze Zusammenfassung der US-amerikanischen Perspektive nützlich.

STEFAN WIEDERKEHR
Zürich

Gabriella Schubert

Was ist ein Ungar? Selbstverortung im Wandel der Zeiten

Wiesbaden: Harrassowitz, 2017. 319 S., 112 Abb. ISBN: 978-3-447-10818-8.

Veröffentlichungen zu ungarischen Themen sind auf dem wissenschaftlichen Bücher- und Zeitschriftenmarkt Deutschlands in den vergangenen Jahren eher selten geworden. Werke, in denen sich Sachkenntnis und Einfühlungsvermögen vermischen, besitzen Raritätswert. Zu diesen Ausnahmen gehört das vorliegende Buch. Die Autorin vollbringt im Vorwort eine in der wissenschaftlichen Gemeinschaft Deutschlands eher unübliche Geste: Sie bezeichnet den Umstand, dass sie ihre Kindheit in Budapest verbrachte, als vorteilhaft, da er ihr auf dem Lebensweg in Deutschland neben dem „Blick von außen“ auch einen „von innen“ gesichert habe (S. 7). Gabriella Schubert verhehlt nicht, dass sie mit diesem Doppelblick „verstehendes Interesse für die Ungarn“ wecken will, dies „in einer Zeit, in der die Berichterstattung über Ungarn emotionell stark aufgeladen ist“ (S. 7). Sie spürt in zehn Kapiteln und 65 Abschnitten den kulturellen und politischen Selbstzuordnungen nach, deren Geschichte in der Phase des Übertritts vom Heidentum zum Christentum, etwa zeitgleich mit jener des Königreiches Ungarn, um die erste Jahrtausendwende begann.

Das Volk der Magyaren hatte sich auf seiner Wanderung vom Ural aus turkobulgarischen, kawarischen und finnisch-ugrischen Elementen zu einem Stammesverband formiert. Sein Jahrhunderte langer Weg aus dem Osten endete, als es in einem Gebiet sesshaft wurde, das aus seiner ursprünglichen Sicht im Westen lag. Nach der Landnahme im Donau-Karpatenbecken am Ende des 9. Jahrhunderts waren seine Außenbeziehungen nicht mehr mit großräumigen Verschiebungen verbunden. Die Christianisierung des heidnischen Stammesverbands und die Begründung der Staatlichkeit um das Jahr 1000 waren vielmehr das Ergebnis einer geistigen Westbewegung, in der die Herausforderung, ethnisch-kulturelle und rechtlich-soziale Verschiedenartigkeiten in einer steuerbaren und entwicklungsfähigen Einheit zu halten, die Notwendigkeit nach sich zog, das neue Königreich zu Abstimmungen auch mit östlich-südöstlichen Nachbarräumen zu führen. Es ist einer der epochenübergreifenden Grundzüge der ungarischen Geschichte, dass die Träger von Staat, Gesellschaft und Kultur nach der Eingliederung in die Gemeinschaft des westlichen Christentums dennoch nicht aufhörten, ihren Blick immer auch dem Osten zuzuwenden.

Die Autorin sieht im Phänomen, das der Berliner ungarische Soziologieprofessor Bálint Balla einmal als ungarisches „Dauerdilemma“ zwischen Ost und West bezeichnet hat, das Grundmoment selbstreflektierender Denk- und Geisteshaltungen in einem Land, dessen Sprache „ein bestimmendes, wenn nicht *das* bestimmende Merkmal des ungarischen Selbstbildes“ ist (S. 185; Hervorhebung im Original). So liegt das Schwergewicht der Ausführungen einerseits auf den Selbstpositionierungen zwischen Ost und West, insbesondere – und auch zeitgeschichtlich sowie gegenwartsbezogen – zwischen

Westeuropa, Mitteleuropa und Ostmitteleuropa (S. 19–30, 141–186), andererseits auf der Herkunft, inneren Struktur und den äußeren Kontakten des Ungarischen (S. 31–33, 77–118). Die Reihe der übrigen inhaltlichen Knotenpunkte reicht von den Abstammungshypothesen und den allerersten Stufen der Integration in Europa während der Landnahme und der anschließenden Christianisierung über die Ungarn-Bilder des Auslands und die Eigenbilder im 20. Jahrhundert bis hin zu den nationalen Symbolen sowie einer mutigen Auswahl an historischen Persönlichkeiten, Schriftstellern und Komponisten. Eine umfangreiche Literaturliste, ein Abbildungsverzeichnis sowie ein Personen- und Sachregister schließen den reich und ansprechend bebilderten Band ab.

Gabriella Schubert betont, dass sie ihr Buch vor allem für das deutschsprachige Lesepublikum verfasst hat (S. 7). Sie betreibt sachliche Populärwissenschaft in deren bester Tradition, wozu auch eine theoriebasierte Einleitung gehört (S. 9–17). Ergebnisse eigener Grundlagenforschungen verarbeitet sie in den sprachwissenschaftlichen Abschnitten. Ansonsten behandelt sie ihre Fragen anhand gekonnt ausgewählter ungarischer und internationaler Fachliteratur. Ihre „ungarischen Innensichten“ kommen beispielsweise unter dem Titel „Platzhalter auf der Ost-West-Achse“ mit Darstellungen der individuellen und sachlichen Gegensatzpaare „Großfürst Árpád – König Stephan I.“, „István Graf Széchenyi – Lajos Kossuth“ und „Labanzen – Kuruzen“ (als Synonyme für kaisertreue beziehungsweise patriotische Verhaltensweisen) nicht zuletzt deshalb wohlthuend zum Tragen, weil sie in eben diesem Abschnitt auch die historische Gestalt vorstellt, „dem der Spagat zwischen Ost und West gelang“: Gyula Graf Andrássy (1823–1890), der nach seiner Teilnahme am antihabsburgischen Freiheitskampf 1848/1849 in Abwesenheit zum Tode verurteilt, 1857 aber begnadigt wurde und von 1867 bis 1871 ungarischer Ministerpräsident, schließlich von 1871 bis 1879 gemeinsamer Außenminister der österreichisch-ungarischen Monarchie war (S. 155–168). Gehörig „von innen“ verfasst ist außerdem das Kapitel „Nationale Symbole und deren Narrative“ mit Ausführungen zu umstrittenen geschichtlichen Denkmälern wie jenes auf dem Budapester Freiheitsplatz zur Erinnerung an die Opfer der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg (S. 187–243). Vom polemischen Ton der Berichterstattungen lässt sich Schubert auch hier nicht anstecken – eine besonders lobenswürdige Leistung, ist doch die entsprechende Versuchung auf ungarischer und auf deutscher Seite, also in der Innen- wie auch der Außensicht, seit geraumer Zeit gleichermaßen groß.

Es waren konzeptionelle oder vielleicht nur Umfangsgründe, die gegen die Ausweitung des Untersuchungshorizonts auf die ungarischen Minderheiten sprachen. Seit deren Entstehung sind rund 100 Jahre vergangen. Folglich dürfte sich in Rumänien, der Slowakei und in Jugoslawien beziehungsweise Serbien, Kroatien und Slowenien ein beträchtlicher ungarischer Erfahrungs- und Erlebnisschatz angesammelt haben. So wäre es lohnenswert, Abweichungen und Unterschiede, Analogien und Übereinstimmungen zwischen den ungarischen Selbstbildern jenseits und diesseits der besagten Staatsgrenzen aufzudecken.

Es folgt aus dem intellektuellen Anspruch der Autorin, dass sie nicht nur Wissen vermittelt, sondern an mehreren Stellen neue Gedankengänge anstößt, die im Idealfall neues Wissen zu erschließen helfen. Ihr Werk wirft sinngemäß die übergreifend spannende Frage auf, ob Ungarn mit den östlichen Bindungen seine westliche Grundorientierung ersetzte oder nur ergänzte und ob es den Osten aus ideellen oder vielmehr nur aus pragmatischen Gründen als Bezugspunkt beibehielt. Waren reiternomadischer Ursprung und finnisch-ugrische Sprachherkunft hinreichend, um das Bewusstsein einer „Östlichkeit“ Jahrhunderte hindurch zu nähren? Oder wurde die „Westlichkeit“ von politischen Zwängen wie die Dreiteilung Ungarns im 16. und 17. Jahrhundert oder seine Zwangsintegration in das kommunistische System im 20. Jahrhundert vorübergehend gelockert beziehungsweise aufgehoben?

Einen spezielleren Forschungsaspekt erörtert Schubert im Abschnitt „Das mittelalterliche Ungarn als Gastland“ (S. 72–75). Die Fachliteratur leitet diesen Topos in der Regel aus Kapitel VI. der vor 1031 aufgesetzten „Ermahnungen“ König Stephans I. des Heiligen (*969/1000–1038) an seinen Sohn Emmerich ab. Darin wird die Aufnahme und Betreuung von Gästen und Ankömmlingen als erstrebenswerte Verhaltensweise gepriesen. Aus Anlass der im Jahre 2000 erschienenen neuesten ungarischen Übersetzung der lateinischsprachigen Quelle hat die Textologie mit Nachdruck dafür geworben, die aus dem Original häufig zitierte Begründung, nach der ein Land mit nur einer Sprache und Gewohnheit schwach sei („unius lingue uniusque moris regnum inbecille et fragile est“), nicht auf das gesamte Königreich – wie das wissenschaftlich und publizistisch überaus häufig geschieht –, sondern nur auf den königlichen Hof zu beziehen. Eine Nationalitätenfrage im Sinne des 19. und 20. Jahrhunderts habe es im mittelalterlichen Stephansreich nicht gegeben. So müsse die stilistische Analyse des lateinischen Textes zum Ergebnis führen, dass die besagte Ermahnung nicht auf die Erhöhung des fremdländischen Anteils an der Bevölkerung des Reiches, sondern auf die Stärkung des Monarchen und seines Umfelds abzielte. Eine solche Auslegung scheint die ältere Forschungsmeinung über eine Fremden*feindlichkeit* unter der Herrschaft der Árpáden zu bestätigen. Gabriella Schubert folgt aber dem gegenwärtig auch international mehrheitlichen Standpunkt und leitet daraus eine Fremden*freundlichkeit* im ungarischen Mittelalter ab.

Schließlich sei hier noch das diskussionswürdige Thema des ungarischen Nationalismus näher umrissen. Die Autorin greift ihn auf verschiedene Weise mehrfach auf, so im Zusammenhang mit der „Spracherneuerung – Magyarisierung“ (S. 92–96) und dem ungarischen „Kulturimperialismus“ sowie der „Magyarisierungspolitik“ (S. 172, 196) von der frühbürgerlichen Periode bis zum Zusammenbruch Österreich-Ungarns. Die Feststellung einer „Assimilationswelle gegenüber den nichtungarischen Ethnien“ (S. 172 f.) ist zutreffend – doch ist sie auch vollständig, deckt sie alle Ausschnitte der erschließbaren historischen Wirklichkeit ab? Ist der Fachbegriff „Nationalismus“ sachlich noch aussagekräftig genug, nachdem er in den vergangenen Jahren in der

deutschen Fachliteratur und Essayistik einen Bedeutungswandel erfahren hat? Heutzutage scheinen alle oder die meisten Arten der ethnisch-kulturellen Manifestation als ‚nationalistisch‘ zu gelten. Vor zwei, drei Jahrzehnten war dieses Adjektiv noch Handlungen vorbehalten, die sich *gegen* eine nationale Seite richten und mit denen ihre Urheber in Kauf nehmen oder sogar bezwecken, die Rechte der angegriffenen nationalen Seite zu verletzen. Die ältere Forschung vermied es, Versuche zum Schutz eigener Rechte etwa auf sprachlichem Gebiet als ‚nationalistisch‘ zu werten. In der historischen Dimension ist es jedenfalls bedenkenswert, dass die ungarische Nationalbewegung seit dem späten 18. Jahrhundert beispielsweise in der Sprachenfrage gleich zwei Rollen einnahm, indem sie das Ungarische den Nationalitäten aufzudrängen und zugleich, gegenüber dem Wiener Hof, aus der Vorherrschaft des Deutschen zu lösen befließt war. Insofern waren die ungarischen Eliten sowohl ‚nationalistisch‘ als auch – *bloß* – ‚nationalbetont‘, und sie waren beides womöglich über weite Strecken gleichzeitig. Gabriella Schubert erkennt richtig, dass im Königreich Ungarn literarisch-kulturelle Spracherneuerung und politisch-soziale Magyarisierung „zunächst getrennte“ Bewegungen waren, im Verlauf der Zeit aber „ineinander griffen“ (S. 94). Dieser Befund sollte für zukünftige Analysen des historischen ungarischen Nationalismus vertieft aufgearbeitet werden.

Nicht weniger berechtigt ist das historiografische Differenzierungsgebot für Angelegenheiten im österreichisch-ungarischen Dualismus. Zu einem Kernproblem jener Epoche bietet die jüngere deutsche Geschichtswissenschaft zwei Erklärungsansätze an. Der eine spricht für das Königreich Ungarn von der Ethnisierung des Nationsbegriffs, die sich in einer durchgängigen und eindimensionalen Magyarisierungspolitik manifestiert habe. Der andere unterscheidet zwischen einer staatlich gesteuerten und einer freiwilligen Magyarisierung, wobei er die letztere in den Zusammenhang sozialer und wirtschaftlicher Modernisierung setzt. Gabriella Schubert lässt offen, welcher Interpretationsart sie zuneigt.

Die emeritierte Professorin für Südslawistik und Südosteuropastudien gewährt neben den sprachwissenschaftlichen und historiografischen auch ethnologische Einblicke in die Materie, für die Historiker und Hungarologen nur dankbar sein können. Solche Werke sind für die interdisziplinäre Regionalwissenschaft, wie sich die Hungarologie außerhalb Ungarns begreift, unentbehrlich, da sie die Leserschaft allgemeinerer Vorbildung ansprechen, während sie auch das Fachpublikum zum Nachdenken anregen. Gespannt ist der Rezensent auf Gabriella Schuberts angekündigte ungarische Kulturgeschichte in deutscher Sprache, die er in seiner ebenfalls noch entstehenden Monografie *Ungarns Beziehungsgeschichten in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa* gerne mit heranziehen würde.

ZSOLT K. LENGYEL

Regensburg

Vahram Ter-Matevosyan

Turkey, Kemalism and the Soviet Union. Problems of Modernization, Ideology and Interpretation

London: Palgrave Macmillan, 2019. XVII, 279 S., 1 Abb. = Modernity, Memory and Identity in South-East Europe. ISBN: 978-3-319-97402-6.

The book's title suggests that a comparative history of the modernization in Turkey and the Soviet Union, respectively, is being provided. This is not what the book actually does. What it describes, however, is the development of Kemalist ideology in Turkey as well as the Soviet researchers' perspective on the latter, which, according to Ter-Matevosyan, has been widely neglected so far. Moreover, reading its eight chapters reveals that this book should not be considered an independent analysis of Kemalism, but rather a literature review serving as ideology critique. The first five chapters discuss Kemalism from its beginnings in the 1920s until the 1980s, the sixth chapter deals with contemporary self- and Western interpretations of Kemalism, while the last two chapters focus on Soviet interpretations of Kemalism in a chronological order.

The first five segments combine a multitude of studies and literature. They do so in a strictly compiling manner. What evolves in the process, therefore, is a history of the oscillating Kemalist ideology, the role of its eponym and other personalities of the Cumhuriyet Halk Partisi (Republican People's Party) as well as its affiliate organizations and its transformations through the decades as presented by scholarly research. The text features debates about the political realignment after Atatürk's death in 1938, albeit by drawing on secondary literature rather than on the sources, as well as ideological issues of the opposition-era from 1950 until the military coup of 1960. Afterwards, Kemalism transformed into a concept described as "left of the center". However, no specifics are given as to how the political center of those years could actually be defined when considering the polarized political landscape. If the author had used the term "social democratic Kemalism", it would have been much clearer what he is trying to convey. The chapters correctly reproduce the often contradicting developments and highlight the difficulty of finding coherence within the ideology of Kemalism. Yet, they do not provide new information to experts of history of Turkey. Those, however, who are not or only partially familiar with this history and Kemalism in particular, will find the respective part lacking in analytical assessment; yet others who search for Soviet contributions will hardly find any, and if they do, they will come upon some illustrative material rather than an alternative interpretive approach. The readers will notice that, in terms of methodology, the present reconstruction of Kemalism as an ideology mirrors the research conducted in the 1950s and 1960s which claimed to have uncovered the gist of the course of history.

The author pays a high price for his approach as in the light of recent research the history of ideology is of limited suitability as a means of understanding Turkish history. In particular, when much is left without a comment, when for example the author refers to Kemalism as a “reformation of Islam” (p. 80), or puts forward the argument of Kemalism having had quasi-religious components. These theses, however, are never truly put up for discussion. More than that, parallels are being insinuated instead of being analyzed as in the case of a German contemporary remarking that Atatürk’s images were hanging everywhere in Turkey just as those of Hitler in Germany. What is it that Ter-Matevosyan wants to tell us? Unfortunately, the reader does not find out as the statements in the literature are not taken as starting-points for discussion.

The sixth chapter intends to deal with central interpretations of the ideology in question. The author explicitly raises the question of Kemalism’s relation to fascism, “this generally overlooked dimension“ (p. 149), which he identifies as a research issue “that requires further and lengthier examination, involving more empirical evidence and theoretical exploration“ (S. 157). Once more, the author brings together numerous research findings, including those which claim to confirm Kemalism’s fascist nature. Ter-Matevosyan develops a notion of fascism that appears in the form of a checklist, which he derives from all sorts of secondary literature while neglecting studies of a (specific) fascist state or recent methodological innovations (such as praxeological instead of ideological approaches). Furthermore, Ter-Matevosyan has overlooked the fact that the relation between Kemalism and fascism has already been the subject of an entire book that has been available in Turkish for several years (Stefan Plaggenborg: *Ordnung und Gewalt. Kemalismus – Faschismus – Sozialismus*. München 2012; Turkish translation: *Tarihe Emretmek. Kemalist Türkiye, Faşist İtalya, Sosyalist Rusya*. Istanbul 2014.). When speaking about Kemalism as fascism, interpretations of Kemalism as provided by Italian scholars of the fascist era should be of importance; unfortunately they are also absent. The fact that, both, an analysis of Italian fascism as well as recent research not only constitute a requirement for an appropriate description of this kind of relation, but, as a matter of fact, also refute such links between the two, does not form part of Ter-Matevosyan’s study. The thesis according to which “fascism was visible” (p. 158) in Kemalism is left uncommented, notwithstanding the fundamental questions it may raise about feasible interpretations. The same applies to the theory of totalitarianism which the author utilizes without a necessary discussion about its roots in Italian anti-fascist opposition and further political framings.

The seventh chapter finally addresses the book’s main topic, i. e. the Soviet perception of Kemalism (“has not been an object of scholarly analysis”, p. 3). The reviewer, in all his modesty, would like to refer to the book mentioned above, which has explicitly discussed the Russian or early Soviet research on Turkey. What eludes Ter-Matevosyan is the difference between the Soviet interpretation characterized by a systematic political and socio-economic approach, and the interpretations made by

Western observers who preferred more or less near-sighted phenomenological and personality-based approaches instead. However, he confirms the destructive effect which Stalin's 1927 interpretation of Kemalist Turkey had on Soviet studies of Turkey. The final chapter presents a compilation of Soviet research on Kemalism especially after 1945, a brief outline of diplomatic relations between Turkey and the Soviet Union along with aspects of communist party propaganda. It is surprising that important Soviet authors are absent, e. g. economist N. G. Kireev and his fundamental study on Kemalist statism that refuted the suspicion of Kemalism sharing common traits with fascism (N. G. Kireev: *Istoriya etatizma v Turtsii*. Moskva 1991.), as well as economic historian Yu. N. Rozaliev and his influential work (Yu. N. Rozaliev: *Ekonomicheskaya istoriya Turetskoi Respubliki*. Moskva 1980; Yu. N. Rozaliev: *Osobennosti razvitiya kapitalizma v Turtsii (1923–1964)*. Moskva 1962; Yu. N. Rozaliev: *Mustafa Kemal' Atatyrk. Ocherk zhizni i deyatel'nosti*. Moskva 1995.) – just to name a few.

The book begins with a one-page chapter called "Praise for Turkey, Kemalism and the Soviet Union" which, contrary to what the title suggests, is comprised of three hymns of praise for the present study, all of them written by proven experts in Turkish history. The reviewer fears that he will refrain from joining in such exaltations should a second edition be envisaged in the future.

STEFAN PLAGGENBORG

Bochum

Routledge Handbook of Russian Foreign Policy

Ed. by Andrei P. Tsygankov. London, New York: Routledge, 2018. XVI, 439 S., 3 Abb., 3 Tab. ISBN: 978-1-138-69044-8.

Das vorliegende Handbuch bietet einen ebenso interessanten wie hilfreichen Überblick über Themen, Schwerpunktregionen und Interpretationsmöglichkeiten der jüngeren russischen Außenpolitik. Die einzelnen Zugriffe der Autoren und Autorinnen werden dabei durch Leitfragen nach sozialen und materiellen Grundbedingungen von Wandel und Kontinuität in der Außenpolitik, nach Einflüssen regionaler und internationaler Rahmungen sowie nach der Relevanz unterschiedlicher Sphären und Instrumente im Großen und Ganzen erfolgreich zusammengehalten. Die kritische und selbstkritische Auseinandersetzung der Beiträge mit der politikwissenschaftlichen Theorienlandschaft und dem Erkenntniswert ihrer einzelnen Angebote ist von besonderem Wert, kann diese Auseinandersetzung doch nicht zuletzt auch das analytische Instrumentarium der Geschichtswissenschaft schärfen. Die Autoren und Autorinnen bieten dabei nicht nur

grundsätzliche Überlegungen zu den relevanten Akteuren und ihren strukturellen Handlungsspielräumen, sondern dokumentieren die Dynamik relevanter Beziehungsfelder. In diesem Zusammenhang unterstreichen offiziös anmutende Deutungen, die im Band ohnehin nur sehr selten anklingen, letztlich nur die Notwendigkeit, politische Debatten jenseits von einfachen Schuldzuweisungen zu führen, da nur auf diese Weise konstruktive Lösungen außenpolitische Probleme zu finden sein werden (S. 282 ff.).

Dabei wird im Gesamtbild des Bandes offenbar, dass sich weder mit Machtpolitik noch mit Prestigeerwägungen allein russische internationale Aktivitäten erklären lassen. Schließlich wird immer wieder deutlich, dass „Moskau“ kaum der einzige Motor und souveräne Gestalter russischer Außenpolitik ist. Russische Kursbestimmungen und Positionierungen hinsichtlich vieler Regionen und Problemfelder ergeben sich aus dem Zusammenspiel komplexer Interaktionen und multipler Rahmenbedingungen. In diesem Gesamtkontext stellen Europa und der „Westen“ weiterhin wichtige Bezugspunkte russischer Aktivitäten dar.

In der Moskauer Sichtweise legt dabei das wahrgenommene bzw. unterstellte Dominanzstreben anderer Mächte russische Reaktionen nahe, ob aus Selbstschutz oder tatsächlich zum Wohle einer besseren, gerechter geordneten und friedlicheren Welt. Die Debatte, ob die russische Außenpolitik insgesamt oder im jeweiligen Einzelfall eher defensiv oder eher aggressiv agiert, lässt sich von der im vorliegenden Handbuch versammelten Fachkompetenz einstweilen nicht endgültig und allgemein verbindlich entscheiden. Für eine eindeutige Bewertung fehlt es unter anderem hinsichtlich maßgeblicher Akteure der russischen „harten“ und „weichen“ Politik an detaillierten Einblicken in Entscheidungsprozesse, Beziehungsstrukturen und Machtbalancen. Beschreibungen beispielsweise von Militär, Nachrichtendienst oder *cyber power* verfügen einfach nicht über die Quellen und Belege, um ein vollständiges und zugleich differenziertes Bild dieser Machtvektoren und ihrer Einflussmöglichkeiten zu zeichnen. Wichtig und zugleich beunruhigend ist jedoch die Beobachtung, dass sich in den angespannten internationalen Zeiten die Tendenz noch verstärkt, immer mehr Themen- und Beziehungsfelder sicherheitspolitisch aufzuladen. Damit werden sie in eine globalpolitische Auseinandersetzung integriert. Der Konfrontation wird damit eine alles überstrahlende Bedeutung und Relevanz zugeschrieben, die wiederum thematische Teillösungen und -kooperationen erschwert. Diskussionen über Energieversorgung und Energiebeziehungen können diese Mechanismen recht anschaulich illustrieren.

Für den Gesamtzugriff fächern die Großthemen „Theorien und Bedingungen“, „Instrumente und Akteure“, „Richtungen“ sowie „Organisationen“ das Feld gekonnt auf. Der erste Teil diskutiert neben klassischen Interpretationsmodellen auch die *petropolitics*. Für diesen Ansatz verbieten sich ebenfalls einfache Verbindungslinien zwischen Marktpreisen, außen- und wirtschaftspolitischen Handlungsräumen und konkreten Aktivitäten. Die anschließende Darstellung der Akteure und Instrumente spiegelt ebenso die tatsächliche Dynamik internationaler Politik und Beziehungen wider.

Neben der bereits erwähnten *cyber power* werden als neuere Erscheinungen auch die Bedeutung von (vermeintlichen) Nichtregierungsorganisationen und Medien generell sowie die russische orthodoxe Kirche als Protagonisten beschrieben. In diesen Sphären sind für Auftritte und Aktivitäten neben gemeinsamen immer auch Eigeninteressen der Aktivisten jenseits des Außenministeriums genau zu beachten. Inwieweit sie auf Dauer spürbares Eigengewicht und damit unabhängigen Einfluss entwickeln und entfalten, wird sich in vielen Bereichen erst noch zeigen müssen.

Hinsichtlich der Regionen russischer Außenpolitik entspricht die gebotene Auswahl von russischen Schwerpunkten den aktuellen Prozessen. In Bezug auf das Verhältnis zu den USA erinnern die Autoren ausgewogen an westliche Versäumnisse gerade der 1990er Jahre. In den russischen Beziehungen zur Europäischen Union zeigen sich mit Wirtschaft, Prestige und Selbstbild wichtige Stränge russischer Außenbeziehungen, die weder von Moskau noch von Brüssel aus widerspruchsfrei und stringent in eine Politik zu gießen waren und sind. Die Pazifikregion mit China, Zentralasien und der Kaukasus lassen ebenfalls komplexe Wechselspiele zwischen russischen Ansprüchen und Möglichkeiten, Vorstellungen und Aktivitäten selbständiger regionaler Partner sowie den Einflüssen und mächtigen Konkurrenzen Dritter erkennen.

Die geografischen Schwerpunkte und ihre Untiefen spiegeln sich schließlich im russischen Verhältnis zu internationalen und regionalen Organisationen – von den Vereinten Nationen und den G20 über den Europarat, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und den Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) bis hin zur Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO), zur Eurasiatischen Zollunion und zur Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (CSTO).

Mit der Gesamtschau bietet der Band eine höchst informative sowie äußerst aufschlussreiche Bestandsaufnahme russischer Außenpolitik. Die insgesamt nüchterne Analyse hebt sich wohlthuend von aktualistischen Schwarz-Weiß-Malereien und einseitigen Vorwürfen ab. Eine stringente, unumkehrbare Großstrategie Moskaus lässt sich aus den vorgestellten komplexen internationalen Beziehungen, Einzelfallentscheidungen, Konkurrenzverhältnissen und Aktions- und Reaktionsmustern nicht ableiten. Allzuviel Optimismus über die Ost-West-Beziehungen der näheren Zukunft kann die Sammlung angesichts der über Jahre hinweg gewachsenen Aversionen, Widersprüche und Gegensätze allerdings auch nicht verbreiten. Schon der vermeintliche Neustart der amerikanisch-russischen Beziehungen 2009 war von begrenzter Dauer. Umso wichtiger wird es bleiben, unter anderem die relevanten gesellschafts-, innen-, wirtschafts- und außenpolitischen Einflussfaktoren russischer internationaler Aktivitäten in Einzelentwicklungen, -themen und -fragen differenziert und unvoreingenommen zu diagnostizieren.

ANDREAS HILGER

Moskau

Ol'ga M. Verbickaja

**Sel'skaja sem'ja na étape social'no-èkonomičeskich transformacij
1985–2002 gg.**

[Die ländliche Familie in der sozialökonomischen Transformation 1985–2002]

Moskva: IRI RAN, 2017. 403 S., Tab. = Historia Russica. ISBN: 978-5-8055-0325-3.

Die russländische Landbevölkerung wurde Anfang der 1990er Jahre von zwei radikalen Reformen getroffen, die ihre Lebensbedingungen grundlegend veränderten und zeitweilig das Überleben bedrohten: Die Agrarreform legte die Verantwortung für die Produktion in die Hände der Agrarproduzenten zurück. Sie gipfelte 1992 in der Privatisierung des Bodens. Zugleich veränderte die Anfang 1992 erfolgte Preisliberalisierung das Preisverhältnis zwischen Agrar- und Industrieerzeugnissen dramatisch zuungunsten der Landwirtschaft (S. 19, 60): Die plötzlich freie Verfügbarkeit von begehrten industriellen Konsumgütern ließ die Nachfrage nach Agrarprodukten stark einbrechen.

In ihrer Studie beschreibt Ol'ga Verbickaja, wie sich die Reformen auf die ländliche Familie auswirkten. Sie untersucht diese dabei nicht nur als demografische Einheit und Konsumzelle der russischen Gesellschaft, sondern – in Verbindung mit den persönlichen Nebenwirtschaften – auch als selbständige Produktionsstruktur. Um die Rahmenbedingungen der Krise zu klären, bezieht sie die Agrar- und Sozialpolitik in ihre Studie ein. So ist das erste Kapitel den Schritten der Agrarreform seit 1997 gewidmet (S. 29–92). Dann behandelt sie die Bevölkerungs- und Familienpolitik und zeigt, wie die staatliche Unterstützung für die Familien im Verlauf der 1990er Jahre faktisch versiegte (S. 93–128). Im dritten Kapitel geht es um die demographischen Konsequenzen: die Veränderung des Reproduktions- und Heiratsverhaltens sowie der Einstellungen zu Familie und Ehe (S. 129–242). Das vierte Kapitel nimmt die persönlichen Nebenwirtschaften in den Blick und fragt, was die Bodenprivatisierung den ländlichen Familien brachte (S. 243–300). Das fünfte Kapitel behandelt die Entwicklung der materiellen Situation der ländlichen Familien (Geld- und Naturaleinkommen), die Veränderung des Konsums von Lebensmitteln und der Ausstattung mit langlebigen Konsumgütern (S. 301–382). Am Schluss fasst Verbickaja ihre Ergebnisse zusammen (S. 383–387).

Die Agrarreform zielte auf die „Wiedergeburt“ des russischen Dorfes und die Schaffung privater *fermery* (Bauernwirtschaften). Ihr Kern bestand in der Entstaatlichung des Bodens (S. 35–38, 58 f.). Mit der Bodenprivatisierung erhielten die ländlichen Familien im Mittel etwa zehn Hektar. Vielfach wurde der Boden aber nicht real zugeteilt, sondern nur ein Dokument über den Umfang des übertragenen Bodenanteils

ausgegeben (S. 64–66). Mitte 1992 ließ die Regierung auch die Beibehaltung von Großbetrieben zu, weil die Masse der Beschäftigten die Agrarbetriebe nicht verlassen wollte. Die landwirtschaftliche Bruttoproduktion sank bis 1998 auf 56% des Niveaus von 1990, die Löhne der Landarbeiter fielen noch stärker (S. 86–89).

Die Privatisierung des Bodens leitete eine neue Etappe ein. Etwa 62% des Bodens befanden sich danach in Privateigentum (S. 78–81). Mit dem Bodenanteil konnte man als *fermer* beginnen oder die persönliche Nebenwirtschaft ausweiten. Etwa 40 Mio. Bürger der Russischen Föderation erhielten Bodenanteile, darunter 12 Mio. Dorfbewohner. Die Reform machte sie zu Eigentümern, aber nicht reicher. Der Umfang der persönlichen Nebenwirtschaften verdoppelte sich (S. 298 f.). Wer nur in seiner Nebenwirtschaft arbeitete, verlor den Anspruch auf staatliche Sozialleistungen. Die Produktion war von Steuern befreit, erzeugte Produkte durften vermarktet werden (S. 293–296). Den meisten Begünstigten fehlte die materiell-technische Grundlage zur Bearbeitung ihrer außerhalb der Dörfer liegenden Bodenanteile. Um sie durch Nichtnutzung nicht wieder zu verlieren, mussten sie diese verpachten.

Die staatliche Sozialpolitik verankerte bis Ende der 1980er Jahre gesetzlich viele Verbesserungen für die Familien, darunter Unterstützungszahlungen für Kinder armer Familien (S. 101–105). Das wirkte sich positiv auf die Geburtenrate aus. Als danach die Zahl der armen Familien schnell stieg, war der Staat nicht mehr in der Lage, seinen übernommenen Verpflichtungen nachzukommen (S. 112–128).

Verbickaja beklagt die Entwertung der traditionellen Normen des familiären Verhaltens als „moralischen Verfall“: Die Zahl registrierter Heiraten sank, viele junge Leute lebten ohne Trauschein zusammen (S. 160–168). Die Zahl unehelicher Kinder nahm bei einem Rückgang der Kinderzahl pro Mutter deutlich zu. Der Anstieg von Scheidungen und Abtreibungen verstärkte die Krise der Familie. Die Zahl allein-erziehender Mütter wuchs stark (S. 384–387). Die Volkszählung von 2002 reflektierte die grundlegende Veränderung der Familienstrukturen und führte als zusätzlichen Begriff *domochojajstvo* (Haushalt) ein. Damit waren alle unter einem Dach lebenden Personen, die sich gemeinschaftlich verpflegten, gemeint. Nach Verbickaja wurden Kinder auf dem Lande zu einem sozialen Luxus (S. 181). Insbesondere sie hätten unter der sich ausbreitenden Armut und der Zerstörung der dörflichen Sozialsphäre gelitten, etwa des Gesundheitswesens und der Vorschuleinrichtungen: Die ländliche Familie hätte in den 1990ern Jahren aufgehört, ein Hort von Stabilität und Verlässlichkeit zu sein (S. 385). Auch im russischen Dorf gab es plötzlich Kinder, um die sich die Eltern nicht kümmerten (S. 229–233).

Seit der Kollektivierung verfügte praktisch jeder ländliche Haushalt über eine persönliche Nebenwirtschaft. Nach der Agrarreform wurden sie der Kategorie „Wirtschaften der Bevölkerung“ zugeordnet, die auch die Schrebergärten der Stadtbevölkerung erfasste (S. 243–300). In den 1990er Jahren stieg ihre Bedeutung zur

Selbstversorgung wieder stark an. 2002 stellten sie für über 20 Mio. Personen die Hauptquelle ihres Lebensunterhalts dar, 12 Mio. von ihnen lebten auf dem Lande.

Die Einkommenssituation der ländlichen Familien hatte sich in den 1980er Jahren im Vergleich zur Stadt relativ verbessert. Die Krise der Agrargroßbetriebe führte dann zu Massenentlassungen, generell fehlten alternative Arbeitsangebote. Zwei Drittel der ländlichen Arbeitslosen waren Frauen, die zuvor in sozialen Einrichtungen gearbeitet hatten (S. 302–311). Die Ernährung verschlechterte sich deutlich. Allerdings gab es praktisch keine Todesfälle durch Hunger. Die recht hohen Löhne Ende der 1980er Jahre hatten der Dorfbevölkerung erlaubt, wichtige Konsumgüter zu erwerben. Wohnungen wurden gebaut, auch auf dem Land nahm die Zahl an PKWs zu. Dadurch hatten sich die ländlichen Familien vor Beginn der Krisenzeit eine Basis geschaffen, von der sie zehren konnten (S. 361–364).

Verbickaja weist die Schuld an der Krise, am „moralischen Verfall“ und der Zerrüttung der ländlichen Familien allein der Agrarreform zu (S. 53–92). Das überzeugt nicht, zumal sie die zuvor bestehenden, gravierenden Probleme benennt: die extrem niedrige Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft – der Rückstand gegenüber den USA erhöhte sich in den 1970er und 1980er Jahren vom 3-fachen auf das 10-fache –, die von der Arbeitsleistung unabhängige Entlohnung und die Abwanderung der qualifizierten Arbeitskräfte. Sie kritisiert die kurze Fristsetzung und die unzureichende Vorbereitung der Reform (S. 41, 53 f.) und wirft den Agrarreformern vor, keine Reformetappen und keinen Plan B ausgearbeitet zu haben (S. 61 f., 68 f.). Zweifelsohne wurden bei der Implementierung der Agrarreform Fehler gemacht. Doch die eigentliche Krise resultierte aus der Preisliberalisierung. Niemand hatte den dramatischen Nachfragerückgang nach Agrarprodukten vorhergesehen. Unabhängig von der Agrarreform verteuerte sie Waren und Dienstleistungen für das Dorf auf das 30- bis 50-fache, während die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse nur um das 5- bis 7-fache stiegen (S. 56–60). Verbickaja fragt nicht, ob das vor der Agrarreform praktizierte System mit enormen Subventionen des ineffizienten Agrarsektors und den Lohnzahlungen unter den Bedingungen der Systemtransformation überhaupt hätte fortgeführt werden können. Wenn sie suggeriert, man hätte es noch eine Zeitlang aufrechterhalten und eine „schrittweise“ Reform durchführen können, entbehrt das jeglicher Grundlage. Sie macht selbst deutlich, dass der Staat seinen gesetzlichen Verpflichtungen etwa zur Unterstützung der Familien nicht mehr nachkam (S. 112–128). Insofern wäre eher zu fragen, ob die Agrarreform mit der Privatisierung des Bodens nicht positiv gewertet werden muss, weil sie den ländlichen Bereich vor einer Hungersnot bewahrte. Wenn man unbedingt Schuldige benennen möchte, wären es nicht die Agrarreformer, sondern diejenigen Parteiführer in Stalins Nachfolge, die das extrem ineffiziente System der Agrarwirtschaft konserviert hatten. Die Krise der 1990er Jahre war vor allem ein Vermächtnis von Stalins Kolchossystem.

Nicht einsichtig ist, dass Verbickaja die *fermery* mit der Begründung, es handele sich um eine „neue Betriebsform“, die eine eigene, tiefgreifende Analyse verlangen würde,

weitgehend ausklammert. Gerade in der Gruppe der *fermery* finden wir die Minderheit der Landbewohner, die bereit war, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen und die neuen Möglichkeiten zu nutzen. Sie unterschlägt damit gerade den selbstbestimmten Weg aus dem von ihr beschriebenen ländlichen Elend. Mit den *fermery* kehrte auch ein Teil der zuvor abgewanderten besser Qualifizierten (S. 9) auf das Land zurück.

Auch die Begrenzung der Untersuchungsperiode auf das Jahr 2002 zielt darauf, den Fokus auf die Depression zu legen. Sie begründet das Abschlussjahr ihrer Untersuchung mit der hervorragenden Datengrundlage durch die Volkszählung. Doch das Jahr 2002 markiert vor allem den Tiefpunkt. Nur der Blick auf die folgende Zeit erlaubt zu entscheiden, ob es sich um einen zeitweiligen Niedergang oder eine anhaltende Krise handelte. Unredlich ist zumindest, dass selbst ein kurzer Ausblick auf die anschließende Stabilisierung fehlt.

Verbickajas Aussagen über den „Verfall der moralischen Werte“ der ländlichen Familie trafen vor problematischer Ideologie: Die ländliche Familie habe durch den Verzicht auf Kinder „ihre Hauptaufgabe, die Reproduktion der Bevölkerung“, nicht mehr erfüllt (S. 383 f.). Die Geburtenrate sei auf die Hälfte „des Notwendigen“ gefallen (S. 207 f.). Die Kinder seien in den unvollständigen Familien ohne die feste Hand des Vaters aufgewachsen (S. 223).

Obwohl Verbickaja die extrem niedrige Arbeitsproduktivität anspricht, scheint ihr nicht klar zu sein, dass der gewaltige Überbesatz mit Arbeitskräften in der sowjetischen Landwirtschaft im internationalen Vergleich nur bedeuten konnte, dass eine sehr große Zahl von Personen in andere Beschäftigungsbereiche, aber nicht unbedingt vom Land, abwandern musste. Wenn sie behauptet, zur Wiederherstellung normal funktionierender Agrargroßbetriebe wären im Europäischen Russland fast 10 Millionen Arbeitskräfte notwendig (S. 159 f.), orientiert sie sich an den ineffizienten sowjetischen Agrargroßbetrieben. Tatsächlich produziert die Hälfte dieser Zahl von Arbeitskräften bereits heute mehr Agrarprodukte als 1992.

Begegnet man Verbickajas moralischen Wertungen und Schuldzuschreibungen mit der nötigen Vorsicht, ist als Verdienst der Studie festzuhalten, dass sie erstmals die durch den Transformationsprozess im ländlichen Raum ausgelöste soziale Krise komprimiert und kompetent beschreibt.

STEPHAN MERL
Bielefeld

Vadim V. Volobuev

Pol'sha v sovetskom bloke. Ot „ottepeli“ k krachu režima

[Polen im Sowjetblock. Vom „Tauwetter“ bis zum Zusammenbruch des Regimes]

Moskva: Russkij fond Sodejstvija Obrazovaniju i Nauke, 2018. 270 S.

= Cholodnaja vojna. ISBN: 978-5-91244-229-2.

Aktuelle Forschungen zu den verschiedenen Dimensionen des Kalten Krieges haben eine lange und fruchtbare Tradition. Die Menge an wissenschaftlicher und populärer Literatur scheint bereits grenzenlos zu sein. Trotz dieser Tatsache nimmt das Interesse von Forschern und breitem Publikum an der weiteren Suche nach den möglichen Erklärungsmodellen für die bipolare Auseinandersetzung und ihre nachträglichen Einflüsse nicht ab. Die neuesten Werke zur Kultur in der Zeit des Kalten Krieges in verschiedenen Regionen, sozialen Sphären und sogar im Alltag bereichern unsere Kenntnis von Diskursen, Institutionen und Praktiken der Nachkriegsordnung sowohl auf (trans)nationaler Ebene als auch in den Lebenswelten der „kleinen Menschen“. Studien zur politischen und kulturellen Kommunikation innerhalb des sozialistischen Lagers gingen lange Zeit hauptsächlich von dem „top-down“-Beziehungsmodell zwischen dem „Hegemon“ und den „Satelliten“, von der rücksichtslosen Sowjetisierung kultureller Räume und des geistigen Lebens osteuropäischer Länder aus. In einer Reihe jüngster Veröffentlichungen wird jedoch festgestellt, dass innerhalb des Ostblocks komplexere Schemata und Praktiken von Kontakten existierten, einschließlich solcher, die hinter dem Rücken der Sowjetunion bzw. gegen ihren Willen funktionierten. Nach wie vor sind in der Forschung folgende Fragen relevant: nach dem Grad des Eigensinns einzelner sozialistischer Länder, nach den Aushandlungspraktiken über Freiheitsräume, Hierarchien und Präferenzen für die Blockmitglieder, nach der Instrumentalisierung des Bildes von der sowjetischen Militärintervention als Instrument der Oppositionsaus-schaltung und der Disziplinierung der eigenen Bevölkerung insbesondere nach 1956.

Das Buch des Moskauer Historikers Vadim Volobuev widmet sich den polnischen Erfahrungen im „sowjetischen Block“ und dem Einfluss der Zugehörigkeit Polens zu diesem Block auf das politische und geistige Leben in Polen. Die Veröffentlichung stellt eine Sammlung von schon früher publizierten Aufsätzen des Autors dar. Dieses eher seltsame Genre führt zu wörtlichen Wiederholungen in einzelnen Kapiteln und weckt beim Leser den Eindruck einer sehr fragmentierten Darstellung. Die Zielleserschaft des Autors ist eindeutig das Fachpublikum, kaum die breite Öffentlichkeit: Einem interessierten Leser, der über keine umfassenden Kenntnisse des Themas verfügt, fehlt eine aussagekräftige Einleitung, die nicht nur in die politische und soziokulturelle Situation im Nachkriegspolen, sondern auch in den Kontext der bipolaren Konfron-tation einführt. Bei einer enormen Zahl von historischen Akteuren, von denen einige nur

einmal im Buch auftauchen, wären ein Namensindex und Kurzbiographien sehr hilfreich, da sie die Orientierung im mehrdimensionalen und intensiven politischen und kulturellen Leben Polens erleichtern würden.

Der Autor ist sehr gut vertraut mit den aktuellen polnischen und russischen Forschungsdiskussionen über die gemeinsame sozialistische Vergangenheit. Die Rezeption von wichtigen deutsch- und englischsprachigen Neuerscheinungen lässt aber zu wünschen übrig. Dies gilt vor allem für die Monographie von Patrick Babiracki zur Dynamik des (Miss)Vertrauens in persönlichen und institutionellen Kontakten zwischen sowjetischen und polnischen Politikern, Militärs und Propagandisten während des Zweiten Weltkriegs und in der frühen Nachkriegszeit (Patrik Babiracki: *Soviet Soft Power in Poland. Culture and the Making of Stalin's New Empire 1943–1957*. Chapel Hill [NC] 2015.) und das Werk von Jan C. Behrends zum Phänomen der „Selbstsowjetisierung“ der Bevölkerung in den osteuropäischen Ländern einschließlich Polens (Jan C. Behrends: *Die erfundene Freundschaft. Propaganda für die Sowjetunion in Polen und in der DDR*. Köln, Weimar, Wien 2006.). Beide Studien weisen auf einen Versuch der sowjetischen Seite hin, die Ideen des Panslawismus und des traditionellen polnischen Nationalismus in einem Propagandamodell miteinander zu verschmelzen, wobei dieser Versuch zunächst durchaus von einem Teil der polnischen Elite unterstützt wurde. Die Einbeziehung dieser Forschungen könnte das von dem Autor geschaffene Bild gut ergänzen.

Eine der grundlegenden Charakteristika von Politik und Kultur in Polen war eine ständige Spannung zwischen der politischen und der kreativen Elite. Die Zeiten der Zensurenspannung und der Toleranz gegenüber alternativen Kunstformen während des polnischen Tauwetters wurden durch die Verfolgungswellen und die Kreuzzüge gegen den Revisionismus in der Kultur abgelöst. Das Manipulationsspektrum reichte von der Verteilung von Privilegien und Ämtern in (quasi)öffentlichen Organisationen über das Verbot von Publikationen und den Ausschluss aus der Partei bis hin zu körperlicher Gewalt. Manchmal trugen die Disziplinierungsmaßnahmen von oben dazu bei, dass kreative und politische Diskussionen erst recht florierten. Zu einem solchen Ergebnis führte zum Beispiel die Errichtung des „Klubs vom krummen Rad“. Das mit der Gründung offiziell angestrebte Ziel war, die polnische Intelligenz im Geiste der kommunistischen Ideologie zu erziehen. Der Autor bringt hier auch eine Verschwörungstheorie ins Spiel, dass nämlich ausgerechnet die polnischen Sicherheitsdienste das Klubprojekt initiiert hätten, um unzuverlässige Elemente zu identifizieren. Der Klub wandelte sich entgegen der offiziellen Zielsetzung zu einem Diskussionsraum, in dem sich Fachleute und die breite Öffentlichkeit über Fragen der gesellschafts-politischen Entwicklung in Polen austauschten. Viele hier entwickelte und diskutierte Ideen und Konzepte wurden von der politischen Opposition zu einem späteren Zeitpunkt aktiviert und umgesetzt. Dazu zählen die Visionen der polnischen Exilpublizistik, deren Zentren sich nach dem Zweiten Weltkrieg in den westlichen Ländern befanden. Ihre breite Rezeption durch die Dissidenten und Oppositionellen

macht deutlich, dass für die polnische Intelligenz der Eiserne Vorhang durchlässig war und die Diskussionen über die Gestaltung Polens nach dem Ende der kommunistischen Diktatur kaum behinderte.

Die katholische Kirche zählte zu einem der Hauptakteure in den ideologischen und kulturellen Auseinandersetzungen der polnischen Gesellschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Dem Autor gelingt es, die komplexen Beziehungen zwischen dem herrschenden Regime und den kirchlichen Hierarchen, die auf gegenseitigen Interessen und immer wieder aktualisierten mündlichen Vereinbarungen beruhten, herauszuarbeiten. Hinter der Fassade antireligiöser Propagandakampagnen, der Säkularisierung des Bildungssystems und der Einführung des säkularen Festkalenders tolerierten die polnischen Behörden religiöse Praktiken, lokale Initiativen von Priestern und intensive Kontakte der katholischen Kirche in Polen zum Vatikan. Volobuev zeigt, dass die imaginäre und reale Dominanz der katholischen Kirche auf lokaler Ebene vor allem negative Reaktion auf Seiten der sowjetischen Attachés verursachte. Sie betonten in ihren Berichten nach Moskau die Notwendigkeit, die ideologische Kontrolle seitens der kommunistischen Partei zu stärken. Es ist bemerkenswert, dass ausgerechnet in der rechten, vorwiegend katholischen Opposition mit ihrem Nationalismus, ihren Parolen zur Ostgrenzenrevision und ihrem Antisemitismus ein einflussreiches Konzept der Menschenrechte gereift war. Es bekam nach der Unterzeichnung des Helsinki-Abkommens von 1975 einen institutionellen Ausdruck und wurde nach dem Zusammenbruch der Diktatur vom neuen Staat rezipiert.

Der Autor zeigt sehr illustrativ, welche bedeutende Rolle der Antisemitismusdiskurs im öffentlichen und politischen Raum Polens nach dem Krieg spielte. Seine Rahmen, Formen und Mechanismen hingen von der innenpolitischen Situation und der Machtverteilung innerhalb der herrschenden Elite ab. So wurde immer wieder Antisemitismus zu einem Instrument des Kampfes gegen ideologische und politische Gegner – so zum Beispiel gegen Vertreter der katholischen Kirche, eine imaginäre „fünfte Kolonne“ und sogenannte Revisionisten –, zum Mittel der geistigen Mobilisierung der Bevölkerung und sogar zum Argument in Verhandlungen mit der sowjetischen Seite. Unmittelbar nach dem Krieg rief die Dominanz der Juden in staatlichen Strukturen, insbesondere in den Sicherheitsdiensten, starken Protest bei der Bevölkerung und bei polnischen Politikern hervor. Das zwang die sowjetischen Kuratoren, die Parolen der Elitennationalisierung zuzulassen und eine neue Kaderpolitik in Polen zu unterstützen. Volobuev kommt zu dem wichtigen Schluss, dass die im Spätstalinismus in der UdSSR eingeleiteten antisemitischen Kampagnen in den osteuropäischen Ländern einen größeren Umfang als in der Sowjetunion annahmen, auch von längerer Dauer waren und eine Auswanderungswelle nach Israel auslösten.

Das Bild der unvollständigen Souveränität Polens und die antisowjetischen Stimmungen spielten eine wichtige mobilisierende Rolle in der Kommunikation zwischen den polnischen Behörden und der Bevölkerung. Ein ebenso wichtiger

negativer Mobilisierungsfaktor war das Image der deutschen Nachbarn. Wenn die DDR-Bürger in der offiziellen polnischen Rhetorik – wie auch in anderen sozialistischen Ländern – als freundliche Deutsche definiert wurden, dann wurden die Westdeutschen als der Erbfeind und die Hauptgefahr von außen präsentiert. Solche Deutungsmuster wurden von der polnischen Bevölkerung unabhängig vom sozialen Hintergrund und von politischen Überzeugungen eingeübt. Die Bedrohung seitens des westdeutschen Militarismus und dessen angeblicher Wunsch, die deutsche Ostgrenze zu revidieren, ermöglichte die Manipulation der Massen in in- und außenpolitischen Krisensituationen. Die Annäherungsversuche zwischen den tschechoslowakischen Behörden und der BRD während des Prager Frühlings 1968 riefen die Ablehnung der polnischen Öffentlichkeit hervor und führten zu einer relativen Gleichgültigkeit gegenüber der Militärinvasion in Prag und der Beteiligung der eigenen Streitkräfte an dieser Aktion. Und trotz der großen Popularität der katholischen Kirche lösten deren Kontakte mit westdeutschen Glaubensgenossen 1965 negative Reaktionen bei der Bevölkerung und einzelnen Priestern aus, was dann von staatlichen Ideologen erfolgreich instrumentalisiert wurde.

Trotz des eindeutig negativ konnotierten Titels, der das „sozialistische Lager“ zum „sowjetischen Block“ reduziert, beschränkt sich der Autor bei seiner Interpretation der Beziehungen zwischen Polen und der Sowjetunion in der Nachkriegszeit nicht auf den Aspekt der Repression. Im Gegenteil, es entsteht ein komplexes Bild von situationsbezogenen Verhandlungen, bei denen es der polnischen Seite gelang, eigene Positionen zu verteidigen, sich mit den anderen sozialistischen Staaten – wie zum Beispiel China – jenseits des sowjetischen Einflusses zu koordinieren und internationale Kontakte mit dem Vatikan zu pflegen. Volobuev skizziert eine mehrdimensionale Perspektive der blockinternen Kommunikation in klarer Abweichung von den heutigen Versuchen Russlands und Polens, monolithische Konstruktionen der gemeinsamen Vergangenheit zu schaffen.

OKSANA NAGORNAJA

Jaroslavl'